

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

WOLFGANG BENZ

Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht

HANS-WOLFGANG STRÄTZ

Die Bücherverbrennung im Frühjahr 1933

WALTER BUSSMANN

Zur Entstehung und Überlieferung der „Hoßbach-Niederschrift“

LOTHAR GRUCHMANN

Das Urteil von Nürnberg nach 22 Jahren

DOKUMENTATION

Eine grundlegende antisemitische Rede Hitlers

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge und Walter Bußmann

Schriftleitung:

Redaktion:

PROF. DR. HELMUT KRAUSNICK

HELLMUTH AUERBACH

8 München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Wolfgang Benz* Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht 317
Hans-Wolfgang Strätz . . Die studentische „Aktion wider den undeutschen Geist“ im Frühjahr 1933 347
Walter Bußmann Zur Entstehung und Überlieferung der „Hoßbach-Niederschrift“ 373

MISZELLE

- Lothar Gruchmann* . . . Das Urteil von Nürnberg nach 22 Jahren . 385

DOKUMENTATION

- Hitlers „grundlegende“ Rede über den Antisemitismus (*Reginald H. Phelps*) 390

- BIBLIOGRAPHIE 137

Das Inhaltsverzeichnis zum 16. Jahrgang 1968, sowie Titelei und Register für Jahrgang 15 und 16 (1967/68) der Bibliographie zur Zeitgeschichte werden dem Januar-Heft 1969 beigelegt.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 43 36 51.
Preis des Einzelheftes DM 9.- = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 30.- = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 24.-. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.-; für Studenten DM 38.- (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Prospektbeilagen-Hinweis:

Deutsche Verlags-Anstalt, Diesterweg Verlag, Colloquium Verlag.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

16. Jahrgang 1968

4. Heft/Oktober

WOLFGANG BENZ

VOM FREIWILLIGEN ARBEITSDIENST ZUR ARBEITSDIENSTPFLICHT

Betrachtet man die verschiedenen wirtschaftlichen, sozialpolitischen, sozialpädagogischen, caritativen oder militärischen Gesichtspunkte, unter denen die Propagierung des Arbeitsdienstes betrieben wurde, so werden zwei Bestrebungen sichtbar, die wenig miteinander gemein haben. Der Freiwillige Arbeitsdienst (FAD) war vor allem als Maßnahme der produktiven Arbeitslosenfürsorge gedacht und wurde deshalb durch die Regierung Brüning und ihre Nachfolger seit dem Sommer 1931 gefördert. Die „Arbeitsdienstpflcht“, die durch das Vorbild des „Vaterländischen Hilfsdienstes“ – mit dem 1916/17 das Hindenburgprogramm¹ durchgeführt werden sollte – inspiriert war, muß dagegen als Bestandteil autoritärer und totalitärer Ideologie verstanden werden².

Die Verfechter der allgemeinen Dienstpflcht hatten ihren politischen Standort zum größten Teil im Kreise derjenigen, die sich mit der Entwicklung nach 1918 nicht abfinden konnten und den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen der Weimarer Republik ablehnend gegenüberstanden.

Der Stahlhelm erhob sehr frühzeitig die Forderung nach der Arbeitsdienstpflcht³, wobei der Gedanke eines Äquivalents für die abgeschaffte Wehrpflcht im Vordergrund stand. Die einzelnen Arbeitsvorhaben sollten bewußt auf die Landesverteidigung ausgerichtet werden⁴.

Aus der entgegengesetzten politischen Richtung, nämlich von Matthias Erzberger,

¹ R.G.B.I. I (1916), S. 1333 ff. – vgl. Karl Helfferich, Der Weltkrieg, Bd. II, München 1919, S. 249 ff.

² Eine erste, durch die verwendeten Quellen gut fundierte Darstellung ist jüngst – nach Abschluß des Manuskripts zu vorliegendem Aufsatz – erschienen: Henning Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland, Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflcht im Jahre 1935, Berlin 1967. Köhler legt das Schwergewicht seiner Arbeit auf die letzten Jahre der Weimarer Republik. Im folgenden wird der Versuch unternommen, einen Beitrag zu der Übergangsphase zwischen dem staatlich geförderten, aber freiwilligen Arbeitsdienst der Weimarer Republik und der institutionell diktierten Dienstpflcht im RAD des NS-Staates zu liefern.

³ Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm, Düsseldorf 1966, S. 231 ff.

⁴ Vgl. Stahlhelmfibel, hrsg. Propaganda-Abt. d. Stahlhelm-Bundesamtes, Berlin, o. J. – Berghahn, a. a. O., erwähnt einen Artikel im „Stahlhelm“, der sich bereits im Oktober 1920 mit der Einführung der Arbeitsdienstpflcht befaßte. Ein Memorandum zur Einführung des obligatorischen Arbeitsdienstes vom Dezember 1930 stammt von Georg von Neufville, dazu H. Steiss, Unser Marsch, Stuttgart 1936, S. 196 ff.

kam um dieselbe Zeit (1919/20) ebenfalls ein Plan zur Errichtung eines „Nationalen Arbeitsdienstes“, in dem alle Deutschen zwischen 18 und 25 Jahren 18 Monate lang dienen sollten. Gewinnung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft, den Wohnungsbau und den Kohlebergbau (hierzu mit Prämien und verkürzter Dienstzeit als besonderem Anreiz ausgestattet) waren die Ziele Erzbergers. Aber auch der Ersatz für den Militärdienst, die Förderung staatsbürgerlichen Bewußtseins gegenüber der jungen Republik und das Bestreben, die Jugendkriminalität einzudämmen, gehörten zu seinen Motiven⁵.

1921 hatte sich ein privater Verein unter dem Namen „Deutscher Bund für Arbeitsdienstpflicht“ in Hamburg konstituiert. Die Einführung eines Arbeitsdienstjahres forderte auch die Deutsch-Soziale Partei im Jahre 1924⁶. Für diese, wie für die meisten Vorschläge zu einer allgemeinen Dienstpflicht, hatte das Beispiel Bulgariens Pate gestanden. Dort war im Dezember 1920 ein staatlicher Arbeitsdienst gegründet worden, der namentlich zur verkehrsmäßigen Erschließung des überwiegend agrarischen Landes nicht wenig beitrug.

Der bayerische Generalstaatskommissar von Kahr, der nach dem Münchner Debakel des 9. November 1923 seine schwer angeschlagene Stellung durch rastlose gesetzgeberische Initiativen zu zementieren hoffte, unterbreitete dem bayerischen Staatsministerium des Innern Anfang Februar 1924 einen Gesetzentwurf über die Arbeitsdienstpflicht. In der Begründung räumte von Kahr ein, daß der „gewisse Stillstand im wirtschaftlichen Niedergang“, der sich seit der Stabilisierung der Währung im November 1923 zeigte, derartig einschneidende Maßnahmen wie die Arbeitsdienstpflicht zur Entlastung des Arbeitsmarktes nicht mehr erfordere. Auch die inzwischen abgetane Notwendigkeit vermehrter Gütererzeugung und das auf die deutsche Volkswirtschaft nicht anwendbare Beispiel der bulgarischen Arbeitsdienstpflicht vertrat Kahr in seiner Begründung nicht. Der Generalstaatskommissar argumentierte vielmehr mit allgemeinen Überlegungen: Werteschaffende Beschäftigung für öffentliche oder gemeinnützige Zwecke, Erziehung der heranwachsenden Jugend zur Pflichterfüllung gegenüber dem Staat, zur gesundheitlichen und sittlichen Kräftigung. Immerhin zeichnete sich die Idee der produktiven Arbeitslosenfürsorge bereits ab, wenn auch die autoritäre Auffassung des Staates als Selbstzweck höherer Ordnung im Vordergrund des Kahrschen Denkens stand. Bei „allgemeiner Gefahr für den Staat“ oder bei „öffentlichem Notstand“ sah der Gesetzentwurf das Aufgebot aller Einwohner zwischen 18 und 50 Jahren durch die Polizei vor. Eine weitgehende materielle Leistungspflicht (Stellung von Fahrzeugen, Maschinen, Werkzeugen u. dgl.) hätte die Dienstpflicht im Falle des Staatsnotstandes zu ergänzen⁷. Diese Gedankengänge Kahrs bewegten sich nicht ferne der Linie, auf der er in den vergangenen Jahren die bayerischen Einwohnerwehren formiert und

⁵ Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin, Frankfurt a. M. 1962, S. 422.

⁶ Wahlauf Ruf 1924, abgedruckt in: Reichstagshandbuch, II. Wahlperiode 1924, S. 539 f.

⁷ Gesetzentwurf Kahrs m. Begründung v. 8. 2. 1924, abgedruckt bei: Ernst Deuerlein, Der Hitler-Putsch, Stuttgart 1962, S. 641–646.

gegen die – von der Entente erzwungene – Auflösung bis zum äußersten verteidigt hatte.

Indessen hatte die bayerische Regierung im Februar 1924 andere Sorgen als die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, nicht zuletzt die, wie sie sich des Generalstaatskommissars Kahr entledigen könne. Der Gesetzentwurf über die Arbeitsdienstpflicht wurde stillschweigend zu den Akten geschrieben⁸.

Zur gleichen Zeit hatte sich die bayerische Regierung auch mit einem Vorschlag zu beschäftigen, der im November 1923 vom Augsburger Stadtrat eingereicht worden war. Danach sollten jugendliche Erwerbslose zwischen dem 16. und dem 21. Lebensjahr „durch die Staatsgewalt einem gemeinnützigen Arbeitsdienst unterworfen werden“, um sie vor „Volkssittlicher Gefahr, Unbotmäßigkeit und politischem Radikalismus“ zu bewahren. Stockholzausschlagen für die arme Bevölkerung, Straßenausbesserung, Entwässerung, Moor- und Ödlandkultivierung u. a. Beschäftigungen waren als geeignete Arbeiten empfohlen worden. Der Plan scheiterte an dem rigorosen Einspruch des Finanzministers Krausneck, der neben einer ganzen Reihe von anderen Gründen auf die Gefahren solcher Scheinmaßnahmen hinwies und vor der schematischen Einschätzung des volkswirtschaftlichen Wertes derartiger Kulturarbeiten warnte. Es habe keinen Zweck, Arbeitskraft und Geld da zu vergeuden, wo sie nach den gegebenen Verhältnissen niemals Früchte tragen könnten⁹.

Unter der Vielzahl der Denkschriften und Entwürfe, die sich in den folgenden Jahren mit der Arbeitsdienstpflicht beschäftigten, wird es wenige gegeben haben, auf die die Einwände des bayerischen Finanzministers nicht ebenfalls zugetroffen hätten.

1924 veröffentlichte Artur Mahraun, Gründer und Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, einen Plan zur Einführung der allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht¹⁰. Dieser Plan gehörte zum Modell des „Volksstaates“, den der Jungdo in mancherlei politischem Zickzack verfocht. An die Stelle der nicht durchführbaren Wehrpflicht sollte eine Arbeitsdienstpflicht von zweijähriger Dauer treten. Das wirtschaftspolitische Ziel war dabei die Vermehrung deutschen Reichsvermögens, die Stärkung des Vertrauens zur deutschen Wirtschaft und die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten. Die Projekte der Arbeitsdienstpflicht sollten in keinen Wettbewerb zur allgemeinen Volkswirtschaft treten, die Ödlandkultivierung zur späteren Ansiedlung stand im Vordergrund der Überlegungen; Kanäle, Deiche, Flußregulierungen, Kraftwerke, Krankenhäuser sollten später in Angriff genommen werden.

Sozialpolitisch stand bei den Absichten Mahrauns an erster Stelle die Heraus-

⁸ Wie sehr sich die bay. Regierung von dem Kahr'schen Entwurf distanzierte, geht aus den abschlägigen Antworten an einen Danziger Abgeordneten und an die Schriftleitung der „Sozialen Praxis“ hervor, die um Überlassung des Entwurfs als Material zu einem dortigen Gesetzentwurf bzw. zur Veröffentlichung gebeten hatten, Bay. Geh. Staatsarchiv, MA 104005.

⁹ Bay. Geh. Staatsarchiv, a. a. O.

¹⁰ Artur Mahraun, Über die Einführung der allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht, Kassel 1924.

ziehung einer Million jugendlicher Arbeitskräfte aus der freien Wirtschaft und die Freimachung einer entsprechenden Zahl von Arbeitsplätzen für ältere Arbeitslose. Daneben sollte das Führerkorps des Arbeitsdienstes den abgebauten Beamten und Versorgungsanwärtern des reduzierten Heeres offenstehen. Für die Landwirtschaft hatte der Autarkiegedanke – wie bei allen derartigen Plänen – den Vorrang; durch Innenkolonisation sollte die Ernährung Deutschlands unabhängig vom Ausland werden. Die Erträge des Arbeitsdienstes hätten die Grundlage der gesamten sozialen Fürsorge zu bilden.

Die Finanzierung des Arbeitsdienstes nach Mahrauns Vorstellung war ebenso originell wie irrational. Eine „Bank der Arbeitsdienstpflicht“ würde als Verrechnungsstelle zwischen Staat, Privater Hand und Arbeitsdienst fungieren. Reich, Länder und Gemeinden sollten dem wirtschaftlich selbständigen Arbeitsdienst ihre Öd- und Unlande übergeben und von den ersparten Arbeitslosengeldern einen ersten Kredit finanzieren. Schließlich würde – nach dem Muster der Rentenmark – eine durch die vom Arbeitsdienst erzeugten Werte gedeckte „Arbeitsmark“ als neues wertbeständiges Zahlungsmittel ausgegeben werden. Mit dieser Nebenwährung sollten nicht nur alle anfänglichen Bedürfnisse des Arbeitsdienstes – neben dem staatlichen Anfangskredit – bestritten werden, die „Arbeitsmark“ war auch als Anreiz zum Sparen gedacht und hätte, nach Mahraun, den geschaffenen Werten entsprechend unaufhörlich vermehrt werden können¹¹.

Mahraun dachte bei seinem Arbeitsdienstplan vor allem an den Einsatz des Einzelnen für die Gesamtheit des Volkes („Gemeiner Nutzen geht vor sonderlichen Nutzen“). Gemeinschaftliches Denken, selbstlose Kameradschaft und nicht zuletzt die Erziehung der Jugend im Sinne des Staates und der „Gemeinschaft“, die man ehemals im Heeresdienst gewährleistet sah, körperliche Ertüchtigung und Traditionsbildung ehemaliger Arbeitsdienstpflichtiger, ähnlich wie im alten Heer, sollten den Sinn der Arbeitsdienstpflicht augenfällig machen.

Mahraun wollte seine Arbeitsdienst-Organisation zwar unabhängig von allen parlamentarischen Schwankungen der Regierung, aber mit einem Minister an der Spitze, der obersten Leitung des Reiches unterstellt wissen.

Weder in der breiten Öffentlichkeit, noch beim Jungdeutschen Orden gelang es Mahraun, mit seiner Idee die gewünschte Resonanz hervorzurufen¹². Sein Programm ist jedoch insofern bedeutungsvoll, als seine wesentlichen Thesen immer wieder aufgegriffen wurden und für die Ideologie der Arbeitsdienstpflicht als repräsentativ gelten dürfen. Auch das Arbeitsdienstprogramm, das Jahre später von der NSDAP vertreten wurde, lehnt sich in wesentlichen Punkten an Mahraun an. Sogar die Floskel „Arbeitsdienst ist die soziale Schule der Nation“, die von Konstantin Hierl aufs Panier des späteren RAD geschrieben wurde, läßt noch eine

¹¹ Ein Plan, der den Arbeitsdienst ebenfalls mit Maßnahmen zur Geldschöpfung koppelt, bei: Ludwig Reiners, Schluß mit der Arbeitslosigkeit, in: Süddt. Monatshefte, 29. Jg. (1931/32), S. 794f.

¹² Bemühungen um ein Volksbegehren hatten keinen Erfolg, vgl. Johann Hille, Mahraun, der Pionier des Arbeitsdienstes, Leipzig 1933, S. 56.

Formulierung Mahrauns aus dem Jungdeutschen Manifest erkennen: „Die Volkswirtschaft ist eine Schule für die Volksgemeinschaft“¹³.

Charakteristisch für den Jungdeutschen Orden wie für den Stahlhelm war gleichermaßen, daß beide Verbände ihre Vorstellungen vom Arbeitsdienst erst zu verwirklichen suchten, als sie mit politischen Zielen gescheitert waren. Der Jungdeutsche Orden formierte seine Mitglieder nach dem mißglückten Abenteuer der Staatspartei im Frühjahr 1931 im Zeichen des Arbeitsdienstes. Vier Wochen ehe die Förderung des Freiwilligen Arbeitsdienstes durch die Regierung Brüning einsetzte, begann das erste jungdeutsche „Freikorps der Arbeit“ mit Flußregulierungsarbeiten in der Nähe von Bautzen¹⁴. Der Stahlhelm gab nach der Reichspräsidentenwahl 1932, bei der er sich durch die Kandidatur Duesterbergs politisch isoliert hatte, die Parole „Arbeitsdienst“ für seine Mitglieder aus. Innerhalb kurzer Zeit hatte der Stahlhelm im FAD die zahlenmäßig beherrschende Stellung errungen¹⁵.

Die ersten Versuche, Arbeitsdienst in irgend einer Form zu praktizieren, gingen jedoch nicht von den Befürwortern der Arbeitsdienstpflicht aus. Ostern 1925 hatten sich Studenten des Altwandervogels in einem Arbeitslager in Colborn versammelt. In den beiden folgenden Jahren wurden durch den Bund der Wandervögel und die Deutsche Freischar weitere Arbeitslager für Studenten durchgeführt; 1928 fanden sich erstmals 100 Jungarbeiter, Jungbauern und Studenten im Boberhaus in Schlesien zusammen. Das Experiment wurde in den zwei folgenden Jahren wiederholt. Die Teilnehmer kamen größtenteils aus der Jugendbewegung. Das Lagerleben gehörte ohnehin zur bündischen Tradition, ebenso war es Brauch, durch Arbeitsleistungen einen Teil der Kosten für Fahrt und Lager aufzubringen. Die schlesischen Lager wurden Vorbild in anderen Teilen Deutschlands. Fördererkreise für Arbeitslager, die meist von Hochschulen, Pädagogischen Akademien und Vertretern des Volksbildungswesens getragen wurden, bildeten die Vorstufe zu einem zentralen Ausschuß für Arbeitslager, der sich im Juni 1931 in Karlsruhe konstituierte. Die Geschäftsführung lag beim Deutschen Studentenwerk¹⁶.

Die Motive der Arbeitslagerbewegung der bündischen Jugend waren dem Streben nach der Dienstpflicht diametral entgegengesetzt. Die Ideale der Jugendbewegung – Selbsterziehung, Gemeinsamkeit, gemeinschaftliches Lebensgefühl, praktisches Handeln anstelle theoretischer Diskussion – führten zu einer ganz anderen Auffassung vom Arbeitsdienst. Das Arbeitslager sah seinen Sinn nicht darin, wirtschaftliche Werte zu schaffen und Arbeitslose mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Jedes einzelne Lager stand unter einem Leitgedanken – z.B. „Entvölkerung Schlesiens“ – der in Arbeitsgemeinschaften zu erarbeiten war. Körperliche Tätigkeit

¹³ A. Mahraun, *Das Jungdeutsche Manifest*, Berlin 1927, S. 169; vgl. auch Mahraun, *Der große Plan*, Berlin 1932.

¹⁴ Vgl. Klaus Hornung, *Der Jungdeutsche Orden*, Düsseldorf 1958, S. 108 f. (die S. 118/119 angegebenen Zahlen dürften zu hoch sein).

¹⁵ Berghahn, a. a. O.

¹⁶ Helmuth Croon, *Arbeitslager und Arbeitsdienst*, in: *Die Jugendbewegung, Welt und Wirkung*, Zur 50. Wiederkehr des freideutschen Jugendtages auf dem Hohen Meißner, Düsseldorf, Köln 1963, S. 221 ff.; Georg Keil, *Vormarsch der Arbeitslagerbewegung*, Berlin 1932.

durfte also nur die Hälfte der Arbeitszeit in Anspruch nehmen, wenn der Ertrag eines Lagers nicht nur in Kubikmetern bewegter Erde gemessen werden sollte. Nicht Uniformierung und Ausrichtung nach Befehl und Gehorsam, sondern gemeinsame Verantwortlichkeit wurde erstrebt. Die Selbstverwaltung war daher Grundprinzip des Lagerlebens. Das bedeutete gemeinschaftliche Regelung aller technischen Funktionen von der Kassenführung bis zur Arbeitsverteilung. Das Bild vom strammstehenden „Arbeitsoldaten“ mit dem Spaten im Präsentiergriff war ein Schreckbild für die Jugendbewegung¹⁷.

Durch die wirtschaftliche Krisensituation, die sich nach ihrem Einsetzen im Jahre 1929 sofort rasend verschärfte, schwollen die Rufe nach der Aufstellung einer Arbeits-Armee wieder an. Im Sommer und im Herbst 1930 hatte die Wirtschaftspartei im Reichstag Anträge zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht eingebracht¹⁸, andere rechtsstehende Parteien schlossen sich in der Folgezeit an. Die Ablehnung der übrigen Parteien, am stärksten bei den linksstehenden, nur wenig modifiziert bei den bürgerlichen¹⁹, verwies aber die Diskussion um die Arbeitsdienstpflicht auf den außerparlamentarischen Raum.

Unter dem Druck der steigenden Arbeitslosenziffern, die 1931 nur noch knapp unterhalb der 5-Millionen-Marke blieben und im Februar 1932 mit über 6 Millionen ihren Höhepunkt erreichten, begann sich auch die Reichsregierung für die Idee des Arbeitsdienstes zu interessieren. Als Mittel zur Arbeitsbeschaffung war allerdings pflichtmäßiger wie freiwilliger Arbeitsdienst gleich indiskutabel. Die Bemühungen zur Arbeitsbeschaffung, die für alle Reichsregierungen von Brüning bis Hitler vorrangig waren, tangierten das Problem „Arbeitsdienst“ kaum.

Die im Frühjahr 1931 eingesetzte Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage war zu dem Ergebnis gekommen²⁰, daß die Einführung der Arbeitsdienstpflicht ungeeignet zur Entlastung des Arbeitsmarktes sei, dagegen wurde die Förderung von freiwilligem Arbeitsdienst als Mittel zur Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit empfohlen. Zwei Gründe sprachen vor allem dafür. Einmal war es die sozialpädagogische Forderung, vorhandene Berufsfertigkeiten, namentlich bei Jugendlichen, durch geeignete Bildungs- und Schulungsmaßnahmen zu erhalten, nach Möglichkeit auch zu fördern und zu erweitern. Diese Forderung hatte schon in das Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVAVG) von 1927 Eingang gefunden. Der zweite Grund war der Wunsch nach möglichst produktiver Verwendung der Erwerbslosenunterstützungen. Die Beschäftigung bei Notstandsarbeiten, die, meist auf

¹⁷ Eugen Rosenstock und Carl Dietrich von Trotha, *Das Arbeitslager, Berichte aus Schlesien von Arbeitern Bauern, Studenten*, Jena 1931; darin insbes.: Rosenstock, *Arbeitslager und Arbeitsdienst*, S. 146 f.

¹⁸ Reichstagsdrucksache 2159 der 4. Wahlperiode und Drucksache 144 der 5. Wahlperiode.

¹⁹ Die DVP etwa verhielt sich abwartend und lehnte aus finanziellen Gründen die Arbeitsdienstpflicht vorläufig ab, auch weil sie „staatssozialistische“ Experimente befürchtete, bewertete aber immerhin die „geistige Bereitschaft des deutschen Volkes und seiner Jugend für einen solchen Staatsdienst“ positiv; vgl. Stichworte für den Wahlkampf, hrsg. im Auftrag der Reichsgeschäftsstelle der DVP, Berlin 1930, S. 18 f.

²⁰ Gutachten zur Arbeitslosenfrage, Sonderveröffentlichung des Reichsarbeitsblattes 1931.

kommunaler Basis, seit Jahren praktiziert wurde, hatte in ähnlichen Überlegungen ihren Ausgangspunkt. Die Gemeinschaft habe, so das Argument, Anspruch auf einen, wenn auch bescheidenen, Nutzen aus dem Aufwand öffentlicher Mittel für die Arbeitslosenfürsorge.

Zur Durchführung dieser Zielsetzungen im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes mußten zunächst die Hemmungen beseitigt werden, die in der gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenunterstützung und -fürsorge bestanden.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom Juli 1927 hatte zugunsten des Versicherungsprinzips das Fürsorgeprinzip fallenlassen. Die Regelung der Arbeitslosenversicherung und -vermittlung erfolgte durch die zentrale und autonome Reichsanstalt. Die Arbeitslosenunterstützung (Alu) war für die Dauer von 26 Wochen vorgesehen, sie konnte bei außerordentlich großer Arbeitslosigkeit auf 39 Wochen ausgedehnt werden. Nach Ablauf dieser äußersten Frist setzte die Krisenunterstützung (Kru) ein, für die jeweils eigene Mittel durch den Reichsarbeitsminister bereitgestellt werden mußten. Bei noch länger andauernder Arbeitslosigkeit mußte dann die Wohlfahrtsfürsorge (Wolu) der Gemeinden einspringen. Das System der Arbeitslosenversicherung war auf maximal 800 000 Hauptunterstützungsberechtigte angelegt, diese Berechnungsgrundlage erwies sich schon 1929, beim Einsetzen der Depression, als Illusion und sollte sich vor allem auf die kommunalen Finanzen der folgenden Jahre verhängnisvoll auswirken.

Durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 wurde der nachmals berühmte § 139a AVAVG eingeführt, wodurch der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Förderung und Finanzierung des FAD übertragen wurde²¹.

Freilich waren der Betätigung im FAD zunächst ziemlich enge Grenzen gezogen. Da die Förderung nur aus Mitteln der Reichsanstalt bestritten werden konnte, beschränkte sich auch der Kreis des Freiwilligen Arbeitsdienstes auf Empfänger der Arbeitslosenunterstützung (Alu) und der Krisenunterstützung (Kru); nur noch bedingt konnten Wohlfahrtsunterstützte (Wolu) gefördert werden. In jedem Fall endete die Förderung nach 20 Wochen und damit für den einzelnen auch der Aufenthalt im Arbeitsdienst. Die Arbeitsvorhaben, die freiwillig, gemeinnützig und zusätzlich sein mußten, wurden von „Trägern des Dienstes“ unter Verantwortung und für Rechnung der „Träger der Arbeit“ ausgeführt. Zur Finanzierung überwies die Reichsanstalt die Arbeitslosenunterstützungen an die einzelnen Träger, die damit Unterkunft, Verpflegung und Taschengeld der Dienstwilligen bestritten²².

Als Träger der Arbeit fungierten neben Körperschaften des öffentlichen Rechts auch Vereinigungen mit gemeinnützigem Zweck, Stiftungen, Kirchengemeinden, Genossenschaften. Als Träger des Dienstes erschienen Turn- und Sportverbände,

²¹ RGBl. I, S. 279. Die einzelnen Bestimmungen bei: Gerhard Jaerisch, *Der Freiwillige Arbeitsdienst im Deutschen Reiche*, Ein Kommentar für die Praxis, Breslau 1932.

²² Friedrich Syrup, *Die ersten Erfahrungen mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst*, in: *Soziale Praxis* 40. Jg. (1931), Sp. 1623f.; Dr. Zschucke, *Idee und Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes*, ebda., Sp. 1063f.

konfessionelle Organisationen, freie und christliche Gewerkschaften, die Technische Nothilfe und nicht zuletzt die politischen Verbände, etwa der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und die Wehrverbände. Vom Stahlhelm bis zum Reichsbanner war außer der SA und dem Rotfrontkämpferbund fast alles vertreten. Bei etwa der Hälfte aller Arbeitsvorhaben im FAD waren Träger des Dienstes und Träger der Arbeit identisch.

Eigene Sonderverbände zur Durchführung des FAD wurden auf regionaler Basis gegründet. In Bayern hatte sich am 30. Juli 1931 ein „Volksbund für Arbeitsdienst“ konstituiert, der auf überparteilicher, interkonfessioneller und wirtschaftlich neutraler Grundlage die Bestrebungen einer großen Zahl von Verbänden und Vereinen zusammenfaßte. Neben dem „Bayerischen Christlichen Bauernverein“, dem „Bayerischen Heimatschutz“, dem „Verband der Bayerischen Offiziers- und Regimentsvereine“, der „Gewerkschaft Deutsche Hilfe“, dem „Bayerischen Ärzteverein“ waren auch die „Katholische Elternvereinigung“ und die „Evangelische Handwerkervereinigung“ vertreten, ebenso der „Bayerische Turnerbund“ und der „Zentralverband der Kriegsbeschädigten“ oder der „Verein für Arbeiterkolonien“, der „Hauptverband der Siedler“ und der „Bund Deutscher Bodenreformer“. Aber auch der Landesverband des Roten Kreuzes, der Verband der Landgemeinden Bayerns und zahllose andere arbeiteten im Volksbund für Arbeitsdienst mit. Der Bayerische Stahlhelm, die Vaterländischen Verbände und der Bayerische Kriegerbund bildeten mit dem Volksbund zusammen eine Arbeitsgemeinschaft²³.

Die sozialpädagogischen Absichten, die von der Regierung mit der Förderung des FAD verbunden wurden, fanden insbesondere bei Organisationen, die sich mit Volksbildung befaßten, aber auch bei den Kirchen, Zustimmung²⁴. Durch die Gutschrift von RM 1,50 für jeden Arbeitstag sollte den Arbeitsdienstwilligen über die Zeit ihrer Beschäftigung im FAD hinaus ein Anreiz zur Siedlung gegeben werden²⁵.

Die Förderung des FAD ging Hand in Hand mit dem allgemeinen Abbau der Sozialpolitik, der durch die Brüning'schen Notverordnungen im Juli 1931 eingeleitet wurde und seinen Höhepunkt mit den Notverordnungen der Regierung Papen erreichte. Das finanzielle Problem der Unterstützung der Erwerbslosen wurde durch Verschiebung der Arbeitslosenhilfe von der Versicherung auf die Krisenfürsorge

²³ Karl Kaufmann, Führer durch den FAD, München 1932.

²⁴ Theodor Bäuerle, Erwachsenenbildung und Arbeitsdienst, in: Freie Volksbildung 7 (1932), S. 247 ff.; Fritz Laack, Gefahren für den Arbeitsdienst?, ebda., S. 431 ff.; Viktor Engelhardt, Die gesetzlichen und verordnungsmäß. Ansatzpunkte für den sozialpädagogischen Ausbau des FAD, ebda., S. 285 ff. und 321 ff.; Gerhard Schie, FAD als Mittel ländlicher Volksbildung in der Siedlung, ebda., S. 365 ff.; H. Link, Aufgaben des Pädagogen im FAD in: Soziale Praxis 41 (1932), Sp. 1095 f. – Seelsorge und FAD, in: Caritas 37 (1932), S. 607; Saarbourn-Richter-Voß, Maßnahmen zur Betreuung der unorganisierten und der erwerbslosen Jugend (Handbuch d. Jugendpflege H. 14), Berlin 1935, S. 18 ff.

²⁵ F. Laack, Arbeitsdienst und Siedlung in: Freie Volksbildung 7 (1932), S. 241 ff. – Zu den Bemühungen auf kath. Seite, Arbeitslager als Vorbereitung zur Siedlung vor allem auch bei Auswanderern durchzuführen s. Konrad Theiß, Arbeitsdienst als Weg und Vorstufe zur Gemeinschaftssiedlung, in: Caritas 37 (1932), S. 262 ff. – Ders., Gestaltung des Arbeitslagers, ebda., S. 422 f.

und von dieser auf die kommunale Wohlfahrtsunterstützung, jeweils unter Einschränkung der Leistungen und der Unterstützungsdauer, zu lösen versucht.

Aktionen zur Betreuung der arbeitslosen Jugend, wie das Weihnachten 1932 verkündete „Notwerk der deutschen Jugend“, das als Auffangorganisation für abgehende FAD-Teilnehmer gedacht war oder das „Reichskuratorium für Jugend-ertüchtigung“, das im September des gleichen Jahres vom Reichswehrministerium inauguriert wurde und der Papensche Plan eines Abiturientenwerkjahres können hier nur erwähnt werden²⁶. Bei den Maßnahmen der Regierung Brüning hatten noch sozialpädagogische Erwägungen den Ausschlag für die Förderung des FAD gegeben, bei Papen muß man außerdem die ideologischen Kulissen im Auge behalten, zwischen denen sein Kabinett agierte.

Die Notverordnungen vom Juli und August des Jahres 1932 verbesserten die Förderungsbedingungen gegenüber der bisherigen Regelung ganz wesentlich, vor allem wurde die Beschränkung auf den Personenkreis der „Alu- und Kru-Empfänger“ aufgehoben²⁷. Aus Reichsmitteln standen jetzt für jeden Arbeitsdienstwilligen 2 RM pro Kopf und Werktag zur Verfügung²⁸. Die Zahl der Beschäftigten, die von 106 im September 1931 auf 6810 im Januar und auf 74517 im Juli 1932 angewachsen war, stieg im September 1932 auf 144098 an²⁹. Im Juli 1932 war Friedrich Syrup, der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, zum Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst bestellt worden. Damit zeigte sich die beginnende Institutionalisierung des FAD. Als Dachorganisation der Dienstträger entstand an der Jahreswende 1932/33, ausgehend von den Heimatwerken in Baden und Württemberg, die „Reichsarbeitsgemeinschaft der Dienstträgerverbände“³⁰.

Die Diskussion um die Frage „Freiwilligkeit oder Dienstpflicht?“ erreichte zu dieser Zeit den Höhepunkt³¹. Die Literatur wurde jetzt vollends unübersehbar, eigene Zeitschriften widmeten sich diesem Problem („Deutscher Arbeitsdienst für Volk und Heimat“ und „Arbeit und Gemeinschaft“), andere Zeitschriften ver-

²⁶ Einzelheiten bei Köhler, a. a. O., S. 210 ff.

²⁷ RGBl. I, S. 352 – die weiteren Bestimmungen bei: L. v. Funcke, Handbuch für den Freiwilligen Arbeitsdienst, Berlin 1933 (3. Aufl.), und Hans Boening, ABC des Freiwilligen Arbeitsdienstes mit allen grundlegenden Verordnungen, Berlin 1933; vgl. auch Ernst Schellenberg, Der Freiwillige Arbeitsdienst auf Grund der bisherigen Erfahrungen, Untersuchung auf Grund einer Erhebung des Kommunalwissenschaftlichen Instituts ... Berlin 1932.

²⁸ Vgl. Anordnungen des Reichskommissars für den FAD, in: Soziale Praxis 41 (1932), Sp. 1071; Entwicklung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, ebda., Sp. 1305; Zur Klärung von Begriffen im Freiwilligen Arbeitsdienst, ebda., Sp. 1366.

²⁹ F. Syrup, Der freiwillige Arbeitsdienst für die männliche deutsche Jugend, Sonderdr. aus Reichsarbeitsblatt, S. 5.

³⁰ Köhler, a. a. O., S. 117, S. 238.

³¹ Werner Bohnstedt, Um die Gestaltung des Arbeitsdienstes, in: Soziale Praxis 41 (1932), Sp. 910 ff.; Dr. Arnhold, Um die Zukunft des Arbeitsdienstes, ebda., Sp. 1217 ff.; Zur Frage der Arbeitsdienstpflicht (o. Vf.), in: Soz. Praxis 40 (1931), Sp. 114; Dr. Platzmann, Arbeitsdienstpflicht als Volksdienst, München 1933; Fritz Leinweber, Freiwilliger Arbeitsdienst und allgemeine Dienstpflicht, in: Die Tat 23 (1931/32), S. 1011 f.

anstalteten Sonderhefte, in fast jeder Nummer der Tagespresse wurde das Problem diskutiert.

Die Befürworter der Arbeitsdienstpflicht fanden sich in der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Deutsche Arbeitsdienstpflicht (Rada)“ zusammen. Diese Vereinigung von Vertretern der äußersten Rechten forderte die allgemeine Dienstpflicht zur Durchführung eines „Nationalen Wirtschaftsprogramms“, tolerierte aber den FAD, soweit er sich auf lokale Maßnahmen und örtliche Organisationen beschränkte. Ein Zusammenschluß der einzelnen Träger des FAD zu einer Reichsorganisation und die Weiterentwicklung des FAD zur Dienstpflicht auf diesem Wege wurde von der „Rada“ scharf abgelehnt. Die Verwirklichung der Dienstpflicht sollte einer neuen Ära, nicht dem derzeitigen „System“, vorbehalten bleiben. Diese Auffassung teilten die Vereinigten Vaterländischen Verbände, NSDAP und Stahlhelm³³.

Die Kirchen beider Konfession – dem „Katholischen Reichswerk für den freiwilligen Arbeitsdienst“ stand ein „Evangelischer Reichsbeauftragter für FAD“ gegenüber – lehnten hingegen die Arbeitsdienstpflicht strikt ab³⁴.

Durch die trostlose Situation auf dem Arbeitsmarkt und die wachsende Verelendung der langfristig Arbeitslosen wurde auch die Sozialdemokratie gezwungen, ihre Haltung gegenüber dem Arbeitsdienst zu überprüfen. An der Ablehnung der Dienstpflicht änderte sich aber für die SPD genauso wenig wie für die Gewerkschaften. Eine Ausnahme machten die „Sozialistischen Monatshefte“, in denen seit 1931 die Beteiligung der Sozialdemokratie im FAD propagiert wurde³⁵. An den Maßnahmen des FAD dagegen beteiligten sich die Gewerkschaften, sie wachten jedoch voll Mißtrauen darüber, daß der Arbeitsdienst nicht von den Trägern zur billigen untertariflichen Arbeitsleistung benutzt wurde. (Ein solcher Verdacht richtete sich vor allem auf die deutschnationalen Kreise um Alfred Hugenberg.) Ebenso wurde die Freiwilligkeit der Teilnahme und die Zusätzlichkeit der Maßnahmen scharf beobachtet. Auf keinen Fall sollte der FAD dem Arbeitsmarkt ordentliche, tariflich bezahlte Arbeit wegnehmen³⁶.

Die Furcht vor antisozialen Nebengedanken im Arbeitsdienst teilten Christliche und Freie Gewerkschaften. Für beide war die Forderung nach Schaffung neuer Kaufkraft für die Arbeiter vordringlich, diese Forderung konnte der FAD, der allenfalls Arbeitsprodukte, aber keine Kaufkraft erzeugte, nicht erfüllen. Die Berechtigung des FAD lag so für die Gewerkschaften ausschließlich im Pädagogischen und Psychologischen. Nur um die Arbeitsfähigkeit, Berufstüchtigkeit und Schaffens-

³³ Deutscher Arbeitsdienst, 2. Jg. (1932), S. 109.

³⁴ Kath.: Wilhelm Reizermann, Freiwilliger Arbeitsdienst oder Arbeitsdienstpflicht?, in: Caritas 37 (1932), S. 361 f.; Gustav Gundlach, Zur Arbeitsdienstpflicht, in: Stimmen der Zeit 63 (1932/33), S. 56 ff. – Ludwig Münz, Der Arbeitsdienst, in: Hochland 1932/33, S. 85 f.

Evangel.: Gerhard Strathewerth, Eine Bresche! Der Arbeitsdienst als Ausweg ..., Bethel 1932.

³⁵ Köhler, a. a. O., S. 164; Bruno Broecker, Gewerkschaften und freiwilliger Arbeitsdienst, in: Arbeit und Gemeinschaft 1932, S. 78 f.

³⁶ Schr. d. Bundesvorstandes d. ADGB an Schriftleitung d. „Dt. Arbeitsdienst“ v. 28. 1. 1932 abgedr. in: Deutscher Arbeitsdienst, 2. Jg. (1932), S. 108.

freude des einzelnen zu erhalten, beteiligten sie sich an den Maßnahmen des FAD³⁶. Die Gewerkschaften sahen, ebenso wie die Sozialdemokratische Partei, im FAD ausschließlich eine Notmaßnahme, die nach Stabilisierung der Verhältnisse möglichst schnell der Eingliederung der Erwerbslosen in den normalen Arbeitsprozeß zu weichen hatte.

Für das sozialdemokratische Mißtrauen kann als Beispiel auch die Haltung der Sozialistischen Arbeiterjugend dienen. Der Reichsausschuß der SAJ hatte sich im Frühjahr 1932 grundsätzlich dafür entschieden, an Maßnahmen des FAD teilzunehmen, soweit als Träger öffentliche Körperschaften oder sozialistische Organisationen auftraten. Auch die SAJ erklärte ausdrücklich, daß der FAD nur als Krisenmaßnahme verstanden werde und lehnte jeden Versuch der politischen Beeinflussung der Dienstwilligen ebenso ab wie die Möglichkeit, den FAD zur Arbeitsdienstpflicht auszubauen³⁷.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes hatte der Außerordentliche Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands im April 1932 von der Reichsregierung ein breit angelegtes Programm von öffentlichen Arbeiten (Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen, Siedlungen usw.) gefordert. Von dem Kostenaufwand sollte ein möglichst großer Teil auf die tarifliche Entlohnung der dabei Beschäftigten entfallen³⁸. In dieser Forderung, die ein grundsätzliches Moment gewerkschaftlicher Sozialpolitik widerspiegelt, zeigt sich am deutlichsten, daß die Gewerkschaften dem FAD bestenfalls reserviert gegenüberstehen und in diesen Bestrebungen keinesfalls eine über die Krise des Tages hinaus gültige Idee sehen konnten.

Es ist hier auch auf eine Bewegung einzugehen, obwohl sie im eigentlichen Sinne den Arbeitsdienst nur am Rande berührte. Die „Artamanen“, deren Ziel in der Umschulung junger Städter zur landwirtschaftlichen Siedlung bestand, zogen nämlich aus dem „Blut- und Boden-Mythos“ der äußersten politischen Rechten zum erstenmal praktische Folgerungen. Damit hatten sie auch auf die Entwicklung der Ideologie von der Arbeitsdienstpflicht einen gewissen Einfluß.

Durch einen gemeinsamen Aufruf Bruno Tanzmanns, des Gründers der „Deutschen Bauernhochschule“ und Wilhelm Kotzdes, des Bundesvaters der „Adler und Falken“ (die sich als Erben des Wandervogels aus der Vorkriegszeit betrachteten) entstand im Frühjahr 1924 der „Bund Artam“. Der Name war einem völkischen Flugblatt Willibald Hentschels aus dem Jahre 1923 entnommen und wurde abwechselnd als „Hüter der Scholle“ oder als „Ritterliche Kampfgenossenschaft junger Helden, welche ausziehen, die Welt zu retten“ interpretiert³⁹. Der Bund strebte

³⁶ Ebenda, S. 99f. und: Niederschrift d. Verhandlungen d. 13. Kongresses der Christl. Gewerkschaften Deutschlands in Düsseldorf, Berlin 1932, S. 360f.

³⁷ Zitiert nach Jugendpressedienst Wille und Werk 4, in: Deutscher Arbeitsdienst, 2. Jg. (1932), S. 108.

³⁸ Protokoll d. Verhandlungen des außerordentl. (15.) Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands in Berlin (13. 4. 32), Berlin 1932, S. 18f.

³⁹ Naumburger Briefe 1925, Heft 8 (Artamanenheft), S. 34f.; weitere Deutungen zitiert Köhler, a. a. O., S. 40.

eine Lebensform durch freiwillige Arbeit auf dem Lande an und richtete sich in seiner Werbung zunächst an die völkische Jugendbewegung (über die „Adler und Falken“) und an Vaterländische und Wehrverbände (über die „Deutsche Bauernhochschule“).

Die Ziele der Artamanen lassen sich mit folgenden Schlagworten umreißen: Wiederherstellung der Ehre und Achtung der landwirtschaftlichen Arbeit, Kampf gegen die Landflucht, Ersatz und Verdrängung der polnischen Wanderarbeiter auf den mittel- und ostdeutschen Rittergütern, Selbsthilfe der Jugend gegen die Arbeitslosigkeit und, als Endziel, die Förderung des Siedlungsgedankens.

Sowohl die heterogene Zusammensetzung der Bewegung als auch das programmatische Gedankengut forderten frühzeitig Kritik aus verschiedenen Lagern heraus. Waren zunächst Widerstände aus agrarischen Kreisen gegen die Ziele des Bundes Artam zu überwinden, so meldeten sich auch bald warnende Stimmen, die auf gewisse Unvereinbarkeiten der völkischen Ideale mit dem Geist der Jugendbewegung hinwiesen⁴⁰.

Eifrigster Propagandist der Bewegung und Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde der Artamanen“, einem vornehmlich aus Großagrariern zusammengesetzten Fördererkreis, war der Naumburger Sanitätsrat Dr. Schiele⁴¹. Die Aufrufe in allen völkischen Zeitungen und Zeitschriften hatten zahlreiche Meldungen von ehemaligen Freikorps-Kämpfern⁴², Mitgliedern der NSDAP, von Angehörigen der Verbände „Wehrwolf“ und „Wiking“, anfänglich auch von Stahlhelm und Jungdo zur Folge. Der Zustrom aus der Jugendbewegung setzte später ein – vor allem ab Mai 1924, als sich die erste Artamanengruppe auf Gut Limbach bei Dresden schon im Einsatz befand⁴³. Die Angehörigen der Wehrverbände blieben in der Überzahl, verhältnismäßig viele Süddeutsche waren dem Bund Artam beigetreten, was sich vor allem durch die in Bayern stark vertretene völkische Presse erklären läßt⁴⁴.

Im Gründungsjahr 1924 waren auf 16 – meist sächsischen – Rittergütern mindestens 100 Artamanen an der Arbeit. Im folgenden Jahr verdoppelte sich diese Zahl, im Jahre 1926 waren es etwa 700 auf 70 Gütern, 1928 etwa 2000 auf 180 Gütern⁴⁵. Der Höhepunkt der Bewegung war damit bereits überschritten. 1928 verließ Bruno Tanzmann die Artamanen, Wilhelm Kotzde und Professor Schöpke

⁴⁰ Hans Waldbauer, Grundsätzliches zur Artamanenbewegung, in: Die Tat 19 (1927/28), S. 448 ff.

⁴¹ Dr. Georg Wilhelm Schiele hatte seine Arztpraxis zugunsten der politischen Publizistik aufgegeben („Naumburger Briefe“). Er verfocht eine völkische Agrarpolitik im Zeichen der Autarkie. 1920 bemühte er sich erfolglos um ein Reichstagsmandat der DNVP. Er gehörte zur engsten Umgebung Kapps und mußte sich, obwohl er das Wirtschaftsministerium im Kappschen Kabinett nicht angenommen hatte, aber entscheidende Gesetzentwürfe anläßl. des Putsches ausgearbeitet hatte, vor Gericht verantworten; s. Mikrofilm MA 616/4 im Institut für Zeitgeschichte (IfZ), Bl. 56900 ff. und 57376 ff.

⁴² Z. B. von Rudolf Höss, dem späteren Kommandanten von Auschwitz; vgl. Höss, Kommandant in Auschwitz, Stuttgart 1958, S. 51 f.

⁴³ Naumburger Briefe 1925, Heft 2: Freiwilliger Arbeitsdienst im Limbacher Beispiel.

⁴⁴ Vgl. den Aufruf im Völkischen Beobachter v. 27. 5. 1925.

⁴⁵ Fr. Schmidt, Die Artamanenbewegung, in: Deutsches Adelsblatt 44 (1926), S. 704.

zogen sich wenig später ebenfalls zurück. Wegen der zunehmenden politischen Radikalisierung unter Georg Kenstler (die preußische Regierung hatte ihn als lästigen Ausländer abgeschoben) kam es 1929 zur Spaltung. Fortan gab es zwei Organisationen, die miteinander in heftiger Fehde lebten und sich um die Berechtigung, den Namen „Bund Artam“ zu führen, stritten. 1931 zeigte sich die Bewegung, die von der preußischen Regierung unter den staatsfeindlichen Organisationen geführt wurde⁴⁶, vollständig zersplittert. Der alte Artam-Bund, der in seiner Blütezeit 5000 Mitglieder gezählt haben mag, mußte Konkurs anmelden. Politisch gehörten zu dieser Zeit bereits 90% aller Artamanen ins Lager der NSDAP. Reorganisationsversuche einzelner Gauführer blieben im ganzen ergebnislos. Die Reste des Artam-Bundes wurden 1934 dem Reichsnährstand angegliedert⁴⁷.

Die Entwicklung des Bundes Artam, dem zeitweilig prominente Nationalsozialisten wie Himmler und Darré angehörten, war im ganzen unabhängig von der des Arbeitsdienstes verlaufen, wenn sich Berührungspunkte auch hie und da ergaben. 1934 wurden etwa ehemalige Angehörige des NS-Arbeitsdienstes im Rahmen des „Arbeitsdank“ für die Siedlung auf dem Artamanen-Bundesgut Koritten geschult⁴⁸.

Den Artamanen nahe stand Karl Schöpke, der 1925 ein „Landwerk“ gegründet hatte, um junge Städter für die Landwirtschaft umzuschulen. Bekämpfung der Landflucht und Verdrängung der polnischen Wanderarbeiter waren auch seine Ziele. Schöpke beteiligte sich zunächst auch an den Bemühungen zur Einführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes und arbeitete mit Pastor Bodelschwingh (Bethel) zusammen⁴⁹, um dann aber – im Zeichen der Arbeitsdienstpflicht – in die Leitung des nationalsozialistischen Arbeitsdienstes einzutreten⁵⁰.

Verhältnismäßig spät, nämlich erst im Laufe des Jahres 1932, traten nationalsozialistische Arbeitslager in Erscheinung⁵¹. Im Braunen Haus schwankte man lange, ob sich die NSDAP am staatlich geförderten FAD beteiligen oder aber bis zur „Machtergreifung“ abwarten solle, um dann die Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Der Strasser-Flügel der Partei drängte auf die Errichtung von Lagern im Rahmen

⁴⁶ S. Akten d. Preuß. Innenministeriums/Abt. II, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Rep. 77 Tit. 4043: Die Artamanen (Mikrofilm im IfZ MA 198/5).

⁴⁷ Bund Artam e.V. [Hrsg.], Zehn Jahre Artam, Sternberg-Neumark 1934.

⁴⁸ Ebenda, S. 11.

⁴⁹ Eine den Artamanen nicht ganz unähnliche Zielsetzung hatten auch „Die Sigmarshofer“, eine von Bethel ausgehende evangelische Bewegung zur Umschulung jugendlicher Arbeitsloser für die Landwirtschaft. Praktische Versuche wurden 1931 in Mecklenburg-Strelitz angestellt; vgl. Gerhard Stratenwerth, Die Sigmarshofer, Bethel 1931.

⁵⁰ Er schied 1934 „aus politischen Gründen“ wieder aus; vgl. dazu Nürnberger Dokument NO 5112. S. a. Karl Schöpke, Deutsches Arbeitsdienstjahr statt Arbeitslosenwarr, München 1930; dazu auch NS-Monatshefte 1 (1930), S. 184f.

⁵¹ Syrup, Die ersten Erfahrungen mit dem FAD, in: Soziale Praxis 40 (1931), Sp. 1627, erwähnt allerdings für das Jahr 1931 bereits ein nationalsozialistisches Arbeitsvorhaben im Rahmen des FAD, das aber wohl auf eine örtlich begrenzte Initiative zurückging.

des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Hitler war persönlich am ganzen Problem weniger interessiert, auch das Gros der Gauleiter hatte andere Sorgen⁵². Oberst a.D. Konstantin Hierl⁵³, seit 1929 Reichsorganisationsleiter II – bis 1927 hatte er zur engsten Umgebung Ludendorffs im Tannenbergbund gehört und war dann über Strasser in die NSDAP gekommen – war ein Anhänger der Arbeitsdienstpflicht. Schon 1923, als er noch im Reichswehrministerium Dienst tat, hatte er in einer Denkschrift Seeckt für die Arbeitsdienstpflicht zu erwärmen versucht. Den Freiwilligen Arbeitsdienst lehnte Hierl jedoch ab. 1931 ernannte ihn Hitler, hauptsächlich wohl deshalb, um ihn von dem Posten als Organisationsleiter, dem er nicht gewachsen war, abzulösen, zum „Beauftragten des Führers für den Arbeitsdienst“. Hierl beschränkte sich in dieser Stellung zunächst darauf, „generalstabsmäßig“ Gesetzentwürfe für die dereinstige Einführung der Arbeitsdienstpflicht anfertigen zu lassen⁵⁴.

Gregor Strasser und vor allem dessen Intimus Paul Schulz („Feme-Schulz“) drängten dagegen auf die Beteiligung der NSDAP am Freiwilligen Arbeitsdienst. Schulz hatte im Herbst 1931 die Einstellung Helmut Stellrechts als „Fachbearbeiter für den Arbeitsdienst“ in die Parteileitung veranlaßt. Damit war Hierl ein Anhänger des Arbeitsdienstes unterstellt, der nicht bis zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht abwarten wollte, sondern die sofortige Teilnahme der Nationalsozialisten in freiwilligen Arbeitslagern forderte. Für Hierl galt der FAD zu dieser Zeit im besten Falle als entbehrliche Vorstufe, eher aber als „Verfälschung der Idee der Arbeitsdienstpflicht“, die das „Eintreten der wirtschaftlichen und volkserzieherischen Wirkungen“ des obligatorischen Arbeitsdienstes verzögere⁵⁵. Erst allmählich kam Hierl zu der Auffassung, daß der staatlich unterstützte FAD die Möglichkeit bot, Erfahrungen für die Zukunft zu sammeln und Führungskader auszubilden. Er gab dem Drängen Stellrechts nach und genehmigte die Errichtung einzelner Lager, die als „Stammabteilungen“ für eine spätere NS-Organisation gedacht waren.

Vorher hatte schon Paul Schulz mit der Gründung des „Vereins zur Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte“ in Berlin einen eigenen Vorstoß unternommen, um den Nationalsozialisten einen Anteil an der Arbeitslagerbewegung zu sichern. Das Lager in Hammerstein (Hinterpommern), das Anfang 1932 errichtet wurde und als eines der ersten, wenn nicht als das erste NS-Arbeitslager überhaupt gilt, ging auf die Initiative von Paul Schulz zurück. Auch anderenorts wurden jetzt nationalsozialistische Arbeitsdienstvereine, immer unter dem Mimikri der „Umschulung“, nach dem Schulzchen Vorbild gegründet. In der später erfolgten Zusammenfassung zum „Reichsverband Deutscher Arbeitsdienstvereine e.V.“ bildeten sie den Grundstock des NS-Arbeitsdienstes.

In Groß-Kühnau bei Dessau förderte die nationalsozialistische Landesregierung

⁵² Mündl. Auskunft von Dr. H. Stellrecht.

⁵³ H. H. Grote und H. Erb, Konstantin Hierl, Berlin 1934; Konstantin Hierl, Im Dienste für Deutschland 1918–1945, Heidelberg 1954; Zeugenschriftum Hierl im IFZ.

⁵⁴ K. Hierl, a. a. O., S. 70.

⁵⁵ K. Hierl, Sinn und Gestaltung der Arbeitsdienstpflicht, München 1932.

von Anhalt unter Ministerpräsident Freyberg und Gauleiter Löper die Errichtung eines Arbeitslagers, das unter Leitung des Major a.D. Lancelle die Keimzelle für den späteren RAD wurde. Eine Lehrabteilung und eine Führerschule verfolgten auch hier den Zweck, hauptberufliche Arbeitsdienstführer für die Zukunft heranzubilden.

Wie gering jedoch der Anteil der NSDAP an den Lagern des FAD war, geht aus einer Umfrage hervor, die von der Obersten SA-Führung im September 1932 bei allen SA-Gruppen und Untergruppen im Reich durchgeführt wurde⁵⁶. Die weitaus meisten SA-Führer standen nicht nur dem freiwilligen Arbeitsdienst, wie er derzeit überall in Deutschland praktiziert wurde, ablehnend gegenüber, sie verfolgten auch den Aufbau einer nationalsozialistischen Arbeitsdienstorganisation mit Argwohn. Den parteieigenen Arbeitsdienst, dessen Voraustrupps in den Gauleitungen gerade installiert wurden, empfand die SA größtenteils als Konkurrenz. Die Oberste SA-Führung hatte auch vorsorglich verfügt, daß alle SA-Führer, die sich zur Teilnahme in NS-Arbeitslagern meldeten, aus dem SA-Führerkorps auszuschneiden hatten.

Am erstrebenswertesten erschien es den meisten SA-Führern, den Arbeitsdienst in eigener Regie der SA durchzuführen. Einige SA-Gruppen ersehnten aber auch einen Arbeitsdienst der NSDAP – für die Mitarbeit im staatlich geförderten FAD in den allen offen stehenden Lagern waren sie sich zu schade – um die größtenteils erwerbslosen SA-Männer wirtschaftlich sichern zu können. Meldungen über bereits errichtete Arbeitslager der NSDAP lagen im September aber nur aus Niederschlesien, Bochum, Danzig und aus Pommern vor.

Der theoretische Beitrag, den Konstantin Hierl namens der NSDAP zur Diskussion der Arbeitsdienstfrage lieferte, war denkbar bescheiden. Er bestand weitgehend aus der Adaption des vorliegenden Schrifttums, soweit es sich in das Programm der NSDAP einfügen ließ. Insbesondere auf die Schriften Karl Schöpfkes und auf den zeitweiligen sächsischen Wirtschaftsminister Walter Waldemar Wilhelm mußte zurückgegriffen werden⁵⁷. Die erste größere „parteiamtliche“ Schrift über den Arbeitsdienst erschien erst 1933⁵⁸.

Neben den Phrasen von der „Überwindung des liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaftsdenkens“ und der Aufrichtung eines „deutschen Sozialismus“⁵⁹ wurden

⁵⁶ Mikrofilm MA 132 und MA 133 im IfZ.

⁵⁷ Er gehörte als Mitglied der Wirtschaftspartei von Januar bis Juni dem zweiten Kabinett Heldt an. Sein vielbeachtetes Buch, *Volk im Dienst*, Leipzig 1931, in dem er die Einführung der Arbeitsdienstpflicht zur Überwindung der Wirtschaftskrise forderte, wurde von der NSDAP restlos akzeptiert. Vgl. NS-Monatshefte 2. Jg. (1931), S. 479 ff.: „Der Verfasser gehört, obwohl anscheinend nicht äußerlich, nach seiner inneren Einstellung zu uns.“ Die Gesetzesvorschläge und Organisationsentwürfe Wilhelms wurden von Hierl zum Teil ausgewertet. Vgl. auch: Will Decker, *Die politische Aufgabe des Arbeitsdienstes*, Berlin 1935, S. 20.

⁵⁸ Helmut Stellrecht, *Der Deutsche Arbeitsdienst, Aufgaben, Organisation, Aufbau*, Berlin 1933. Das Buch wurde nach dem Ausscheiden Stellrechts aus dem Arbeitsdienst kaum noch erwähnt; vgl. Grote/Erh, Konstantin Hierl, S. 60; s. a. Jesco von Puttkamer, *Deutschlands Arbeitsdienst*, Oldenburg 1933, S. 92.

⁵⁹ Rede Hierls am 2. 9. 1933 (Reichsparteitag) in Nürnberg, hier nach: Müller-Brandenburg, *Was ist Arbeitsdienst? Was soll er?*, Leipzig 1934, S. 49; Stellrecht, a. a. O., S. 7;

vor allem die gemeinschaftsbildenden Werte des Arbeitsdienstes betont. Wirkte hier das Fronterlebnis des Ersten Weltkrieges nach, so stand hinter der „Umschichtung unseres Volkes aus den Großstädten aufs Land“ und der „Umgruppierung aus der übermäßig aufgeblähten Industrie zurück zur Bodenkultur“⁶⁰ (wie auch bei vielen nicht-nationalsozialistischen Forderungen nach der Dienstpflicht) Hans Grimms „Volk ohne Raum“.

Übrig blieb die Formel vom „Ehrendienst am Deutschen Volke“, der im Arbeitsheer geleistet werden sollte. Werner Beumelburg bemühte sich, dieses nationalpädagogische Ziel mit folgender Formulierung zu fassen:

„Die Unehre des Soldaten wurde durch die allgemeine Wehrpflicht überwunden, ausgemerzt und in ihr Gegenteil verwandelt. Die mindere Stellung des Arbeiters wird in zehn Jahren vorüber sein, wenn erst einmal jeder junge Deutsche durch die Schule des Arbeitsdienstes gegangen sein wird.“⁶¹

Hinter allen romantischen Sehnsüchten und irrationalen Begründungen für die Notwendigkeit einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht (es wurde z. B. nur in wenigen der späteren Publikationen über den RAD versäumt, darauf hinzuweisen, daß der Geist Friedrichs des Großen über allen Kultivierungsarbeiten des Reichsarbeitsdienstes schwebte) steht jedoch der universale Verfügungsanspruch des totalen Staates über den Einzelnen (Buchheim).

Der 30. Januar 1933 kam für den „Beauftragten des Führers der NSDAP für den Arbeitsdienst“ überraschend. Zu der Überraschung trat die Enttäuschung hinzu, daß der Stahlhelmführer Seldte das Reichsarbeitsministerium im Kabinett Hitler erhalten hatte. Die Regierungserklärung vom 1. Februar, in der es hieß: „Zu den Grundpfeilern unseres Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht“⁶², konnte Hierl nicht trösten, denn schon am folgenden Tag meldete Seldte seine Ansprüche auf das Reichskommissariat für den FAD an. An der Spitze aller Organisationen, die im Freiwilligen Arbeitsdienst als Träger des Dienstes auftraten, stand immer noch der Stahlhelm; das Reichskabinett hatte daher keine Bedenken, anstelle des zurückgetretenen Arbeitsministers Syrup, der wieder die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übernahm, Seldte mit der Leitung des FAD zu betrauen⁶³.

Die Ernennung Seldtes zog sich allerdings wegen der Verhandlungen mit Hierl, der ja auch irgendwie an der Spitze des FAD untergebracht werden mußte, noch

Hierl, *Der Geist des Arbeitsdienstes*, Berlin [1934] (Mikrofilm MA 132 im IFZ, Bl. 104089ff.), hier wird Sozialismus mit „deutsche Volksgemeinschaft“ übersetzt.

⁶⁰ K. Hierl, *Sinn und Gestaltung der Arbeitsdienstpflicht* (Vortrag b. d. Reichsarbeitsgemeinschaft für dt. Arbeitsdienstpflicht am 23. 5. 1932), München 1932, S. 15.

⁶¹ Werner Beumelburg, *Durch Arbeit zur Nation*, in: *Süddeutsche Monatshefte* 30 (1932/33), S. 385ff.; vgl. W. Beumelburg, *Arbeit ist Zukunft*, Oldenburg 1933.

⁶² Hohlfeld IV, Nr. 5., S. 7f.

⁶³ Sitzungsprotokoll des Reichskabinetts v. 2. 2. 1933. BA Koblenz, Best. R 45 I (Fotokopie Fa 205/1 im IFZ).

bis Mitte März hin. Nachdem Hierl seine Bereitschaft zur Mitarbeit im letzten Augenblick trotz der Konzessionen Seldtes, der unter anderem den Rücktritt seines Beauftragten nach Ablauf von drei Monaten zugesichert hatte, zurückzog, wurde Seldte Reichskommissar für den FAD. Er hatte sich Hitler gegenüber vorher verpflichtet, den Aufbau des Arbeitsdienstes – das hieß: Umbau des bestehenden FAD zur Dienstpflicht – im Einvernehmen mit der Reichswehr und der NSDAP durchzuführen⁶⁴.

Vorläufig hatte die Rivalität zwischen Seldte und Hierl, als den Exponenten des Arbeitsdienstgedankens innerhalb des Stahlhelms und der NSDAP, mit einem Sieg des ersteren geendet. Während Seldte als Reichsarbeitsminister und Reichskommissar für den FAD die Schlüsselpositionen besetzen konnte, war Hierl leer ausgegangen und stand, obwohl Beauftragter der NSDAP für den Arbeitsdienst, abseits. Aber schon am 31. März mußte Seldte ihn zur Ernennung zum Staatssekretär (als Leiter des Arbeitsdienstes) dem Kabinett vorschlagen. Der Arbeitsdienst sollte als besondere Abteilung dem Reichsarbeitsministerium eingegliedert werden⁶⁵.

Nach seinem Amtsantritt als „Staatssekretär für den Arbeitsdienst“ ging Hierl zunächst daran, alle nationalsozialistischen Arbeitsdienstvereine unter dem Dach des „Reichsverbands deutscher Arbeitsdienstvereine (RDA)“ zusammenzufassen. Den Vorsitz übernahm er selbst in seiner Eigenschaft als Beauftragter der Partei. Die Gliederung des Dachvereins in Gauarbeitsdienstvereine ermöglichte die Gleichschaltung aller Arbeitslager der nicht-nationalsozialistischen Organisationen und Verbände.

Der nationalsozialistische Sturm auf die Arbeitslager brach mit solcher Wucht los, daß um die Mitte des Jahres 1933 alle Dienstträgerorganisationen – außer dem Stahlhelm – aus dem Felde geschlagen wurden. Die „offenen“ und „gemischten“ Lager, in denen sich die Arbeitsfreiwilligen nur zur Arbeit einfanden, um nach Feierabend ins Privatleben zurückzukehren, waren zuerst verschwunden. Das Chaos, das die Nationalsozialisten in den Lagern anderer Organisationen angeblich vorgefunden hatten⁶⁶, begann aber erst jetzt, da ein großer Teil der Männer die Lager verließ, um nicht unter nationalsozialistischer Regie weiterarbeiten zu müssen. Außerdem verfügte der Arbeitsdienst Hierls noch lange nicht über die nötige Organisation und das Führerpersonal, um alle Lager ordnungsgemäß weiterführen zu können.

Mit besonderem Eifer wurden die konfessionell gebundenen Lager aufgelöst. Vorstellungen des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz und ein Protest Kardinal

⁶⁴ Schr. Seldte an Hitler v. 11. und 14. März 1933, Akten d. Reichskanzlei, BA Koblenz, Bestand R 43 II (Fotokopie im IfZ, Sign. Fa 199/21) im folgenden zitiert als Akten Reichskanzlei.

⁶⁵ Sitzungsprotokolle d. Reichskabinetts, BA Koblenz, Best. R 43 I (Fotokopie Fa 205/2 im IfZ). Als Unterabteilungsleiter d. Abt. Jugendertüchtigung, die neu errichtet werden sollte, schlug Seldte den Stahlhelmführer Mahnken und Strattenwert [sic] vor.

⁶⁶ Vgl. Herbert Erb, Die Entwicklung des Arbeitsdienstes (Amtl. Schriften d. Reichsleitung d. Arbeitsdienstes Heft 4), Leipzig 1934, S. 41; s. a. die einzelnen Aufsätze im Heft 56 der NS-Monatshefte, 5. Jg. (1934), S. 978 ff.

Faulhabers bei Hitler und Seldte gegen die Besetzung von Lagern des katholischen Reichswerkes durch die NSDAP blieben erfolglos. Lediglich gewisse Fristen für die Liquidierung der Lager und die Abwicklung bereits begonnener Vorhaben wurden unter Hinweis auf die „Verfügung des Reichskommissars für den FAD zur Neuordnung der Dienstträgerschaft im FAD“ vom 28. April 1933 zugestanden. Die insbesondere von Kardinal Faulhaber⁶⁷ aufgeworfenen Fragen der Entschädigung für das enteignete Vermögen und die Versorgung der katholischen Arbeitslagerführer wurden von Hierl – ebenso wie die Forderung zur Abhaltung von Gottesdiensten in den Lagern – hinhaltend abschlägig behandelt⁶⁸.

Mit der Gleichschaltung der Arbeitslager hatte sich Hierl zunächst einen Rückhalt gegenüber Seldte geschaffen, dem er ja im staatlichen Bereich unterstellt war. Als Vorsitzender des Reichsverbandes der Arbeitsdienstvereine war er jedoch selbständig und konnte, gestützt auf die einzelnen Vereine, daran gehen, sich auch innerhalb der staatlichen Organisation die entsprechende Position zu erkämpfen. Die entscheidenden Schritte mußten aber auch hier wieder in den unteren Instanzen erfolgen.

Schon im Frühjahr 1933 ging die Bearbeitung der Angelegenheiten des FAD von den Präsidenten der Landesarbeitsämter und den Leitern der Arbeitsämter auf neu ernannte Bezirkskommissare über. Anfang August wurden diese Dienststellen in 30 „Arbeitsgauleitungen“ umgewandelt, die als Mittelinstanzen des Reiches fungierten. Die Bezirkskommissare und späteren Arbeitsgauleiter waren größtenteils mit den Vorsitzenden der gleichgeschalteten Gauarbeitsdienstvereine identisch.

Der Stahlhelm-Arbeitsdienst, als letzter nicht-nationalsozialistischer Dienstträger, wurde im Juli 1933 von den Gauvereinen übernommen. Ende des Jahres 1933 war der FAD ein unter Kontrolle der NSDAP stehender Verein, dessen regionale Vorsitzende in Personalunion Leiter staatlicher Dienststellen waren und dessen Reichsvorsitzender Hierl auf Reichsebene Staatssekretär beim Reichskommissar für FAD und auf Parteiebene Beauftragter des Führers war.

Im Februar 1934 wurde die vollzogene Gleichschaltung aller Arbeitsdienstbestrebungen augenfällig, als der Verein (RDA) den neuen Namen NS-Arbeitsdienst erhielt.

Während Hierl auf der unteren und mittleren Ebene die Ausschaltung der Dienstträger und die Gleichschaltung der Lager erzwang, war man sich über die künftige Organisationsform des Arbeitsdienstes auf der obersten Ebene noch lange nicht einig.

Seldte hatte Anfang April 1933 einen Plan zur Errichtung eines Ministeriums für Arbeit und Jugend entwickelt, scheiterte damit aber am Einspruch des Finanz- wie des Wirtschaftsministeriums⁶⁹. Seldte mußte sich vor allem Kritik an dem

⁶⁷ Schr. Faulhaber an Hitler v. 27. 4. 1933 und Antwort Hierls v. 12. 5. 1933, Akten Reichskanzlei.

⁶⁸ Vgl. dazu die „Richtlinien für die Beteiligung des Reichsarbeitsdienstes an kirchlichen Feiern“ von Hierl (o. D.), Nürnberg. Dokument PS 107.

⁶⁹ Vgl. Chefbesprechung üb. Fragen der Arbeitsdienstpflicht und Jugendertüchtigung am 4. 4. 1933, Akten Reichskanzlei.

vorgesehenen Etat gefallen lassen. Hitler bezeichnete den Kopfbetrag von 2 RM für den einzelnen Arbeitsdienstmann als zu hoch und hielt anstelle der geforderten 375 Mill. RM (für 300 000 Dienstpflichtige) höchstens 200 Mill. RM für tragbar. Der Auffassung des Wirtschaftsministers, daß Störungen in der Wirtschaft dadurch vermieden werden müßten, daß nur außerhalb des Arbeitsprozesses Stehende in den Arbeitsdienst eingegliedert werden dürften, widersprach Hitler. Man solle den Arbeitsdienst nicht unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten, sondern darin vor allem ein Instrument zur Erziehung der Volksgemeinschaft sehen. Gerade die jungen Jahrgänge sollten aus der Wirtschaft herausgenommen werden, um für ältere Platz zu schaffen; die Schwierigkeiten des Arbeitsdienstes müsse jeder junge Deutsche auf sich nehmen.

Ende Mai 1933 schickte Hierl (wenige Wochen nach seiner Ernennung zum Staatssekretär) einen Referentenentwurf zu einem „Gesetz zur Vorbereitung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht“ bei den einzelnen Ressorts in Umlauf. „Wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit“ sollte die Besprechung des Entwurfs bereits am 31. Mai stattfinden⁷⁰. Es war vorgesehen, den Freiwilligen Arbeitsdienst planmäßig stufenweise zur vollen Dienstpflicht auszubauen, bei zunächst dreimonatiger Verpflichtung ohne das Recht zur vorzeitigen Auflösung des Arbeitsdienstverhältnisses. Dagegen war für „Arbeitsflucht“ bereits Gefängnis nicht unter einer Woche angedroht.

Sowohl der Finanzminister, als auch das Auswärtige Amt erhoben gegen diesen Gesetzentwurf Einspruch. Schwerin-Krosigk wies darauf hin, daß der Entwurf außer der Bestimmung, die das vorzeitige Ausscheiden verbot, keine Änderung am status quo des Arbeitsdienstes bringe. Der Umbau des Arbeitsdienstes zur Arbeitsdienstpflicht war nach Ansicht Schwerin-Krosigks auch ohne die Verabschiedung des Gesetzentwurfs möglich⁷¹.

Außenpolitische Überlegungen sprachen außerdem gegen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht⁷². Die Debatten über den bulgarischen Arbeitsdienst in der Technischen Kommission der Abrüstungskonferenz in Genf hatten über den grundsätzlichen Widerstand Frankreichs und Englands gegen diese Form staatlicher Zwangsinstitutionen keinen Zweifel gelassen⁷³. Der bulgarische Arbeitsdienst bot genügend Anhaltspunkte dafür, daß es sich um getarnte Maßnahmen paramilitärischer Jugendertüchtigung handelte. Die Einziehung der Jahrgänge durch Bezirkskommandos, ähnlich der Rekrutenaushebung, die Gliederung der Mannschaft in Abteilungen und Stäbe mit zentralem Aufbau, die überwiegende Verwendung

⁷⁰ Stellungnahmen der Ressorts zum Gesetzentwurf, Akten Reichskanzlei.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Staatssekretär Bülow an Reichsarbeitsministerium v. 10. 6. 33, ebda.; vgl. auch das Rundschreiben d. RMdI an das Propagandaministerium und die Landesregierungen v. 7. 8. 1933, in dem mit Rücksicht auf das Ausland um ein Verbot von Berichten, Bildern usw. über SA, SS, Stahlhelm und Arbeitsdienst gebeten wurde. Unter dem Hinweis auf Landesverrat seien Personen, die weiterhin in diesem Sinne berichteten, in Schutzhaft zu nehmen; IfZ: Mikrofilm MA 260.

⁷³ Telegramm der Dt. Delegation an das AA v. 10. 6. 33, Akten Reichskanzlei.

ehemaliger Offiziere im Führerkorps und die Disziplinarordnung nach Art der Militärgerichtsbarkeit – das waren die Hauptkriterien, die zur Ablehnung des bulgarischen Arbeitsdienstes in Genf führten. Die Uniformen und die militärischen Ordnungsübungen ergänzten das Bild.

Um den deutschen Arbeitsdienst aus der außenpolitischen Schußlinie herauszuhalten, sollte die Organisation nach den Vorstellungen des Auswärtigen Amtes mehr auf „volkserzieherische“ als auf wehrpolitische Absichten ausgerichtet werden. Für die deutsche Kulturpropaganda im Ausland könnte dann der Arbeitsdienst als „Ausdruck des deutschen Sozialismus und als Bestandteil des strukturellen Umbaus der von der Krise betroffenen Wirtschaft“⁷⁴ werbende Wirkung haben. Unter diesem Gesichtspunkt plädierte das Auswärtige Amt für die Beibehaltung der Freiwilligkeit, für möglichst geringe Zentralisierung der Führungsspitze, für ein Führerkorps aus den bewährten Jugendführern des alten FAD. Die Gliederung in gleichstarke Formationen, Uniformen von militärischem Schnitt, militärische Übungen und eine eigene Strafergerichtsbarkeit lehnte das Auswärtige Amt ab und kam zu der Schlußfolgerung, daß die Verstaatlichung des Arbeitsdienstes zugunsten des dringend erwünschten zivilen Charakters der Organisation abzulehnen sei. Mit seinem Plädoyer zugunsten eines freien Selbstverwaltungskörpers anstelle einer staatlichen Zwangsinstitution wies das Auswärtige Amt die Pläne Hierls bereits in ihren Ansätzen zurück.

Aber nicht nur der erste Versuch einer gesetzlichen Fixierung der Arbeitsdienstpflicht nach den Vorstellungen Hierls war gescheitert. Auch der Etat für das Jahr 1935, dem das Kabinett im Frühjahr grundsätzlich zugestimmt hatte⁷⁵, lag im August noch unbearbeitet im Reichsfinanzministerium. Man hatte sich dort geweigert, den 200-Millionen-Haushalt zu bearbeiten, solange in den unteren Instanzen des Arbeitsdienstes eigene staatliche Behörden in Erscheinung traten. Das Ministerium konnte sich dabei auf die Forderung Hitlers berufen, nur einen möglichst kleinen und unauffälligen Apparat aufzuziehen⁷⁶. Hierl, der sich ja erst vor kurzem von den Arbeitsämtern als Mittelinstanzen freigekämpft hatte, hielt an seinen eigenen Arbeitsgauleitungen fest und wollte diese Dienststellen auf keinen Fall in die Landesfinanzämter (oder, nach einem anderen Vorschlag, in die Hauptversorgungsämter) eingliedern. Es bedurfte des Eingreifens von Hitler, bei dem sich Hierl (am 6. August) über die Finanzbürokratie, die dem Arbeitsdienst und dessen „nationalsozialistischer Grundidee“ völlig fremd gegenüberstünde, beschwert hatte, um die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen.

Die Verschleppung des Etats⁷⁷ veranlaßte Hierl, der sich ganz besonders dadurch

⁷⁴ Bülow, a. a. O. (s. Anm. 72).

⁷⁵ Besprechung v. 4. April, Akten Reichskanzlei.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ Der Anteil Seldtes und seines Ministeriums an der Verzögerung d. Etatberatungen war, wie aus einem Schr. Hierls an Hitler v. 26. August (Akten Reichskanzlei) hervorgeht, nicht unerheblich. Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes hatte den Haushaltsentwurf am 17. Juli dem Reichsfinanzministerium eingereicht, dort wurde er zunächst auf Wiedervorlage zum 3. September zurückgestellt. Am 19. Juli wurde nach Angaben d. Staatssekretärs im Arbeits-

brüskiert fühlte, daß ihm die Zurückstellung (bzw. Zurückziehung) des Haushaltes verschwiegen wurde, dringend eine neue organisatorische Regelung für die Reichsleitung des Arbeitsdienstes zu fordern. Die Angelegenheiten des Arbeitsdienstes sollten nach seinen Wünschen vom übrigen Arbeitsgebiet des Arbeitsministeriums getrennt und ausschließlich vom Staatssekretär für den Arbeitsdienst erledigt werden. Der Staatssekretär sollte gleichzeitig Reichskommissar für den FAD sein. Das Arbeitsministerium dachte sich Hierl in zwei getrennte Züge geteilt, in der Form, daß unter dem Minister zwei Ministerbüros mit zwei Staatssekretären auf der einen Seite die Aufgaben des „Reichsarbeitsministeriums ohne Arbeitsdienst“ und auf der anderen Seite die Aufgaben des Arbeitsdienstes wahrzunehmen hätten. Zwischen den beiden Instanzenzügen sollte es keine Querverbindung geben. Die Vertretung des Ministers in allen Angelegenheiten des Arbeitsdienstes hätte der Staatssekretär für den Arbeitsdienst. Als Modell für diese Konstruktion diente das Reichswehrministerium, dem die Heeresleitung und die Marineleitung in ähnlicher Form nachgeordnet waren.

Hierl erhoffte sich von dieser Regelung nicht nur größere Unabhängigkeit innerhalb des Ministeriums und erhöhte Befugnisse, sondern auch größere Beweglichkeit gegenüber der Bürokratie anderer Ressorts. Das Ziel seiner Bemühungen war ja die eigene, unabhängige Reichsbehörde für den Arbeitsdienst. Zu dem ersehnten Zeitpunkt, da außenpolitische Rücksichten nicht mehr galten, hätte man eine in sich geschlossene Abteilung des Arbeitsministeriums leicht verselbständigen können.

Hitler verschloß sich den Wünschen Hierls nicht, sondern ließ durch Staatssekretär Lammers die skizzierte Neuregelung der Organisation Seldtes zugehen und zur Diskussion stellen⁷⁸, was allerdings kein unmittelbares Ergebnis zur Folge hatte. Am 26. September fand unter dem Vorsitz Hitlers eine Chefbesprechung über die organisatorische Stellung der Reichsleitung des Arbeitsdienstes statt⁷⁹. Dabei standen aber die wirtschaftlichen Ziele des Arbeitsdienstes im Vordergrund. Hierl fand bei dieser Gelegenheit Grund zur Klage über das neue Arbeitsbeschaffungsprogramm (Reinhardt-Programm), das nach seiner Meinung die Aufgaben des Arbeitsdienstes nicht genügend berücksichtige. Die wirtschaftliche Aufgabe des Arbeitsdienstes bestand in der Formulierung Hierls darin, „in mangelhaftem Kulturstadium befindliche Äcker und Wiesen durch Bodenverbesserung ertragreicher zu gestalten, sie vor der Vernichtung ihres Ernteertrages durch Überschwemmungen zu schützen,

ministerium, Krohn, der Entwurf angeblich auf Wunsch Seldtes zurückgezogen; nach der Darstellung des Finanzministeriums wurde allerdings nur ein Abdruck angefordert, während das Original im Finanzministerium verblieb. Vollends undurchsichtig wurde die Sache, als das Finanzministerium in einem Schreiben an den Chef der Reichskanzlei vom 11. August, der auf Weisung Hitlers die Beschleunigung der Haushaltsverabschiedung erbeten hatte, erklärte, ein Etat-Entwurf läge im Finanzministerium noch gar nicht vor. Hierl wußte von diesen Vorgängen innerhalb der Bürokratie der beteiligten Ressorts nichts und wandte sich erneut an Hitler mit der Bitte, ein Machtwort zu sprechen.

⁷⁸ Staatssekretär Lammers an Seldte v. 29. August 1933, Akten Reichskanzlei.

⁷⁹ Vgl. Aktennotiz der Reichskanzlei, Akten Reichskanzlei. Eine Aufzeichnung über die Sitzung wurde auf Weisung Hitlers nicht angefertigt.

grundlose Landwege wieder in Stand zu setzen, sowie schließlich durch Aufschluß von Moor- und Ödland neues Bauernland zu schaffen⁸⁰. Die Durchführung dieser Vorhaben sollte beim Einsatz eines „Arbeitsdienstheeres“ von 500 000 Mann innerhalb eines Jahres die Ernährungsbasis für eine Viertelmillion Menschen zusätzlich schaffen können.

In der Praxis war der Arbeitsdienst allerdings zum großen Teil bei anderen Projekten eingesetzt, denen kein allzu großer volkswirtschaftlicher Wert beizumessen war. Hierl forderte daher die Berücksichtigung der Aufgaben des Arbeitsdienstes in einem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm. Ein „Landeskulturgesetz“, zu dem er einen Entwurf – zusammen mit dem „Agrarpolitischen Apparat“ der NSDAP – bereits ausgearbeitet hatte, sollte den Arbeitsdienst von den Länderbehörden, in deren Zuständigkeit die Meliorationsprojekte fielen, unabhängig machen.

Um den Arbeitsdienst zukünftig produktiver als bisher einsetzen zu können, verlangte Hierl auch Einfluß auf die Verteilung der Mittel des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Mitte Oktober 1933 schlug Seldte vor, den Arbeitsdienst aus seinem Ressort herauszunehmen und als selbständiges Reichskommissariat unter der Leitung Hierls dem Reichskanzler unmittelbar zu unterstellen⁸¹. Seldte war offenbar nicht nur der ewigen Querelen mit Hierl müde, er wäre auch die sachliche und haushaltsmäßige Verantwortung für den Arbeitsdienst, in dem er je länger desto weniger zu sagen hatte, ganz gerne losgeworden. Seit der Gleichschaltung der Stahlhelmlager durch die Gauarbeitsdienstvereine Hierls im Juli 1933 war ja der Einfluß Hierls in den unteren und mittleren Bereichen beherrschend.

Auch Hierl verlangte Anfang November die Verselbständigung der Reichsleitung des Arbeitsdienstes als Reichsbehörde mit Ministerialbefugnis. Die Stelle des Reichskommissars, die ja immer noch Seldte innehatte, sollte beseitigt werden und dessen Aufgaben und Befugnisse auf den Staatssekretär für den Arbeitsdienst übergehen. Hierl kam es vor allem darauf an, die Einschaltung des Verwaltungsapparates des Arbeitsministeriums in die Fragen des Arbeitsdienstes zu verhindern und die Vertretung des Ministers in allen entsprechenden Angelegenheiten zu erhalten⁸². Hierl sprach jetzt auch davon, daß die Entwicklung des Arbeitsdienstes durch das Einschalten der Instanzen des Arbeitsministeriums um mehr als ein Vierteljahr zurückgeworfen worden sei und erklärte, die Verantwortung ohne die geforderten Veränderungen nicht mehr tragen zu können.

Seldte hatte sich bei seinen Plänen, den Arbeitsdienst aus seinem Ressort auszugliedern und zu verselbständigen, der Zustimmung des Reichsjustizministers Gürtner versichert⁸³. Hierl konnte sich bei seinen Plänen auf das Reichswehrministerium stützen. Reichsinnenminister Frick sprach sich aber ganz entschieden gegen eine

⁸⁰ Schr. an Hitler v. 12. September 1933, Akten Reichskanzlei.

⁸¹ Schr. Seldte an Hitler v. 19. Oktober 1933, Akten Reichskanzlei.

⁸² Aktennotiz Hierl, ebda.

⁸³ Vgl. auch Schr. d. Reichsjustizministeriums an das Reichsarbeitsministerium v. 21. Dezember 1933, ebda.

Neuregelung aus, die den Arbeitsdienst zur selbständigen Obersten Reichsbehörde erhoben hätte⁸⁴. Frick fürchtete eine weitere Zersplitterung der Reichsverwaltung und tadelte die Bestrebungen, immer neue Behörden dem Reichskanzler unmittelbar unterstellen zu wollen.

Frick schlug vor, nach der Errichtung eines besonderen SA-Ministeriums den Arbeitsdienst diesem neuen Ressort zu unterstellen, da ja SA und Arbeitsdienst einander wesensähnlich seien, die Ziele beider Organisationen seien doch die körperliche und wehrpolitische Ertüchtigung der deutschen Jugend. Alle derartigen Pläne und Vorschläge änderten vorläufig jedoch nichts an der Struktur der Arbeitsdienstzentrale.

Ganz abgesehen davon, daß Hierl im ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft außer der Gleichschaltung der Dienstträger keinen wesentlichen Schritt auf dem Wege zur Dienstpflicht vorangekommen war, machten sich allenthalben Anzeichen der Stagnation, wenn nicht einer rückläufigen Entwicklung bemerkbar. An leitender Stelle wanderten Mitarbeiter ab, da ihr beamtenrechtlicher Status mindestens in finanzieller Hinsicht zu wünschen übrigließ, die ergebnislosen Diskussionen über die Organisationsform und die Verschleppung des Etats taten das ihre. Draußen auf dem Lande, in den Gauvereinen und Arbeitslagern, war die Situation noch ungünstiger. Der fehlende Haushaltsplan hatte die Führer der Lager von den notwendigen Investitionen abgehalten, Unterkünfte, Arbeitskleidung und Geräte fehlten. Winterkleidung wurde erst in letzter Minute ohne etatmäßige Deckung beschafft. Das Reinhardt-Programm zur Arbeitsbeschaffung hatte den Arbeitsdienst auf sinnlose Projekte abgedrängt. Die Folge war eine große Unzufriedenheit, die sich gegen die Person Hierls wie gegen die Reichsleitung des Arbeitsdienstes richtete.

Aus dem sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium gelangte eine Schilderung in die Reichskanzlei, in der die Lage in den düstersten Farben ausgemalt wurde⁸⁵. Infolge der Entwicklung des Arbeitsdienstes im Jahre 1933 hatte nicht nur eine Massenabwanderung aus den Lagern eingesetzt, viele ernsthafte Anhänger wandten sich angesichts der Zustände in den Lagern vom Arbeitsdienstgedanken ab. Als Kronzeugen für das völlige Versagen der Reichsleitung des Arbeitsdienstes wurden in dem Bericht aus Dresden neben dem Reichsorganisationsleiter des Arbeitsdienstes, Dr. Stellrecht, eine ganze Reihe von einflußreichen nationalsozialistischen Funktionären in einzelnen Gauen genannt⁸⁶.

Diese Attacke gegen Hierl hatte aber keinen Erfolg. Hitler ließ sich zwar von

⁸⁴ Schr. RMdI an Arbeitsministerium v. 27. Nov. 1933, ebda.

⁸⁵ Schr. d. Staatskommissars z. b. V. Kurt Haase an Lammers und Heß v. 4. und 5. Oktober 1933. Haase übersandte auch seine „Handakten“, aus denen die Lage im Arbeitsdienst hervorgehe, diese wurden ihm aber ziemlich umgehend wieder zugestellt (ebda.).

⁸⁶ Reichsstatthalter Mutschmann für Sachsen, Oberpräsident Koch für Ostpreußen, Minister Kube für Preußen, Minister Schemm für Bayern, Gauleiter Jordan für Halle-Merseburg und Gauleiter Lörper für Anhalt.

Stellrecht über die Zustände im Arbeitsdienst berichten⁸⁷, verwies die Beschwerden aber an Hierl und brach damit dem Angriff die Spitze ab. Hierl hatte sich schon vorher zur Wehr gesetzt und machte allen ihm nachgeordneten Stellen die strikte Einhaltung des Dienstweges bei Bitten und Beschwerden zur Pflicht. Alle Versuche von Angehörigen des Arbeitsdienstes, über fremde staatliche oder parteiamtliche Dienststellen oder durch Vermittlung irgendwelcher Prominenz Einfluß zu nehmen, wurde mit Entlassung aus dem Arbeitsdienst bedroht. Die Bedeutung dieser Bestimmung geht daraus hervor, daß sie zu Beginn jeden Monats allen Angehörigen des Arbeitsdienstes aufs Neue bekanntgegeben werden mußte. Hieraus ergeben sich auch Rückschlüsse auf den Grad der inneren Auflösung, der bereits erreicht war⁸⁸. Knapp zwei Monate nach diesem Erlass sah sich Hierl veranlaßt, gegen „Schwätzer und Gerüchtermacher“ im Arbeitsdienst vorzugehen und die Verschwiegenheit über dienstliche Angelegenheiten nachdrücklich anzuordnen, um „lichtscheue Miniarbeiten gegen Personen und Einrichtungen des Arbeitsdienstes“ zu unterbinden⁸⁹.

Tatsächlich mehrten sich im Herbst des Jahres 1933 die Anzeichen für eine Fronde innerhalb des Arbeitsdienstes gegen Hierl. Nach einem Interview im „Angriff“, in dem Helmut Stellrecht als „Vater des Arbeitsdienstes“ apostrophiert wurde, erreichten die Differenzen zwischen Hierl und seinem engsten Mitarbeiter den Höhepunkt. Seit September 1931 war Stellrecht im Münchner Braunen Haus Sachbearbeiter für den Arbeitsdienst. Seinen organisatorischen Fähigkeiten waren die bisher erzielten Erfolge bei der Gleichschaltung der Lager zu verdanken; er hatte auch die Fäden zum Reichswehrministerium gesponnen und sich mit Erfolg um die Unterstützung des Arbeitsdienstes durch die Reichswehr bemüht.

Die Auffassungen Hierls und Stellrechts gingen im Grundsätzlichen weit auseinander. Letzterer war mit den voreiligen Bemühungen um die Dienstpflicht genauso wenig einverstanden wie mit den Tendenzen, den Arbeitsdienst als „Gegenorganisation zur Wehrmacht“ aufzubauen. Einen der Hauptkonfliktpunkte bildeten die militärischen Ordnungsübungen, denen Hierl einen derartigen Wert beimaß, daß das Exerzieren und Üben von Spatengriffen für den Reichsparteitag zeitweise die eigentliche Arbeit in den Hintergrund schob⁹⁰. Stellrecht sah in Hierl einen Ballast für den Arbeitsdienst, Hierl trachtete danach, den unbequemen Mitarbeiter aus der Reichsleitung der Organisation zu entfernen und ihn als Führer eines Arbeitsgaues in die Provinz abzuschicken. Anstatt jedoch den Gau Koblenz zu übernehmen, folgte Stellrecht im Herbst 1933 einer Einladung Schirachs und übernahm die gesamte vormilitärische Ausbildung der Hitlerjugend.

Auf die Entwicklung im Arbeitsdienst versuchte Stellrecht noch einmal Einfluß zu nehmen, als er Anfang 1934 eine Schrift veröffentlichte, in der er unter dem

⁸⁷ Die Unterredung fand am 19. Oktober anlässlich eines Empfanges statt, Akten Reichskanzlei.

⁸⁸ Erlass Hierls v. 3. 10. 1933, Akten Reichskanzlei, abgedruckt auch bei Grote/Erb, a. a. O., S. 100–101.

⁸⁹ Erlass Hierls v. 28. 11. 1933, Akten Reichskanzlei, bei Grote/Erb, a. a. O., S. 101/102.

⁹⁰ Nach Auskunft von Dr. H. Stellrecht.

Titel „Arbeitsdienst und Nationalsozialismus“⁹¹ Sinnegebung und Ziel der Arbeitsdienstbewegung zur Diskussion stellte.

Mit Stellrecht meldete sich ein Vertreter der jüngeren Generation zu Wort, die durch Jugendbewegung, Fronterlebnis und Freikorps entscheidend geprägt, sich als eigentlicher Träger der „nationalsozialistischen Revolution“ verstand (und sich durch den Kampf um die Macht in den Reihen der SA mehr als andere legitimiert glaubte). Die Haltung derjenigen, als deren Exponent Stellrecht gegen Hierl Front machte, läßt sich andeutungsweise mit der Situation vergleichen, in der sich ein großer Teil der SA gegenüber dem Staat Hitlers sah. Der Arbeitsdienst stellte allerdings im Vergleich zur SA nicht nur deshalb, weil er im nationalsozialistischen Sinne traditionslos war, keine Gefahr dar; er war infolge seiner Struktur und seiner Organisation so offensichtlich *kein* Machtfaktor, daß der Argwohn, den Hitler der SA gegenüber empfand und der sich am 30. Juni 1934 zum vernichtenden Schlag entlud, dem Arbeitsdienst gegenüber gar nicht aufkommen konnte.

Das Erlöschen der „Flamme der Bewegung“, das sich in der Bürokratisierung des Apparats und in der ideologischen wie praktischen Bedeutungslosigkeit des Arbeitsdienstes zeigte, war Anlaß der Kritik Stellrechts an der Person Hierls und an der Entwicklung, die die Institution unter dessen Führung genommen hatte. Das Signal zur offenen Rebellion konnte Hierl aus Formulierungen heraushören, in denen die Rede davon war, daß es keinen geschichtlichen Sinn habe, dem ideallosen Führer Treue zu halten. „Wer keine Idee trägt, ist überhaupt kein Führer, sondern Vorgesetzter“⁹². Die Absicht Hierls, den Arbeitsdienst als möglichst unabhängige staatliche Organisation aufzubauen, wurde als Versuch interpretiert, sich dem Totalitätsanspruch der Partei zu entziehen. Den Arbeitsdienst ein unpolitisches Leben – vergleichbar dem des Vorkriegsheeres – führen zu lassen, brandmarkte Stellrecht als Sünde wider den Geist des Nationalsozialismus. Die mangelnde „kämpferische Haltung“ des Arbeitsfreiwilligen, der seinen Arbeitstag in der Gesinnung des Tagelöhners verbrachte, sollte durch ein großes Kampfziel: „Die deutsche Brotfreiheit“ ersetzt werden. Diese – freilich keineswegs neue – Parole auf den Fahnen des Arbeitsdienstes hätte ihm den rechten Standort neben SA und Wehrmacht zugewiesen.

Am 14. Februar 1934 berief Hierl die Arbeitsgauführer und die leitenden Angehörigen der Reichsleitung des Arbeitsdienstes zu einer Tagung auf die Wartburg, um sie dort in aller Eile auf seine Zielsetzungen auszurichten. Hierl konnte von einem „überwältigenden Treuebekenntnis“ zu seiner Person sprechen⁹³. Er fühlte sich jetzt ermuntert zu dem Versuch, die Führungsspitze des Arbeitsdienstes zu einem „Orden“ unter dem Lebensgesetz „Treue, Gehorsam, Kameradschaft“ zusammenzuschließen. Die Wartburg blieb Treffpunkt und Tagungsort der Arbeitsdienstleitung in den folgenden Jahren⁹⁴.

⁹¹ Helmut Stellrecht, *Arbeitsdienst und Nationalsozialismus*, Berlin 1934.

⁹² Ebenda, S. 17.

⁹³ Hierl, *Im Dienste ...*, S. 80.

⁹⁴ Ebenda.

Am 1. April 1934 gelang dem NS-Arbeitsdienst (wie der Name seit Februar lautete) ein großer Schritt vorwärts zur unabhängigen Organisation: Die Kassentätigkeit ging von den Arbeitsämtern auf die Arbeitsgauleitungen über, die Gesamtfinanzierung erfolgte von nun an durch planmäßige Haushaltsmittel nach den Grundsätzen der Reichshaushaltsordnung⁹⁵.

Ende Juni äußerte Hitler zum ersten Mal demonstratives Interesse für den Arbeitsdienst. Kurzfristig wurde für den 29. Juni 1934 die Besichtigung der Führerschule Buddenburg in Westfalen und einiger benachbarter Lager angesetzt. Bei dieser Gelegenheit, am Vorabend der Aktion gegen Röhm und die SA, kündigte Hitler die bevorstehende Ernennung Konstantin Hierls zum Reichskommissar für den Arbeitsdienst an. Am 3. Juli wurde die Entlassungsurkunde für Seldte vollzogen und Hierl wurde Reichskommissar⁹⁶. Gleichzeitig wurde die Reichsleitung des Arbeitsdienstes aus dem Arbeitsministerium herausgenommen und dem Reichsminister des Innern unterstellt⁹⁷.

Am 1. Mai 1933 hatte Hitler auf dem Tempelhofer Feld vor Hunderttausenden seinen „unverrückbaren Entschluß“ verkündet, „jeden einzelnen Deutschen, sei er, wer er sei, ob reich, ob arm, ob Sohn von Gelehrten oder Sohn von Fabrikarbeitern, einmal in seinem Leben zur Handarbeit zu führen“. Noch im Jahre 1933, so hatte er versprochen, solle die Arbeitsdienstpflicht verwirklicht werden⁹⁸.

Zwei Jahre später, im Frühjahr 1935, war die Arbeitsdienstpflicht aber immer noch nicht eingeführt. Neben den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden der NSDAP führte der NS-Arbeitsdienst ein Schattendasein, aus dem er trotz aller Anstrengungen Hierls nicht herausgetreten war. Aus mancherlei Gründen in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt, war er de jure ein halbstaatlicher Zwitter (staatliche Spitze mit einem als Verein organisierten Mittel- und Unterbau), de facto ein Zwischending von freiwilligem und pflichtmäßigem Arbeitsdienst. Auf einen Teil der berufstätigen Jugend wurde Zwang zum Eintritt in den Arbeitsdienst ausgeübt durch die Anordnung über den Arbeitsplatzaustausch⁹⁹. Das kam einer Dienstpflicht bestimmter Berufsschichten gleich. Abiturientinnen, die studieren wollten, waren seit dem 1. April 1934 verpflichtet, vor der Immatrikulation ihr „Pflichtjahr“ abzudienen.

Als Instrument der staatlich geregelten „Erziehung des jungen Deutschen zur Volksgemeinschaft“ sollte die allgemeine Arbeitsdienstpflicht das Verbindungsglied zwischen Schulpflicht und Wehrpflicht bilden. Nach den Vorstellungen Hierls mußte

⁹⁵ Herbert Schmeidler, Die Verwaltung im Arbeitsdienst in: NS-Monatshefte 5 (1934), S. 1009 f.

⁹⁶ Akten Reichskanzlei, vgl. Hierl, Im Dienste ..., S. 80 und 153.

⁹⁷ 2. Verordnung über den PAD v. 3. 7. 1934, RGBl. I, S. 581.

⁹⁸ Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen I/1, S. 262.

⁹⁹ Anordnung d. Präs. d. Reichsanstalt f. Arbeitslosenversicherung u. Arbeitsvermittlung v. 28. 8. 1934 (Ersatz jugendl. Arbeitskräfte dch. ältere Erwerbslose), vgl. auch das zunächst in Preußen (Ges. v. 29. 5. 34) eingeführte Landjahr für Schulentlassene. (Organisationen mit besond. Dienstpflichtzeiten s. bei Kurt Stamm, Der Reichsarbeitsdienst, S. 704 f., Anhang).

der Arbeitsdienst außer der Erziehung im nationalsozialistischen Geist zur „richtigen Arbeitsauffassung“ auch verhüten, daß jemals wieder Klassengegensätze entstünden, die ja seit der „nationalsozialistischen Revolution“ als überwunden galten. Mit diesen Argumenten legte Hierl im März 1935, unmittelbar nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht¹⁰⁰, einen Gesetzentwurf zur allgemeinen Arbeitsdienstpflicht vor¹⁰¹.

Da außenpolitische Rücksichten, wie zwei Jahre zuvor, nicht mehr zu nehmen waren und weil nach Hierls Versicherungen die organisatorischen Voraussetzungen innerhalb des NS-Arbeitsdienstes gegeben waren, versuchte er zu erreichen, daß sein Gesetzentwurf, der am 26. März 1935 erstmals Gegenstand einer Ressortbesprechung war, bereits in der auf 29. März anberaumten Kabinettsitzung verabschiedet würde. Da für den Verwaltungsapparat eine Anlaufzeit von einem halben Jahr gerechnet wurde, plante Hierl die Rekrutierung des ersten Jahrganges – es handelte sich um die 1915 geborenen – zum 1. Oktober 1935. Voraussetzung war, daß das Gesetz am 1. April in Kraft treten konnte. Die Einstellung zum 1. Oktober war mit Rücksicht auf die Wehrmacht der günstigste Zeitpunkt.

Hitler wollte aber das Arbeitsdienstgesetz erst nach der Verabschiedung des Wehrgesetzes behandelt haben, daher kam der Entwurf erst am 26. Juni auf die Tagesordnung des Kabinetts¹⁰². Mit diesem Gesetz, das am 1. Juli in Kraft trat, war die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht für beide Geschlechter – wobei allerdings beim weiblichen Arbeitsdienst aus organisatorischen und aus finanziellen Gründen die Freiwilligkeit noch lange beibehalten werden mußte – zur staatlichen Einrichtung geworden¹⁰³.

Ein eigenes Ministerium unter der Leitung des „Arbeitsführers“ war nicht errichtet worden, der Reichsarbeitsdienst (wie die Institution jetzt hieß) ressortierte weiterhin beim Reichsministerium des Innern¹⁰⁴.

Dagegen gab es eine eigene Dienststrafordnung für den RAD; besondere Arbeitsdienstgerichte, die ursprünglich neben einem Arbeitsdienststrafgesetz vorgesehen waren, fanden aber in den endgültigen Gesetzestext noch keinen Eingang¹⁰⁵. Die

¹⁰⁰ Ges. üb. den Aufbau der Wehrmacht v. 16. 3. 1935, RGBl. I, S. 375; Wehrgesetz v. 21. 5. 1935, RGBl. I, S. 609.

¹⁰¹ Ressortbesprechung im RMdI unter Vorsitz Hierls am 26. 3. 35, Akten Reichskanzlei.

¹⁰² Prot. d. Sitzung d. Reichsministeriums, BA Koblenz, Best. R 43 I (Fotokopie Fa 203/5 im IFZ).

¹⁰³ RAD-Gesetz v. 26. 6. 1935, RGBl. I, S. 769. Neufassung vom 9. 9. 1959, RGBl. I, S. 1747; alle Durchführungsbestimmungen und Verordnungen bei Stamm, Der Reichsarbeitsdienst, RAD-Gesetz mit ergänzenden Bestimmungen und Erläuterungen, Berlin 1940 (3. Aufl.); zum weiblichen Arbeitsdienst s. L. Marawske-Birkner, Der weibliche Arbeitsdienst, Seine Vorgeschichte und gegenwärtige Gestaltung, Leipzig 1942.

¹⁰⁴ Hierl hatte mit der Verwirklichung selbst kaum gerechnet. Der Gesetzentwurf hatte die Errichtung eines eigenen Ministeriums nur als Alternative zur bisherigen Unterstellung unter das RMdI angeführt.

¹⁰⁵ Dienststrafordnung f. d. männlichen Angehörigen des RAD v. 25. 2. 1936, RGBl. I, S. 123, und Dienststrafordnung für RAD/w. J. v. 50. 1. 1940, RGBl. I, S. 243; damit hatte der RAD die schon immer erstrebte eigene Gerichtsbarkeit mit eigener Dienststrafkammer.

Dauer der Dienstpflicht (es war mindestens ein halbes Jahr gefordert) wurde durch das RAD-Gesetz noch nicht geregelt, sondern blieb eigenem Führererlaß vorbehalten¹⁰⁶.

Hierl hatte die Eigenständigkeit seiner Organisation gegenüber der NSDAP und ihren Gliederungen betonen wollen, mußte aber wenigstens zugunsten der Partei Konzessionen machen. Eine ursprünglich vorgesehene Bestimmung, daß sich Angehörige des RAD nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Reichsarbeitsführers politisch betätigen dürften, wurde auf Einspruch Hitlers geändert. Gerade der RAD sei dazu da, seine Angehörigen zur nationalsozialistischen Weltanschauung zu erziehen¹⁰⁷.

Der Beitritt zur NSDAP bedurfte nicht der Genehmigung des Reichsarbeitsführers, dafür aber der Erwerb der Mitgliedschaft in jeder anderen Organisation.

Widerstand gegen das RAD-Gesetz kam von den Reichsministern Schacht und Seldte¹⁰⁸. Beide betonten ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Einführung der Arbeitsdienstpflicht, hielten aber den Zeitpunkt für verfrüht. Schacht meldete als Wirtschaftsminister vor allem wirtschaftspolitische Bedenken an. Die geburtschwachen Jahrgänge des Ersten Weltkrieges, die neben der Wehrmacht auch vom RAD erfaßt würden, rissen nach seiner Ansicht eine nicht zu schließende Lücke in den Nachwuchs an Facharbeitern und ließen schwere Schäden für die Wirtschaft erwarten.

Ebenso fürchtete Seldte um die Versorgung der Wirtschaft mit jugendlichen Arbeitskräften. Diese Facharbeiter, Handwerker, landwirtschaftliche Nachwuchskräfte könnten durch ältere Arbeitslose nicht mehr ersetzt werden. Der Reichsarbeitsminister sprach sogar davon, daß ein derartiger Mangel an landwirtschaftlichen Kräften durch die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht entstehen würde, der es wieder notwendig machen könnte, ausländische Wanderarbeiter für die Landwirtschaft („Sachsengänger“) heranzuziehen!

Ganz besonderen Anklang fand die Einführung der Arbeitsdienstpflicht dagegen beim Reichserziehungsminister Rust. Seine Sorge war nur die, daß die Anforderungen an die Tauglichkeit der Dienstpflichtigen zu groß sein könnten; Rust legte nämlich den allergrößten Wert darauf, den akademischen Nachwuchs möglichst restlos im Arbeitsdienst zu sehen. Der Arierparagraph des RAD-Gesetzes war dem Erziehungsminister nicht scharf genug gefaßt, vorsorglich betonte er, daß die Ableistung der Arbeitsdienstpflicht für Personen mit „nichtarischem Bluteinschlag“ nicht bedeute, daß sie später den Anspruch auf Mitgliedschaft in der Deutschen Studentenschaft erheben könnten¹⁰⁹.

Sofort nach dem Inkrafttreten des RAD-Gesetzes wandte sich Hierl an Hitler

¹⁰⁶ Der Führererlaß v. 27. 6. 1935 setzte die Dienstzeit vorläufig auf ein halbes Jahr fest. Die erstrebte zweijährige Dienstzeit wurde nie erreicht; RGBl. I, S. 772.

¹⁰⁷ Hitler in der Sitzung des Reichskabinetts am 26. 6. 35 (s. Anm. 102).

¹⁰⁸ Schr. Schachts und Seldtes an RMdI (Stellungnahmen z. Gesetzentwurf), beide v. 28. 3. 1935, Akten Reichskanzlei.

¹⁰⁹ Rust an RMdI v. 4. 6. 1935, ebda.

und bat um die Genehmigung, nach der Verstaatlichung des Arbeitsdienstes ab 1. Oktober 1935 die Hakenkreuzarmbinde an der Uniform der Arbeitsmänner durch das Hoheitsabzeichen ersetzen zu dürfen. Ohne weitere Begründung lehnte Hitler das ab und verfügte, daß die Hakenkreuz-Binde weiterhin am linken Arm getragen werden müsse¹¹⁰. Damit war die Frage angerührt, ob der RAD als staatliche Institution oder als angeschlossener Verband der NSDAP zu betrachten sei. Beim Reichsparteitag im September 1934 waren 52000 Männer des NS-Arbeitsdienstes auf der Zeppelinwiese in Nürnberg zum Apell angetreten. Zu dieser Zeit war der Arbeitsdienst eine Gliederung der NSDAP. Nach der Verstaatlichung war diese Unterstellung zwar aufgehoben, die „innere Zusammengehörigkeit“ mit der NSDAP, „die ihren Ausdruck im Symbol und in der Tracht des RAD findet, besteht jedoch unvermindert weiter“¹¹¹. Mit der Ernennung Hierls zum Reichsleiter der NSDAP auf dem Parteitag 1936¹¹² sollte zum Ausdruck kommen, daß der RAD als Einrichtung galt, „in der die Einheit von Partei und Staat am stärksten zum Ausdruck kommt“¹¹³.

Die im RAD verwirklichte „Arbeitsdienstpflicht“ hatte in den folgenden Jahren nicht mehr viel Gelegenheit, den Beweis ihrer Notwendigkeit zu erbringen¹¹⁴. Im und nach dem Ersten Weltkrieg war die Ideologie von der „Arbeitsdienstpflicht“ entstanden; in ihr floß damals weit verbreitetes Gedankengut zusammen. Die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durch die Industrialisierung veränderte gesellschaftliche Situation, deren soziale Probleme bis 1918 durch Verdrängung aus dem Bewußtsein zu lösen versucht worden waren, die gleichzeitig und deshalb entstandene Abneigung gegen die industriell bestimmte Großstadt förderte die romantische Sehnsucht nach Erneuerung der Lebensformen durch die Flucht auf die Scholle. Die Kollision mit der Realität beweist die umfangreiche Landflucht der zwanziger Jahre; der ideologische Gegenstoß, mit dem die Kultivierung von Ödland zur Schaffung neuen „Lebensraumes“ propagiert wurde, verwechselte Ursachen und Wirkungen ebenso wie der Versuch, Arbeiter in kleinstädtischen „Stadttrandsiedlungen“ oder auf dem flachen Lande anzusiedeln, um so dem Massenelend der Arbeitslosigkeit zu steuern. Der Verlust der deutschen Kolonien und die Ernährungskatastrophe nach dem Weltkrieg gab den Autarkiebestrebungen der Völkischen die Argumente in die Hand, gegenüber denen beweisbare volkswirtschaftliche Erkenntnisse von der Sinnlosigkeit der Autarkie kein Gewicht besaßen.

¹¹⁰ Hierl an Hitler v. 2. 7. 1935 und Antwort Lammers an Hierl v. 4. 7. 1935, ebda.

¹¹¹ Organisationsbuch der NSADP, Hrsg. Reichsorganisationsleiter d. NSDAP, München 1943 (7. Aufl.), S. 465.

¹¹² VO-Blatt d. Reichsleitung d. NSDAP 1936, S. 435.

¹¹³ Stamm, a. a. O., S. 140.

¹¹⁴ Schon vor 1939 war ein großer Teil der Arbeitsmänner bei Projekten eingesetzt, die mit den ursprünglichen Zielsetzungen nichts zu tun hatten. Nach Kriegsausbruch geriet der RAD mehr und mehr unter die Regie der Wehrmacht. Die Erhebung zur Obersten Reichsbehörde (nach der Ablösung Fricks als RMdI wurde der RAD aus dem Innenministerium herausgenommen und verselbständigt) und der Kabinettsrang für den Reichsarbeitsführer 1943 änderten nichts am Schattendasein der Organisation.

Die Notwendigkeit, nach einem verlorenen Krieg mit Friedensbedingungen, die an der äußersten Grenze des wirtschaftlich Möglichen lagen, alle Kräfte der Nation zusammenzufassen, stand 1919 außer jedem Zweifel. Die Frage, ob es in dieser Situation des quasi militärischen Zwanges bedürfe, mit dem in einer Arbeitsarmee die verlorenen Werte wieder erzeugt oder ersetzt werden könnten, wurde von den Politikern der Weimarer Republik verneint, nicht zuletzt deshalb, weil erzwungene Arbeit selten produktive Arbeit ist.

Den durch autoritäres und totalitäres Denken bestimmten Propagandisten der Arbeitsdienstpflicht muß dagegen eine generelle Arbeitsunlust, die nur durch Zwang zu überwinden ist, als Grundvoraussetzung gegolten haben. Der Freiwillige Arbeitsdienst als staatlich geförderte Fürsorge-Maßnahme, wie er zur Zeit der Wirtschaftskrise entstand, konnte den Forderungen der Arbeitsdienstpflicht-Ideologie nicht genügen, denn seine Aufgabe war ja nur, mit sozialpolitischen Mitteln den Krisenerscheinungen zu begegnen unter möglichster Meidung von Eingriffen in das Privatleben des Freiwilligen. Dagegen diente die Arbeitsdienstpflicht als Zwangsorganisation des totalen Staates der Ausrichtung und Gleichschaltung der Dienstpflichtigen im Rahmen der „Volksgemeinschaft“.

HANS-WOLFGANG STRÄTZ

DIE STUDENTISCHE „AKTION WIDER DEN UNDEUTSCHEN
GEIST“ IM FRÜHJAHR 1933

Am 10. Mai 1933 verbrannten die Studentenschaften vieler Hochschulen im Deutschen Reich die Werke von Autoren, deren Gedanken nach der Meinung der NS-Machthaber nicht mehr in die neue, erst seit etwas mehr als drei Monaten angebrochene Zeit paßten. Bei Fackelschein und mit markigen Reden wurden die Feierlichkeiten unter großer Beteiligung der Bevölkerung und zahlreicher Universitätslehrer nach einem reichseinheitlich vorgeschriebenen Ritual gestaltet, das wohl nicht unbeabsichtigt an die Autodafés¹ der Inquisition erinnert². Die öffentliche Bücherverbrennung war der Höhepunkt einer Aktion, die als Gegenschlag gegen die „schamlose Greuelhetze des Judentums im Ausland“³ motiviert war; sie wurde unter der Bezeichnung „Aktion wider den undeutschen Geist“ in den meisten Universitätsstädten im April und Mai 1933 durchgeführt.

Eine Einzeldarstellung dieser Vorgänge ist bisher nicht bekannt geworden; etwas näher darauf eingegangen wird meist nur im Rahmen der Untersuchungen zur Kunst- und Literaturpolitik des Dritten Reiches⁴. Die Schilderungen stützen sich vornehmlich auf die damals in der Presse erschienenen Berichte und beschränken sich weithin auf die ausführliche Wiedergabe der Verbrennungszeremonie. Aufgabe dieses Beitrages soll es demgegenüber sein, namentlich die Vorbereitung der Aktion vom 10. Mai 1933 darzustellen, die trotz zentraler Planung keineswegs überall in gleicher Weise gehandhabt wurde. Die wichtigste Quelle dafür dürften die Akten der Deutschen Studentenschaft sein⁵; denn die Deutsche Studentenschaft war für die Durchführung dieser Aktion allein verantwortlich. Ihre seit 1933 entstandenen Akten befinden sich im „Archiv der ehemaligen Reichsstudentenführung“ in der

¹ Dieser Ausdruck wird verschiedentlich verwandt; vgl. z. B. H. Brenner, Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbeck b. Hamburg 1963 (= rowohlt's deutsche enzyklopädie, Bd. 167/168), S. 43; ferner: Brief des Prof. Dr. E. Bertram, zitiert bei J. Wulf, Literatur und Dichtung im Dritten Reich, Eine Dokumentation, Gütersloh 1963, S. 51.

² Man vergleiche die Abbildung und Beschreibung der durch die Inquisition veranlaßten Bücherverbrennung von 1634 in Madrid (siehe I. Heitjan, Ein Kölner Druck zur Bücherverbrennung in Madrid 1634, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, 25. Jahrgang 1967, Textteil S. 2261–2270) mit den Fotografien der Bücherverbrennung von 1933 bei H. Brenner, a. a. O., nach S. 160, und bei J. Wulf, a. a. O., nach S. 144.

³ So im Schreiben des Hauptamtes für Presse und Propaganda der Deutschen Studentenschaft vom 6. April 1933 an eine Reihe von Schriftstellern; Näheres dazu unten im Text S. 4.

⁴ Vgl. außer den genannten Werken von H. Brenner, a. a. O., und J. Wulf, a. a. O., noch L. Poliakow und J. Wulf, Das Dritte Reich und seine Denker, Dokumente, Berlin-Grünwald 1959, S. 71 ff., S. 119 ff.

⁵ Vgl. H. Brenner, a. a. O., S. 256, Anm. 5.

Universitätsbibliothek Würzburg⁶. Auf die Materialien, die dort vorhanden sind, stützt sich die folgende Darstellung fast ausschließlich⁷.

Der Anstoß zur „Aktion wider den undeutschen Geist“ kam wohl aus dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, das am 13. März 1933 durch Erlass des Reichspräsidenten errichtet worden war und unter der Leitung des Reichspropagandaleiters der NSDAP und Gauleiters von Berlin, Dr. Joseph Goebbels, stand. Zwar war der Gedanke, die „undeutsche“ Literatur und Kunst auszumerzen, nicht erst hier aufgekommen⁸, aber hier wurden die ersten Vorbereitungen zu einer systematischen Durchführung dieses Vorhabens getroffen; denn bereits in der zweiten Märzhälfte, also unmittelbar nach der Schaffung des Ministeriums, erhielt der Bibliothekar Dr. Wolfgang Herrmann die Anweisung, eine Aktion „zur Verbrennung der marxistischen und jüdischen . . . Bücher einzuleiten“⁹. Auf seine Arbeit gehen die „Schwarzen Listen“ zurück, die etwa vier Wochen später, nachdem sie durch die vom „Kampfbund für Deutsche Kultur“ zusammengestellten Listen ergänzt worden waren, an die Studentenschaften der Hochschulen verteilt wurden¹⁰; sie bildeten die Grundlage der mehr oder weniger gewaltsamen Entfernung der indizierten Bücher. Aber diese Tatsache allein bietet keine ausreichende Erklärung dafür, daß gerade die Deutsche Studentenschaft – und nicht eine Stelle der Partei – schon so kurzfristig nach der Errichtung des Propagandaministeriums¹⁰ die Durchführung der dort vorbereiteten Aktion übernahm und sie einem eigens geschaffenen Hauptamt für Presse und Propaganda übertrug. Mit welcher Eile auch von Seiten der Deutschen Studentenschaft an der Vorbereitung dieser Aktion gearbeitet wurde, ergibt sich daraus, daß das umfangreiche spätere Rundschreiben

⁶ Vgl. H.-W. Strätz, Archiv der ehemaligen Reichsstudentenföhrung in Würzburg, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 106 f.

⁷ Das Material zur Bücherverbrennung ist – soweit es die Deutsche Studentenschaft direkt betrifft – zusammengestellt in einem Ordner mit der Signatur I.21 der Abteilung I „Deutsche Studentenschaft und Reichsstudentenföhrung“; er enthält vor allem die Rundschreiben, die Berichte der Einzelstudentenschaften, sowie einige wenige von diesen übersandte Zeitungsausschnitte. Über die tatsächliche Durchführung der Aktion durch eine Studentenschaft ist an Aktenmaterial nur das der Würzburger Studentenschaft bekannt, das in einem besonderen Faszikel der Abteilung IV des genannten Archivs zusammengestellt ist. Im Text wird auf diese beiden Aktenansammlungen nur durch die Bezeichnung „Akten der DSt.“, bzw. „der Würzburger Studentenschaft“ verwiesen.

⁸ Zur Arbeit des „Kampfbundes für Deutsche Kultur“ und zu den ersten kunstpolitischen Maßnahmen der Nationalsozialisten in Thüringen vgl. H. Brenner, a. a. O., S. 7 ff., S. 22 ff.

⁹ H. Brenner, a. a. O., S. 43–45. – W. Herrmann war seiner Einstellung nach weniger ein ideologischer Nationalsozialist, als betont national gesinnt, wie es damals viele waren (nach einem Hinweis des Schriftleiters dieser Zeitschrift, Herrn Dr. Krausnick, der W. Herrmann persönlich kannte).

¹⁰ Zur Entstehung der sog. „Schwarzen Liste I“ (Schöne Literatur) siehe die Angaben bei H. Brenner, a. a. O., S. 44 f.; die Liste ist dort S. 187 wiedergegeben. Die aufgeführten 71 Autorennamen sind nur ein Auszug der ursprünglichen von W. Herrmann erstellten Liste, die 131 Autoren und 4 Anthologien umfaßte.

¹⁰ Mittelsmann zwischen der DSt und dem Propagandaministerium war nach den Feststellungen H. Brenners, a. a. O., S. 256, Anm. 5, Prof. Dr. Erich Rothacker.

Nr. 2 bereits am 2. April im Entwurf vorlag¹¹. Es scheint daher manches dafür zu sprechen, daß die rasche Bereitwilligkeit zur Übernahme einer derart spektakulären Aktion, wie es die Bücherverbrennung sein würde, nicht in erster Linie mit dem „Kalkül des Demagogen“ Goebbels erklärt werden kann¹², sondern eher auf die zwischen der Deutschen Studentenschaft (DSt) und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) bestehende Rivalität zurückzuführen ist¹³.

Der NSDStB nahm nach der Machtergreifung das ausschließliche Recht der politischen Erziehung der Studenten für sich in Anspruch¹⁴. Das führte zu heftigen Spannungen zwischen dem NSDStB und der DSt¹⁵, obwohl beide Organisationen gänzlich in der Hand der Nationalsozialisten waren¹⁶. Während an vielen Hochschulen die Ämter des AStA-Vorsitzenden und des Hochschulgruppenführers des NSDStB in Personalunion verwaltet wurden – ähnlich war es auf der Ebene der Kreisführer der DSt und des NSDStB –¹⁷, wehrte sich der Vorstand der DSt entschieden gegen eine solche Vereinigung auf höchster Ebene; vor allem wollte er sich die politische Erziehung der Studenten nicht aus der Hand nehmen lassen. In diesem Punkt unterlag die DSt-Führung jedoch bereits 1934, als nach dem Scheitern des sog. Feickert-Planes¹⁸ dem NSDStB die ausschließliche Befugnis zur weltanschaulich-politischen Schulung und Erziehung der Studenten übertragen wurde. Die angestrebte Vereinigung beider Organisationen gelang freilich – nach einem

¹¹ Näheres dazu unten im Text S. 6.

¹² So jedoch H. Brenner, a. a. O., S. 45.

¹³ Den ersten Hinweis auf diese Möglichkeit gab der langjährige Sachbearbeiter des Archivs der Reichsstudentenführung, H. Schlömer; seine studentengeschichtlichen Veröffentlichungen sind nachgewiesen bei H. P. Bleuel und E. Klünnert, *Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich, Ideologien – Programme – Aktionen 1918–1935*, Gütersloh 1967, S. 269.

¹⁴ Vgl. A. Derichsweiler, Die rechtsgeschichtliche Entwicklung des deutschen Studententums von seinen Anfängen bis zur Gegenwart (jur. Diss. Münster), München 1938, S. 81 ff. – Die DSt hatte bereits 1925 durch die Errichtung eines Amtes für politische Bildung ihren Anspruch auf die politische Erziehung der Studenten angemeldet; Gerhard Krüger, der spätere Führer der DSt, war vor seiner Berufung zum Vorsitzenden des Vorstandes der DSt Leiter dieses Amtes; vgl. H. P. Bleuel, a. a. O., S. 90, S. 221.

¹⁵ Der 1926 gegründete NSDStB war eine Gliederung der Partei. Die 1919 entstandene DSt war der privatrechtliche Zusammenschluß der Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA) der Hochschulen; vgl. A. Derichsweiler, a. a. O., S. 65 ff. und H. P. Bleuel, a. a. O., S. 196 ff.

¹⁶ Die Deutsche Studentenschaft war „vom Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund unter Führung des [späteren] Jugendführers des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, auf dem Grazer Studententag 1931 erobert“ worden; so A. Derichsweiler, a. a. O., S. 77. Vgl. auch H. P. Bleuel, a. a. O., S. 214 f.

¹⁷ So war z. B. der spätere Führer des NSDStB, Albert Derichsweiler, seit 1. Juli 1933 Landesführer des NSDStB und der DSt in Westfalen, seit 1. Oktober Kreisführer „Westdeutschland“ beider Organisationen. Der nat.-soz. Schriftsteller Gerhard Schumann war 1933 gleichzeitig Landesführer des NSDStB und Kommissar für die württembergischen Studentenschaften, wie aus seinem Lebenslauf (bei J. Wulf, a. a. O., S. 376) und einem Schreiben der Studentenschaft Tübingen vom 26. April 1933 (siehe dazu unten im Text S. 15) hervorgeht. Über die Wahlerfolge des NSDStB bei den AStA-Wahlen vgl. H. P. Bleuel, a. a. O., S. 213 f.

¹⁸ Benannt nach dem Führer der DSt Andreas Feickert; vgl. H. P. Bleuel, a. a. O., S. 256 f. und A. Derichsweiler, a. a. O., S. 83 f.

kurzen Erfolg unter Oskar Stäbel von Juli 1933 bis Sommer 1934¹⁹ – endgültig erst am 5. November 1936 mit der Errichtung der Reichsstudentenführung unter Dr. Gustav Adolf Scheel²⁰. Im Frühjahr 1933 mußte der Führung der Deutschen Studentenschaft angesichts der Ansprüche des NSDStB alles daran liegen, ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Mobilisierung der Studenten für den Kampf des Nationalsozialismus nachzuweisen. Eine Aktion wie die Bücherverbrennung erschien dafür sehr geeignet; sie lag ganz auf der Linie der neuen Kultur- und Hochschulpolitik und konnte überdies die für die Durchführung Verantwortlichen bei den Staats- und Parteiführern in günstiges Licht rücken. Die bei der Ausrichtung der „Aktion wider den undeutschen Geist“ mitspielenden Rivalitäten zwischen DSt und NSDStB werden auch an einigen Stellen in den Akten der DSt sichtbar, auf die jedoch des Zusammenhanges halber erst später näher eingegangen werden kann²¹.

Die ersten, nicht mit der Vorbereitung der Aktion befaßten Personen, die über den Plan der Deutschen Studentenschaft unterrichtet wurden, waren etwa 60 Schriftsteller²², deren „Einstellung zum deutschen Schrifttum“ der Studentenschaft bekannt war, wie es in einem vom 6. April 1933 datierten hektographierten Schreiben heißt. Darin gab ihnen der Leiter des neugeschaffenen studentischen Propagandaamtes, Hanskarl Leistritz, bereits die Grundzüge des Programmes der geplanten Aktion bekannt: „Die Deutsche Studentenschaft plant anlässlich der schamlosen Greuelhetze des Judentums im Ausland eine vierwöchige Gesamtkaktion gegen²³ den jüdischen Zersetzungsgeist und für volksbewußtes Denken und Fühlen im deutschen Schrifttum. Die Aktion beginnt am 12. April mit dem öffentlichen Anschlag von 12 Thesen ‚Wider den undeutschen Geist‘ (die wir Ihnen als vorläufigen Entwurf in der Anlage beifügen) und endet am 10. Mai mit öffentlichen Kundgebungen an allen deutschen Hochschulorten. Die Aktion wird – in ständiger Steigerung bis zum 10. Mai – mit allen Mitteln der Propaganda durchgeführt werden, wie: Rundfunk, Presse, Säulenschlag, Flugblätter und Sonderartikeldienst der DSt-Akademischen Korrespondenz.“²⁴ Die Empfänger des Briefes wurden ge-

¹⁹ H. P. Bleuel, a. a. O., S. 255.

²⁰ A. Derichsweiler, a. a. O., S. 83, 88.

²¹ Vgl. unten im Text S. 6, sowie Anm. 33.

²² Hier werden nur die Namen der Angeschriebenen aufgeführt, die auch im Personenregister bei J. Wulf, a. a. O., S. 462ff. genannt sind: A. Bartels, A. Bäuml, W. Bergengruen, R. Billinger, H. Blank, H. F. Blunck, H. Böhme, R. Brandt, H. Bruckmann, P. Ernst, R. Euringer, H. Franck, Fr. Griese, H. Grimm, A. E. Günther, H. F. K. Günther, M. Halbe, W. Hartmann, K. Jaspers, H. Johst, E. Kolbenheyer, E. Kriek, F. (?) Lenz, J. v. Leers, B. v. Münchhausen, W. Schäfer, H. Schemm, A. Schickedanz, E. Strauß, H. Stehr, J. Streicher, W. Vesper, J. M. Wehner, H. S. Ziegler. Einige dieser Namen sind auch im Personenregister bei L. Poliakov, a. a. O., S. 553ff. aufgeführt; außerdem werden dort noch nachgewiesen: G. Feder, E. Fischer, D. Klagges, W. Kube (fraglich, da im Adressenverzeichnis nur steht: Oberpräsident Kube, M.d.L., Berlin, Preuss. Landtag), W. Pinder, Graf Reventlow, L. Schemann.

²³ Alle Hervorhebungen sind den Originalen entnommen.

²⁴ Nur diesen letzten Satz gibt H. Brenner, a. a. O., S. 185, Nr. 22 ohne nähere Angaben wieder.

beten, zur Unterstützung der Aktion einen Aufsatz zur Verfügung zu stellen, der über den Artikeldienst der DSt in der deutschen Presse verbreitet werden sollte; über das gesamte Vorhaben durfte jedoch vor der Bekanntgabe der 12 Thesen nichts in die Öffentlichkeit dringen. Der Erfolg dieses Schreibens war sehr dürftig. Der größte Teil der angeschriebenen Schriftsteller reagierte überhaupt nicht, nicht einmal Alfred Rosenberg, der in einem eigenen Schreiben um ein Einleitungswort zu der Aktion gebeten worden war. Einige erklärten zwar ihre grundsätzliche Übereinstimmung mit den Zielen des studentischen Vorhabens, sandten aber keinen Artikel; Erwin Kolbenheyer z. B. bot lediglich einige Artikel zum Nachdruck an, wovon man aber offenbar keinen Gebrauch machte; von Emil Strauß erhielt die Studentenschaft statt eines Artikels die pathetische Versicherung, der Kampf werde wie seit 30 Jahren auch weiterhin nur künstlerisch geführt. In ihrem Artikeldienst konnte die DSt nur von vier der Angeschriebenen einen Beitrag veröffentlichen, nämlich von Herbert Böhme²⁵ den Aufsatz „Deutsche Dichtung“, von Kurt Herwarth Ball²⁶ den Beitrag „Deutsch“, von Will Vesper²⁷ „Zeitwende in der Dichtung“ und von Alfred Bäumler²⁸ den Beitrag „Staat und Hochschule“.

Den Studentenschaften gegenüber begnügte sich die DSt-Führung vorerst mit Andeutungen. Das ebenfalls am 6. April 1933 herausgegebene Rundschreiben Nr. 1 des Hauptamtes für Presse und Propaganda teilte den Studentenschaften der Hochschulen die Bildung dieses neuen Hauptamtes mit, das „vom Vorstand der DSt²⁹ mit besonderen Vollmachten ausgestattet“ war. Hanskarl Leistritz deutete die Vorbereitung einer größeren Aktion nur an; sie werde als „erste Maßnahme des Propagandaamtes, die die gesamte Studentenschaft und die gesamte deutsche Öffentlichkeit erfassen soll, als vierwöchige Gesamtkaktion, beginnend am 12. April, endigend am 10. Mai 1933“ stattfinden. Für den 9. April wurde ein weiteres Rundschreiben mit genaueren Angaben angekündigt; bis zu diesem Zeitpunkt solle eine Besprechung mit 5 bis 10 Kommilitonen, die „für Propagandatätigkeit geeignet erscheinen“, anberaumt sein, um sofort mit der Auswertung des Materials beginnen zu können, das mit diesem Rundschreiben geliefert werden würde.

Dieses am 8. April 1933 datierte Rundschreiben Nr. 2 erläuterte den Studentenschaften Gegenstand und Durchführung der „Ersten Maßnahme des Propagandaamtes“: Gegenstand sei die „Öffentliche Verbrennung jüdischen zersetzenden Schrifttums durch die Studentenschaften der Hochschulen aus Anlass der schamlosen Hetze des Weltjudentums gegen Deutschland“. Damit solle „der jüdische Geist, wie er sich in der Welthetze in seiner ganzen Hemmungslosigkeit offenbart, und wie er bereits im deutschen Schrifttum seinen Niederschlag gefunden hat, aus diesem aus-

²⁵ Vgl. J. Wulf, a. a. O., S. 373 und öfter.

²⁶ Schriftleiter des „Hammer“, Zeitschrift für nationales Leben (Monatsblätter für deutschen Sinn); die Zeitschrift erschien von 1902 bis 1940 in 39 Jahrgängen in Leipzig.

²⁷ Vgl. J. Wulf, a. a. O., Nachweise S. 471.

²⁸ Vgl. J. Wulf, a. a. O., S. 43 ff. und öfter.

²⁹ Er bestand damals noch satzungsgemäß aus 3 Personen; zur Verfassung der DSt bis 1933 vgl. A. Derichsweiler, a. a. O., S. 77 ff.

gemerzt werden“. Zu diesem Zweck habe jeder Student erst einmal seine eigene Bücherei und auch die seiner Bekannten von schädlichen Büchern zu säubern. Den Studentenschaften obliege dann die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die öffentlichen Büchereien möglichst von derartigem Material befreit würden. Die gesamte Aktion dürfe sich jedoch nicht nur negativ „gegen Schund und Schmutz jüdischen Zersetzungsgeistes“ richten, sondern solle auch positiv „für volksbewußtes Denken und Fühlen“ eintreten. Für die praktische Durchführung des Planes waren drei aufeinanderfolgende Phasen vorgesehen: Vom 12. April an bis zum 10. Mai sollte die Bevölkerung durch Veröffentlichung der „12 Thesen wider den undeutschen Geist“³⁰, durch Veröffentlichung der von der DSt herausgegebenen Aufsätze in der Tagespresse und durch Vorträge in Versammlungen und im Rundfunk über den Plan der Studenten aufgeklärt werden. Am 26. April hatte die Sammlung des zersetzenden Schrifttums zu beginnen. Als Höhepunkt der Aktion war der nur an den Hochschulorten stattfindende Verbrennungsakt am 10. Mai gedacht. Für die Durchführung dieser Maßnahmen mußten die Studentenschaften einen „örtlichen Kampfausschuß“ berufen, der sich aus dem Führer der Studentenschaft als verantwortlichem Leiter, drei weiteren Studenten, einem Professor, einem Mitglied des Kampfbundes für Deutsche Kultur und einem Schriftsteller zusammensetzen sollte.

Zu diesem Rundschreiben Nr. 2 ist – wie bereits erwähnt – ein vom 2. April 1933 datierter Entwurf im Durchschlag erhalten geblieben. Die Abweichungen gegenüber der endgültigen Fassung lassen die zwischen DSt und NSDStB bestehende Rivalität deutlich erkennen. So enthält der Entwurf nur *einen* Hinweis auf die Hetze des Weltjudentums gegen Deutschland, während im endgültigen Text die Ausfälle gegen den „jüdischen Geist“ wiederholt werden, offenbar um bei niemandem Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß auch die DSt-Führung in vorderster Front im Kampf gegen die Juden stand und dies nicht nur den Parteiorganisationen überließ³¹. Gestrichen wurde hingegen die ausladende Formel des Entwurfs über die Stellung der Studentenschaft: „Die Deutsche Studentenschaft, umfassend die Studierenden an allen deutschen Hochschulen, überparteiliche Organisation unter rein nationalsozialistischer Führung, führt folgende Aktion durch...“ Daß die in der Betonung der Parteiunabhängigkeit der DSt liegende Spitze gegen den zur Parteiorganisation gehörenden NSDStB unweigerlich Schwierigkeiten für die DSt-Führung zur Folge gehabt hätte, ist so gut wie sicher. Am deutlichsten

³⁰ Den Wortlaut siehe bei J. Wulf, a. a. O., S. 41; bei L. Poliakov, a. a. O., S. 117; in: Ursachen und Folgen, Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrsg. v. H. Michaelis u. a., Berlin o. J., Bd. IX, Das Dritte Reich, Dokument 2200, S. 486f.

³¹ Zum studentischen Antisemitismus vgl. H. P. Bleuel, a. a. O., S. 150ff. – Der Anfang April durchgeführte Judenboykott und der Beginn der antijüdischen Gesetzgebung wird die Betonung des Antisemitismus der Studentenschaft ebenfalls beeinflusst haben; am Tag vor dem Datum des endgültigen Textes ergingen die Gesetze zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (RGBl. I, S. 175) und über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft (RGBl. I, S. 188) mit den Arierbestimmungen in § 3 bzw. § 2.

kommt die Abgrenzung gegenüber dem Studentenbund jedoch darin zum Ausdruck, daß folgende Sätze des Entwurfs nicht in den endgültigen Text übernommen wurden: „Jede Studentenschaft gewinnt die Unterstützung der Nationalsozialistischen Parteiorganisation zwecks Erstreckung der Gesamtkaktion über die Hochschulorte hinaus. Insbesondere sind hierdurch auch die Büchereien der Volksschulen (bis hinunter zur Dorfschule) zu erfassen.“ Das Rundschreiben Nr. 2 hat weder an der entsprechenden Stelle, noch sonst im Text einen Hinweis auf eine Zusammenarbeit mit der Partei. Darüber hinaus hatte die DSt-Führung offenbar mit einigem Erfolg versucht, der Leitung des Studentenbundes gegenüber die Vorbereitung der Aktion geheimzuhalten; denn anders läßt sich kaum die Tatsache erklären, daß der Bundesführer des NSDStB, Dr. Oskar Stäbel, erst am 11. April, also nur einen Tag vor der geplanten Publizierung der 12 Thesen, eine Eilanordnung an sämtliche Dienststellen seiner Organisation herausgab, in der er den Führungsanspruch des Studentenbundes betonte: „Nachstehende hochehrwürdige Maßnahmen sind von seiten der DSt beabsichtigt. Sämtliche Gruppen des NSDStB (die Kreispresse- und Propagandawarte haben besonders darauf zu achten) haben diese Aktion nicht nur zu unterstützen, sondern selbstverständlich hierbei die Führung zu übernehmen. Die Gruppen haben den Kreisen und diese der B.L.³² umgehend Meldung von der Ausführung des Befehls zu geben.“ Es folgt die wörtliche Wiedergabe des Rundschreibens Nr. 2 des Hauptamtes für Presse und Propaganda der DSt; der Bundesführer schließt seinen Befehl mit dem Satz: „Es sei nochmals betont, daß der NSDStB selbstverständlich auf Grund seines langen Kampfes gegen das Judentum die Führung erhält. Umgehende Meldung.“ Die tatsächliche Durchführung der Aktion auf örtlicher Ebene erfolgte schon deswegen unter maßgeblicher Beteiligung der Mitglieder des Studentenbundes, weil diese in den Studentenschaften die führenden Posten innehatten³³.

Der auf den 12. April festgesetzte Beginn der Aktion mußte laut einer Mitteilung der DSt verschoben werden, weil die Plakate und der Artikeldienst nicht rechtzeitig versandt werden konnten. Die Verzögerung kann aber nicht sehr erheblich gewesen sein. Wenigstens in Berlin war das Plakat mit den 12 Thesen bereits am 13. April öffentlich angeschlagen, da ein von diesem Tag datierter Brief sich auf den „Aufruf an den Anschlagssäulen“ bezieht³⁴. Es handelt sich dabei um ein hochforma-

³² Bundesleitung des NSDStB.

³³ Vgl. Anm. 17. Einige Berichte der Studentenschaften betonen, daß die Durchführung in Händen der Studentenbundsmitglieder lag; siehe dazu unten im Text S. 19, 25.

Die Rivalität zwischen der DSt und den Parteigliederungen kommt auch noch im Rundschreiben P Nr. 6 des Hauptamtes für Aufklärung und Werbung vom 19. Juni 1933 zum Ausdruck, das mit der „Aktion wider den undeutschen Geist“ nichts mehr zu tun hat. Es geht darin um die von der Reichsjugendführung veranstaltete Anti-Versailles-Kundgebung am 28. Juni 1933. Obwohl die Studentenschaften geschlossen an dieser allgemeinen Feier teilnehmen mußten – die Korporationen hatten mit Chargierten zu erscheinen –, ordnete der Führer der DSt an, daß am Vormittag des 28. Juni von den Studentenschaften zusätzlich eigene Kundgebungen abzuhalten seien.

³⁴ Brief des Dr. med. P. Well, M. P., M. of The General medical Council, an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft; vgl. auch unten im Text S. 9.

tiges weißes Plakat von der Größe 47,5 mal 70 cm, das in leuchtend roter Fraktur unter der Schlagzeile „Wider den undeutschen Geist!“ die durch zwei senkrechte Randleisten hervorgehobenen 12 Thesen der Deutschen Studentenschaft verkündete^{34a}; ihr Wortlaut war den Studentenschaften bereits als Anlage zum Rundschreiben Nr. 2 zugegangen. Gegenüber dem Entwurf, den die Schriftsteller zusammen mit dem Schreiben vom 6. April erhalten hatten, war der veröffentlichte Text – abgesehen von einigen geringfügigen stilistischen Änderungen³⁵ – nur in Punkt 7 neu gefaßt worden. Im Entwurf hatte er gelaute: „Wir fordern die Zensur. Undeutsches Gedankengut wird gekennzeichnet. Deutsche Schrift steht nur dem Deutschen zur Verfügung. Der undeutsche Geist wird aus den öffentlichen Bibliotheken ausgemerzt.“ Auf dem Plakat war dieser Punkt zynisch erweitert und verschärft worden: „Wir wollen den Juden als Fremdling achten, und wir wollen das Volkstum ernst nehmen. Wir fordern deshalb von der Zensur: Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in Deutsch, sind sie als Uebersetzung zu kennzeichnen. Schärfstes Einschreiten gegen den Mißbrauch der deutschen Schrift. Deutsche Schrift steht nur Deutschen zur Verfügung. Der undeutsche Geist wird aus öffentlichen Büchereien ausgemerzt.“

Diesen 12 Thesen widmete Kurt Herwarth Ball in seinem Aufsatz „Deutsch“, der von der DSt als erster Aufsatz in ihrem Artikeldienst verbreitet und weithin in der Tagespresse nachgedruckt wurde³⁶, folgenden Abschnitt:

„Und dann muß noch ein anderes sein, dieses das die Deutsche Studentenschaft begonnen: Der Kampf gegen das Untermenschentum der Fremdblütigen. Wenn wir die Seele des deutschen Volkes zur lodernen Flamme wiedergestalten und erhalten wollen, dann greifen wir getrost nach den Händen, die uns die 12 Thesen der Deutschen Studentenschaft entgegenstrecken³⁷. Zwölfmal dieser harte Wille des jungen Geschlechts: ‚Deutsch!‘ Zwölfmal der urstarke, blutsmäßige, bodenständige Ruf: ‚Deutsch!‘ Und dieser Ruf von Studenten, von einer jungen Generation, die das harte Muß kennengelernt hat als Werkstudent in den Hungerjahren, als Wehrstudent in ehrlosen Jahren. Schließen wir die Reihen der deutschen Menschen, die da um die Zukunft kämpfen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Schrifttum, in aller Kunst, stehen wir zusammen, eine neue Front, die unaufhaltsam marschiert, deren Ruf nur ein Wort ist: *Deutschland!*“

Über ablehnende Reaktionen, die durch die Veröffentlichung der 12 Thesen ausgelöst worden wären, ist in den Akten der DSt nichts zu finden außer einigen, teil-

^{34a} Die in Anm. 30 aufgeführten Abdrucke der Thesen sind sämtlich der Zeitschrift Deutsche Kultur-Wacht, 1933, Heft 9, S. 15, entnommen. Da dort die Thesen im Rahmen eines Aufrufs mit einer Einleitung und einer kurzen Darstellung des Planes der Sammelaktion gebracht werden, ist die provokative Aufmachung des Plakates nicht zu erkennen; eine Wiedergabe des Plakates ist aus drucktechnischen Gründen leider nicht möglich.

³⁶ Anregungen dazu hatte Prof. Bäumler im Begleitschreiben zu seinem Aufsatz gegeben.

³⁶ Außer der Würzburger Studentenschaft (dazu unten S. 17) ersuchte auch die Münchener Studentenschaft die Redaktionen der örtlichen Zeitungen um den Abdruck der von der DSt zur Verfügung gestellten Aufsätze.

³⁷ Die folgenden Sätze sind im Original gesperrt.

weise anonymen „Schmähschriften“³⁸, die natürlich völlig wirkungslos blieben, wie z. B. die Anregung eines Berliners, man möge doch den Völkischen Beobachter veranlassen, seine jüdischen Anzeigen in hebräischer Schrift zu drucken, oder ein unflätiges Pamphlet, das in 12 Thesen sich darüber verbreitet, daß die antisemitischen Studenten aus Schweineembryos hervorgegangen seien. Nicht wesentlich besser ist die Reaktion eines damals in Berlin weilenden Mitgliedes des englischen Parlaments und des General Medical Council³⁹; der Abgeordnete schrieb „im Hinblick auf den Aufruf“, „bei dem die Druckerschwärze vor Scham rot wurde“, dem Vorstand der DSt „mit dem Ausdruck der tiefsten Verachtung“, er sei sich mit einigen Kollegen nicht darüber einig geworden, an welcher Krankheit die Verfasser der 12 Thesen litten; zu jeder seiner möglichen Diagnosen (Lues, Paralyse, Hirntumor und Zerstörung der Großhirnrinde) führte er die Namen der „jüdischen Deutschen“ an, deren „nicht in hebräischer Sprache“ veröffentlichte Forschungen für die Diagnose oder Therapie dieser Krankheiten wichtig geworden sind⁴⁰. Er und seine Freunde wollten durch Veröffentlichung des Aufrufs im Ausland dafür sorgen, daß „durch dieses neue Dokument deutscher Schande die Welt erkennen lernt, was es für sie bedeuten würde, an deutschem Wesen zu genesen!“

Unbeeindruckt von solchen Äußerungen und ungeachtet der „durch die Absetzung weltberühmter Professoren über Deutschland gekommenen Schmach“⁴¹ trieb die Deutsche Studentenschaft die Vorbereitungen für ihre Pläne weiter voran; man machte sogar den Versuch, die Aktion auszuweiten und zu verschärfen. Das ergibt das Rundschreiben A 33/1932/33 vom 19. April 1933, das zum einen die Umbildung der DSt, d. h. ihre Ausrichtung nach dem Führerprinzip, bekanntgab; Führer der Deutschen Studentenschaft war ihr bisheriger Vorsitzender des Vorstandes, Gerhard Krüger; er befahl, auch die Einzelstudentenschaften nach dem Vorbild der DSt-Spitze in Berlin zu organisieren. Zum andern nützte die DSt-Führung eine weitere Möglichkeit, der Parteiführung den besonderen Eifer der Studentenschaft bei der Eroberung der Hochschulen für den Nationalsozialismus zu beweisen. Krüger ordnete nämlich an, zur Beschleunigung der von der Reichsregierung beschlossenen Maßnahmen zur Säuberung des Berufsbeamtentums an den Führer der DSt möglichst umgehend Angaben über die Hochschullehrer zu machen, die nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums⁴² aus ihren Ämtern ausscheiden mußten; dazu gehörten neben Juden, Angehörigen kommunistischer Organisationen oder des Reichsbanners nach der Interpretation des Studentenführers

³⁸ Unter dieser Bezeichnung sind sie am Schluß des Aktenbandes I.21 zusammengestellt.

³⁹ Vgl. Anm. 34.

⁴⁰ Genannt werden die Professoren Wassermann und Ehrlich, sowie die Nobelpreisträger Warburg und Wagner-Jauregg.

⁴¹ So schrieb ein evangelischer cand. theol. an den Vorstand der DSt. – Die Deutsche Allgemeine Zeitung veröffentlichte in den Ausgaben vom 13. April und vom 26. April insgesamt 58 Namen entlassener Professoren; abgedruckt in: Ursachen und Folgen, Bd. IX, a. a. O., Dokument 2180, S. 453 und 455; zu den Vorgängen in Kiel vgl. H. P. Bleuel, a. a. O., S. 246f.

⁴² Vgl. Anm. 31.

auch solche Personen, die „nationale Führer, die Bewegung der nationalen Erhebung oder das Frontsoldatentum beschimpft haben“, und ebenso die Professoren, deren „wissenschaftliche Methode ihrer liberalen bzw. insbesondere ihrer pazifistischen Einstellung“ entspricht⁴³. Aber auch die Hochschullehrer mit „politisch einwandfreier Haltung im Sinne der nationalsozialistischen Revolution“⁴⁴ sollten dem DSt-Führer gemeldet werden, soweit sie „eine mehr als nur mittelmäßige Begabung“ aufwiesen. Die Studentenschaften sollten schließlich „alle Vorbereitungen treffen, um auf Anordnung des Führers der DSt. einen wirksamen Boykott der Vorlesungen und Übungen von Hochschullehrern durchzuführen, deren Entfernung aus dem Amt durch den Staat nicht sofort möglich“ sei. Als Ergänzung zu diesen Ausführungen ist die Anlage 2 zu diesem Rundschreiben aufzufassen, die von Georg Plötner⁴⁵, dem Leiter des neuen Amtes für Hochschulreform, verfaßt wurde. Er gab darin die Parole aus, daß die Aktion „wider den undeutschen Geist“ nur eine Teilaktion einer großen Gesamtaktion sei, durch die die nationalsozialistische Revolution an den deutschen Hochschulen mit aller Kraft vorwärtsgetrieben werden sollte. Neben der Aktion gegen das Schrifttum, die – (bedauerlicherweise, so muß man ergänzen) – vorerst vor den „Bibliotheken, welche Nachschlage- und Forschungszwecken dienen“, haltmachen müsse, solle als weitere Aktion im Bereich der Wissenschaft der Kampf „gegen den für unsere deutsche Hochschule untauglichen Hochschullehrer“ aufgenommen werden. Die Bücherverbrennung sei für den Studenten nur das Beispiel, an dem es zu lernen gelte, „im allgemeinen Geistesgut, welches deinem Volk zugänglich ist, zu werten und zu entscheiden“; denn nur wer diese Fähigkeit bewiesen habe, könne auch über Hochschullehrer entscheiden. Die Losung für den Kampf lautete: „Der Staat ist erobert. Die Hochschule noch nicht! Die geistige SA rückt ein. Die Fahne hoch!“ Für die Durchführung dieser Aktion wurde „im einzelnen“⁴⁶ die Errichtung eines Schandmals angeordnet: „Wir werden an allen Hochschulen einen Schandpfahl errichten. Einen klobigen Baumstamm, etwas über mannshoch, auf Hochschulgebiet. An den Schandpfahl werden wir die Erzeugnisse derer nageln, die nicht unseres Geistes sind. . . . Und wir werden diesen Schandpfahl für alle Zeiten stehen lassen. Solange wir ihn brauchen. Heute für die Schriftsteller, morgen für die Professoren. Im Ganzen immer bereit für die, die es nicht

⁴³ Dieses Rundschreiben ist der von E. Spranger, *Mein Konflikt mit der Hitler-Regierung*, als Manuskript gedruckt im März 1955, aber geschrieben bereits 1945, S. 2–6 (zitiert nach L. Poliakov, a. a. O., S. 89ff.) erwähnte „Spionageerlaß“ der DSt.

⁴⁴ Deren Anzahl aber nicht besonders groß war, wie der sicher sachverständige Führer des NSDStB, A. Derichsweiler, a. a. O., S. 80 schreibt.

⁴⁵ Von ihm stammt der Bericht über die Hochschulreformtagung der DSt im März 1953 in Dresden, der als Anlage zum Rundschreiben Nr. 2 vom 8. 4. 1953 und in Nr. 6, 2. Märzfolge der „Deutschen Akademischen Rundschau“ veröffentlicht wurde. Die daraus von H. Brenner, a. a. O., S. 256, Anm. 5 hervorgehobenen Beschlüsse zur „Ausmerze“ beziehen sich jedoch nicht auf die Bücherverbrennung, sondern nach dem Kontext des drittletzten Absatzes ausschließlich auf „ungeeignete“ Hochschullehrer; von einer Bücherverbrennungsaktion ist in dem Tagungsbericht nicht die Rede.

⁴⁶ Dieser Teil ist von H. Brenner, a. a. O., S. 185, Nr. 23 ohne nähere Erläuterung wiedergegeben.

begreifen wollen oder nie begreifen können. Der Schandpfahl soll etwa am 3. Mai in den Hochschulen zur Aufstellung gelangen.“ Ebenso wenig wie es gelang, den Kampf gegen die Professoren mit der Aktion Bücherverbrennung zu koppeln, hatte Plötner mit seinem Vorschlag Erfolg, sich in diesem Kampf eines Schandmals zu bedienen.

Die Begeisterung der Studentenschaft für den Kampf gegen die Professoren scheint zum damaligen Zeitpunkt – vielleicht wegen der Semesterferien – nicht sehr groß gewesen zu sein; denn der Führer der DSt bemängelte in seinem Rundschreiben A 35/1932/33 vom 5. Mai, daß ihm Angaben über Hochschullehrer bisher nur aus Aachen, Berlin, Bonn-Poppelsdorf, Breslau, Dresden, Göttingen, Greifswald, Halle, Königsberg und Tharandt zugegangen seien. Diesem Rundschreiben, das die näheren „Bestimmungen über die Durchführung des Boykotts gegen Professoren, die an der deutschen Hochschule im nationalsozialistischen Staate nicht Lehrer sein können“, enthielt, ist zu entnehmen, daß die Aktion gegenüber der ersten Ankündigung wesentlich verkleinert werden mußte. Sie sollte sich „nur gegen die eindeutigen Feinde der neuen Deutschen Hochschule – der politischen Hochschule –“ richten; denn „wenn die Großen wirklich getroffen werden, so fallen die Kleinen rings von selbst mit. Die Namen derer, welche von der Studentenschaft öffentlich nicht mehr als *Lehrer* anerkannt werden, müssen wie ein Farnal wirken.“ Die Durchführung des Professorenboykotts habe in „vorbildlicher soldatischer Disziplin“ zu erfolgen, sobald der Führer der DSt seine Zustimmung zum Boykott erteile, der damit eine Sache der gesamten deutschen Studentenschaft werde. Die Leitung dieser Aktion oblag jedoch den Ämtern für Wissenschaft der Studentenschaften; das ergibt sich aus Punkt 8 des Rundschreibens, wo es heißt, dieser Boykott biete die erste Möglichkeit für das Amt für Wissenschaften und die in ihm vereinigten Fachschaften, politisch in Erscheinung zu treten; für die betreffenden Amtsleiter sei die erste politische Entscheidung ein Prüfstein für die Befähigung zu diesem Amte. Diese organisatorische Trennung zeigt, daß das Vorgehen gegen die „untragbaren“ Professoren unabhängig und getrennt von der Aktion Bücherverbrennung verlaufen sollte; sie kann daher hier vom Thema her nicht weiter verfolgt werden⁴⁷.

Schon bevor diese Anweisungen zum Professorenboykott erlassen wurden, hatte sich herausgestellt, daß der Vorschlag, einen Schandpfahl zu errichten, nicht verwirklicht werden konnte. Bereits am 22. April teilte die Studentenschaft der TH Hannover mit, daß von der Aufstellung eines Schandpfahls Abstand genommen werde, da die Errichtung „für die Durchführung unserer Aktion völlig überflüssig, mit Unkosten verbunden ist, und unserer Ansicht nach nur dazu angetan ist, die ganze Aktion in Mißkredit zu bringen. Wir sind uns,“ fährt der Brief fort, „in reiflicher Überlegung darüber klar geworden, daß der Schandpfahl eine Gefahrenquelle darstellen kann, da er Spitzeln reiches Betätigungsfeld liefert.“ Auch die Studentenschaft der TH Braunschweig sah „wegen erheblicher Schwierigkeiten“ von der Aufrichtung des Schandpfahls ab. An der Forstlichen Hochschule in Hannoversch-Mün-

⁴⁷ Zu den Hochschulreformplänen und zur Beurteilung der Professoren durch die Studentenfürer liegt noch viel unausgewertetes Material im Würzburger Archiv der DSt.

den schließlich erübrigte er sich laut einer Mitteilung der dortigen Studentenschaft vom 27. April, weil der einzige jüdische Professor Falck bereits aus „Gesundheitsrücksichten“ ins Ausland abgereist sei. Sogar der Führer des Kreises X (Brandenburg) der Deutschen Studentenschaft, Herbert Gutjahr, mußte am 2. Mai an Leistritz berichten, daß ihm von Ministerialdirektor Gerullis⁴⁸ erklärt worden sei, an den Berliner Hochschulen dürften im Rahmen der Aktion „wider den undeutschen Geist“ Schandpfähle nicht aufgestellt werden; schon vorher hatte der Rektor der Berliner Universität, Prof. Dr. O. W. Eduard Kohlrausch, die Entfernung der „12 Thesen“ aus den Räumen der Universität angeordnet. In Köln konnte die Errichtung eines Schandpfahls anscheinend durch Verhandlungen einzelner Professoren mit der Studentenschaft verhindert werden⁴⁹. In Anbetracht dieser Widerstände schrieb das Hauptamt für Aufklärung und Werbung⁵⁰ am 4. Mai 1933 eine Postkarte an die Studentenschaften: „Infolge der augenblicklichen politischen Situation hat die Aufstellung des Schandpfahls nicht mehr die gleiche Dringlichkeit wie noch vor zwei Wochen. Sie ist deswegen, soweit nicht bereits geschehen, auf einen Zeitpunkt *einstweilen* zurückzustellen, der noch angegeben wird und in dem die Aufstellung als symbolischer Akt dringender benötigt wird als im Augenblick. Mit der nächsten Post erhalten Sie ein ausführliches Rundschreiben über Einzelheiten des Professorenboykotts⁵¹. Vorher ist *nichts* zu unternehmen.“ Eine neue Anordnung über den Schandpfahl ist nicht mehr erlassen worden. An wievielen Hochschulen trotz dieser Absage ein Schandpfahl errichtet worden ist, kann den vorliegenden Berichten nicht entnommen werden. So schrieb die Studentenschaft der TH Dresden am 25. April, sie wolle einen Schandpfahl am 3. Mai errichten, für den bereits Material in großem Umfang vorhanden sei; für eine Durchführung dieses Vorhabens findet sich aber kein Hinweis. Hingegen berichtete die Studentenschaft der Universität Rostock, daß am 5. Mai eine große Feier „mit Errichtung des Schandpfahls“ stattgefunden habe, an den „8 der übelsten ‚literarischen Werke‘ mit haltbaren Vierzöllern geschlagen wurden: Magnus Hirschfeld, Tucholsky, Stephan Zweig, Lion Feuchtwanger, Wikki [!] Baum, Remarque, Emil Ludwig und ‚die Weltbühne‘“. Die DSt-Führung mißbilligte weder das Vorgehen in Rostock noch das der Studentenschaft Münster, die am 6. Mai einen Schandpfahl errichtete. Nach einem Bericht der Königsberger Studentenschaft vom 14. Mai schließlich, dem eine Abbildung aus der Königsberger Allgemeinen Zeitung vom 11. Mai beigelegt war, wurde dort am 10. Mai ein mit schwarz-rot-goldenem Fahmentuch umwickelter Schandpfahl vor der Universität errichtet, der aber „vorerst“ ohne Anschläge blieb; ein Grund für diesen Verstoß gegen die Anordnung der DSt-Führung wurde nicht genannt.

Einige Studentenschaften, die die Aktion wider den undeutschen Geist an ihren Hochschulorten nicht durchführen konnten, teilten der DSt wenigstens ihre grund-

⁴⁸ Im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung; vgl. Ursachen und Folgen, Bd. IX, a. a. O., Dokument 2184, S. 460; vgl. L. Poliakov, a. a. O., S. 93.

⁴⁹ Vgl. J. Wulf, a. a. O., S. 51.

⁵⁰ Vgl. Anm. 54.

⁵¹ Das bereits genannte Rundschreiben A 35/1932/33 vom 5. Mai.

sätzliche Übereinstimmung mit den Zielen der Aktion mit. So betonten die Studentenvertreter der Philosophisch-Theologischen Hochschulen in Regensburg und Passau, daß sie „frei von jüdischem Geist“ gewesen seien; die Theologiestudenten aus Eichstätt bekundeten, daß „mehr vielleicht als anderswo bei uns der Kampf gegen den ‚undeutschen Geist‘ Selbstverständlichkeit war“. Die Dillinger Studenten schließlich äußerten sich erfreut darüber, „daß nun auch die weltliche Regierung einen Index schuf, um dadurch der Zersetzung des deutschen Geistes und deutscher Sitte zu steuern. Unser Streben war ja längst schon darauf gerichtet, die zügellose Literatur zu vernichten.“ Die Danziger Studentenschaft beschränkte sich auf die Mitteilung, daß wegen der politischen Lage der Stadt – sie stand unter Verwaltung des Völkerbundes – eine öffentliche Durchführung der Aktion nicht möglich sei.

Die einzige entschiedene Ablehnung der Aktion Bücherverbrennung von studentischer Seite erfolgte in Württemberg. Am 26. April 1933 schrieb die Studentenschaft Tübingen der DSt-Führung: „Auf Ihren Eilbrief vom 23. April teile ich Ihnen mit, daß die von Ihnen vorgeschlagene Bücherverbrennung auf den württembergischen Hochschulen auf Anordnung meiner vorgesetzten Dienststelle, des Kommissars für die württembergischen Studentenschaften, Landesführer Schumann, nicht stattfinden wird.“ Ebenso wenig wurden dort Schandpfähle errichtet. Ähnlich hatte die Studentenschaft der TH Stuttgart geäußert, daß ein Fackelzug nicht stattfinden werde, weil „Stuttgart nicht der geeignete Boden für Fackelzüge“ sei; man müsse „bei der ganzen Aktion sehr genau auf die landsmannschaftliche Eigenart und Prägung jedes deutschen Volksstammes Rücksicht nehmen“. Bei dem Mann, der in Württemberg die Bücherverbrennung verhinderte, handelt es sich um den später als nationalsozialistischer Dichter bekanntgewordenen Gerhard Schumann, der damals Landesführer des NSDStB in Württemberg war⁵². Der Grund für seine Haltung ist aus den Akten nicht ersichtlich; ebenso wenig ist bekannt, wie sich der NSDStB, der Schumann noch im Jahr 1933 sein Ehrenzeichen verlieh, dazu stellte.

Diese wenigen Widerstände hielten jedoch die weitere Vorbereitung der Aktion nicht auf. Schon am 27. April war mit dem Rundschreiben P Nr. 5 die erste „Schwarze Liste“ an die Studentenschaften versandt worden⁵³; das versendende Hauptamt war kurz zuvor in Hauptamt für Aufklärung und Werbung umbenannt worden⁵⁴.

⁵² J. Wulf, a. a. O., S. 356f. und öfter.

⁵³ Abgedruckt bei H. Brenner, a. a. O., S. 187, Nr. 25; vgl. Anm. 9a.

⁵⁴ Das ist das Verdienst eines kgl. preußischen Forstmeisters i. R., der auf einer Postkarte vom 2. Ostertag [= 18. 4. 1933] Leisritz darauf hingewiesen hatte, daß „Propaganda“ eine römische Anstalt zur Verbreitung des katholischen Glaubens sei, mit der die DSt hoffentlich nichts zu tun habe. Leisritz fühlte sich dem „alldutschen, nicht Nazi“-Forstmeister dafür „außerordentlich“ zu Dank verpflichtet und änderte den Namen seines Hauptamtes; allerdings folgten weder das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda noch die Partei mit ihren Propagandastellen seinem Beispiel. Einer weiteren Postkarte des Forstmeister i. R. ist es wohl auch zuzuschreiben, daß das umgetaufte Hauptamt sich später bisweilen einer „deutschen Schreibmaschine“ bediente; die Weiterverwendung des Fremdwortes „Aktion“ konnte er aber nicht verhindern. Welch hohe Bedeutung man in völkischen Kreisen der Verwendung der „deutschen Schrift“ zumaß, ergibt nicht nur die 7. These „wider den undeutschen Geist“ (vgl. oben im Text S. 354), sondern auch eine Anregung des „Bundes für deutsche

Als letzte Vorbereitungsmaßnahme erschien am 9. Mai das Rundschreiben P Nr. 4, das die Richtlinien für den äußeren Ablauf der Verbrennungsfeier am 10. Mai 1933 bekanntgab: „Als Grundlage für die symbolische Handlung im Verbrennungsakt ist die im folgenden gegebene Aufstellung zu benutzen und möglichst wörtlich der Rede des studentischen Vertreters zugrunde zu legen. Da es praktisch in den meisten Fällen nicht möglich sein wird, die gesamten Bücher zu verbrennen, dürfte eine Beschränkung auf das Hineinwerfen der in der folgenden Aufstellung angegebenen Schriften zweckmäßig sein. Es wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß trotzdem ein großer Haufen Bücher verbrannt wird. Die örtlichen Veranstalter haben dabei jegliche Freiheit.“ Die Aufstellung der auf jeden Fall zu verbrennenden Schriften ergibt sich aus den neun Feuersprüchen, die beim Verbrennungsakt feierlich vorgelesen werden sollten⁵⁵. Jeder Spruch nennt mit einem oder zwei Schlagworten die wider den deutschen Geist verstoßenden Anschauungen und die Vergehen, die es zu bekämpfen gelte, und stellt ihnen die „Ideale“ gegenüber, die an ihrer Stelle gepflegt werden sollten; dann werden die Autoren genannt, die man als die herausragenden Verkünder des undeutschen Geistes ansah, und deren Werke daher den Flammen übergeben würden⁵⁶.

Die vorbereitenden Maßnahmen der DSt-Führung in Berlin waren damit abgeschlossen. Es gilt nun zu zeigen, wie die Einzelstudentenschaften diese Pläne verwirklichten. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf die Maßnahmen gerichtet, die vor der Verbrennungsfeier ergriffen wurden, insbesondere auf die Aktionen zur Sammlung der indizierten Bücher und Schriften. Dabei fällt auf, daß die Rundschreiben der DSt keinerlei Anweisungen über die Sammelaktionen enthalten; so äußerten denn auch wenigstens einige der für die Durchführung der Aktion verantwortlichen Studentenführer Bedenken wegen der Rechtmäßigkeit der Sammelaktion. Die DSt-Führung hat nach den vorliegenden Akten allerdings nichts getan, um diesen Bedenken abzuwehren, sondern überließ die Durchführung ganz den örtlichen Studentenschaften, die diese Aufgaben daher auch auf verschiedene Weise lösten. Daß in den meisten aktenkundigen Fällen die Sammlung der Bücher mehr oder weniger gewaltsam, meist unter dem Schutz oder doch mit Duldung der Staatsgewalt, vor sich ging, läßt sich aus der Situation in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Revolution erklären, in der Gewaltakte fast an der Tagesordnung waren. Wenn in der folgenden Darstellung die Vorgänge in Würzburg im Vordergrund stehen, so rechtfertigt sich dies damit, daß für Würzburg nicht nur zusammenfassende Berichte an die DSt-Führung, wie das bei den übrigen Studentenschaften der Fall ist, sondern auch die anscheinend vollständigen Aktenstücke der dortigen Studentenschaft über die „Aktion wider den undeutschen Geist“ vorliegen.

Zunächst nahm die Würzburger Studentenschaft – wenn auch etwas verspätet –

Schrift“ vom 21. April an die DSt, man sollte die deutschen Studenten zum ausschließlichen Gebrauch der „deutschen Schrift“ verpflichten.

⁵⁵ Dieser Teil des Rundschreibens ist abgedruckt bei H. Brenner, a. a. O., S. 186, Nr. 24; auch L. Poliakov, a. a. O., S. 121.

⁵⁶ Die Namen sind bei H. Brenner, a. a. O., S. 47 zusammengestellt.

am 20. April 1933 Kontakt mit der örtlichen Presse auf. In einem Schreiben von diesem Tage ersuchte sie die Hauptschriftleiter der Zeitungen Fränkischer Kurier, Würzburger Generalanzeiger, Fränkisches Volksblatt, Neue Bayerische Landeszeitung und Fränkisches Volk, die von der DSt herausgegebenen Aufsätze zu veröffentlichen. Die „12 Thesen“ sollten bereits in der Ausgabe vom folgenden Tag erscheinen; für die Nummer vom Samstag, dem 22. April, war der Aufsatz „Deutsch“ von K. H. Ball vorgesehen. Unbedingt notwendig sei, so wurde in dem Schreiben betont, „daß die vorbestimmten Tage eingehalten“ würden. Am Freitag, dem 21. April, folgte der von Hanskarl Leistritz verfaßte Artikel „Erziehung und Bildung“ für die Montagsausgabe. Am Mittwoch der nächsten Woche erhielten die Redaktionen den Artikel „Zeitwende in der Dichtung“ von Will Vesper, d. h. Nr. 2 der von der DSt herausgegebenen Aufsatzreihe, der für die Donnerstagsnummer bestimmt war; an diesem Tage übersandte die Studentenschaft den Artikel „Auslese als Weg von der Maßlosigkeit der Bildung zum Maß der Erziehung“ von Georg Plötner für die Ausgabe vom Freitag oder Samstag. Den Abschluß der Artikelfolge bildeten dann in der darauffolgenden Woche die Beiträge von Professor Bäumler „Staat und Hochschule“ und von Gerhard Schröder „Student und Staat“. In einem Zwischenbericht an die DSt-Führung berichtete die Würzburger Studentenschaft am 27. April über die Verbindungen zur Würzburger Presse, sie habe „die örtlichen Zeitungen verpflichtet“, die Artikel aufzunehmen.

Als verpflichtend scheinen auch die Zeitungen das Verlangen der Studentenschaft gewertet zu haben; denn sie beugten sich ohne Widerspruch den studentischen Forderungen und druckten die übersandten Aufsätze ab. Die Redaktion des Würzburger Generalanzeigers wies in einem Schreiben vom 6. Mai, dessen Veranlassung unbekannt ist, die Studentenschaft sogar voller Entrüstung darauf hin, daß bis jetzt jeder Artikel in dieser Zeitung abgedruckt worden sei; man glaube, auch künftighin das Blatt zur Verfügung stellen zu können. Eine Ausnahme machte nur das Fränkische Volksblatt. Daß es die „12 Thesen“ nicht wie die übrigen Zeitungen in der Ausgabe vom Freitag, dem 21. April, veröffentlicht hatte, trug ihm noch am gleichen Tage eine Rüge des Studentenführers ein. Darauf antwortete der Hauptschriftleiter des Blattes, ein Geistlicher Rat, umgehend, er lehne die Aufnahme aller angekündigten Artikel wegen Platzmangels ab und behalte sich eine Auswahl vor, falls „der Inhalt nicht den Bestrebungen entspricht, welche die nationale Regierung verboten hat, da dieselben ihre außenpolitischen und innenpolitischen Ziele schädigen könnten“. Eine direkte Rückäußerung der Studentenschaft auf dieses Schreiben, mit dem sich die Zeitung gewissermaßen von der geplanten Aktion distanzierte, ist unterblieben⁵⁷.

In dem bereits genannten Bericht an die DSt vom 27. April wird weiter mitgeteilt, daß die Studentenschaft mit dem Oberbürgermeister der Stadt Verhandlungen „zwecks Räumung der Bibliotheken“ aufgenommen habe. In dem Kampfausschuß, der entsprechend der Anordnung im Rundschreiben Nr. 2 gebildet werden sollte,

⁵⁷ Vgl. die folg. Anm.

werde neben den drei studentischen Vertretern und dem Führer der Studentenschaft auch ein Professor der Universität mitwirken. Der Bericht schließt mit der Versicherung: „Wir hoffen, Ihnen in den nächsten Tagen noch Genaueres mitteilen zu können und bitten Sie versichert zu sein, daß die Würzburger Studentenschaft alles daransetzen wird, die Aktion in dem gewünschten Sinne durchzuführen.“

Dieses Versprechen löste die Studentenschaft ein, als sie am Samstag, dem 6. Mai, die „Sammelaktion“ in Würzburg durchführte, über deren Ablauf die Akten ein gutes Bild ergeben; sie enthalten nämlich zum einen einen Bericht, den der „mit der Organisation der Aktion wider den undeutschen Geist beauftragte“ Kassenwart der Würzburger Studentenschaft unmittelbar nach der Sammelaktion abgefaßt hat; dieser Bericht erschien am Montag und Dienstag der folgenden Woche, also am 8. und 9. Mai, im Generalanzeiger, im Kurier und im Fränkischen Volk⁵⁸. Zum anderen sind noch die vollständigen Protokolle erhalten, die bei den Durchsuchungen der einzelnen Büchereien angefertigt wurden; sie verzeichnen jedes beschlagnahmte Werk. Aus diesen Quellen ergibt sich, daß die Durchsuchung von Mitgliedern des NSDStB und der Stahlhelmhochschulgruppe durchgeführt wurde; zu jeder Gruppe gehörten zusätzlich ein Vertreter des Kampfbundes für Deutsche Kultur, ein einheimischer Schriftsteller und ein Kriminalbeamter. Betroffen waren 13 Leihbüchereien; in 10 von ihnen wurden über 360 Bücher⁵⁹ sofort „sichergestellt“, über 120 Bücher, die ausgeliehen waren, wurden für die Sicherstellung vorgemerkt⁶⁰. Nicht durchsucht wurden die städtischen Bibliotheken, die vom Oberbürgermeister, Pg. Memmel, bereits vorher gesäubert worden waren. Die Protokolle über die beschlagnahmten Werke wurden von einem Studenten geführt; am Schluß tragen sie den Vermerk: „Für die Richtigkeit der Beschlagnahme. Würzburg, 6. 3. 1933, Polizeidirektion. Krim. Amt. I. A. Unterschrift, Kr. Hptw.“⁶¹ Die Zahl der in den einzelnen Geschäften beschlagnahmten Bücher schwankt außerordentlich; sie beginnt bei 4 und 5 Bänden (zweimal), steigt über 9, 11, 25, 37 auf 71 Bände, der Höhepunkt liegt jedoch bei 155 Bänden aus einer einzigen Bücherei. Über einen Widerspruch eines Geschäftsinhabers findet sich nichts. Die Bücher wurden auf das Haus der Studentenschaft gebracht. Dort trat am Dienstag, dem 9. Mai, der Würzburger „Kampfausschuß wider den undeutschen Geist“ zusammen, um anhand der Protokolle die Bücher zu bestimmen, die „der Vernichtung anheimfallen“ sollten. Einen entsprechenden Beschluß unterschrieben sämtliche Mitglieder des Ausschusses; ihm gehörten neben zwei Angehörigen des Lehrkörpers der Universität der Führer, der

⁵⁸ Nur diesen drei Zeitungen, nicht jedoch dem Fränkischen Volksblatt wurde der Bericht der Studentenschaft zum Abdruck übersandt; das ergibt ein handschriftlicher Vermerk auf dem Durchschlag des Begleitschreibens an die Redaktionen, auf dem die letzten drei Buchstaben des Wortes „Volksbl.“ durchgestrichen sind; offenbar sollte diese Benachteiligung die Strafe für die ablehnende Haltung des Volksblatts sein.

⁵⁹ Die Zahlenangaben schwanken etwas; die hier angegebenen sind aus den Protokollen zusammengestellt worden.

⁶⁰ Diese Nachforderung wurde später unwesentlich gesenkt.

⁶¹ Auf einigen Protokollen fehlt allerdings die polizeiliche Unterschrift; der Grund ist nicht festzustellen.

stellvertretende Führer, der Bibliothekar und der bereits genannte Kassenwart der Würzburger Studentenschaft an, sowie der Älteste der Studentenschaft und der örtliche Leiter des Kampfbundes für Deutsche Kultur. Sie sind auch in dem Schreiben des Studentenführers vom gleichen Tag aufgeführt, in dem den Inhabern der durchsuchten Geschäfte lapidar mitgeteilt wurde, der Kampfausschuß habe beschlossen, die der Bücherei entnommenen und auf den Protokollen besonders bezeichneten Schriften der Vernichtung anheimzugeben. Das Schreiben endet mit einer vorgedruckten Erklärung, die der Empfänger abzutrennen und unterschrieben an die Studentenschaft zurückzusenden hatte; sie lautete: „Bestätigung. Hiermit erkläre ich mich mit der Verbrennung der meiner Leihbücherei entnommenen Bücher einverstanden.“ Diese Bestätigung gaben alle Betroffenen ab. Nur der Inhaber der „Guten Bücherstube“, von dessen 71 beschlagnahmten Bänden 49 verbrannt wurden, erhob Einwendungen, weil die Bücher ihm nicht gehörten; er verlangte wenigstens den Preis dafür, um seine Gläubiger befriedigen zu können. Die Studentenschaft ist auf dieses Ansinnen jedoch nicht eingegangen.

Mittwoch, der 10. Mai 1933, war dann der große Tag für die Studentenschaft. Nachdem ihr vom Rektor der Universität in einer Feier⁶² im Platzschen Garten das neue Studentenrecht übergeben worden war⁶³, zogen die Studenten zum Residenzplatz, auf dem die „feierliche Verbrennung der Bücher in Anwesenheit der Professorenschaft und der gesamten Studentenschaft“ stattfand. Nach einer Ansprache des Ältesten der Studentenschaft beschloß ein Fackelzug der Studenten die Kundgebung und damit „den symbolhaften Teil der Aktion wider den undeutschen Geist“⁶⁴. Verbrannt wurden mindestens 280 der beschlagnahmten Bücher; die tatsächliche Zahl wird erheblich höher gewesen sein, da viele Bürger freiwillig „undeutsche“ Werke bei der Studentenschaft für die Verbrennung abgeliefert hatten.

Die Verbrennung war in der Tat nur der Abschluß des „symbolhaften Teils“ der Aktion. Bereits am 13. Mai übersandte die Studentenschaft den Büchereien eine neue, vollständigere „Schwarze Liste“, die von der DSt unter dem Datum des 10. Mai herausgegeben worden war⁶⁵. Bei dieser Gelegenheit erhielten die Geschäftsinhaber

⁶² Die Teilnahme an dieser Feier war für alle Studierenden obligatorisch. Wie aus einem erhaltenen Plakat hervorgeht, waren die Korporationen für das vollzählige Erscheinen ihrer studentischen Mitglieder verantwortlich; die übrigen Studierenden mußten am Eingang des Lokals einem SA-Mann einen Zettel mit ihrem Namen abgeben.

⁶³ Gemeint ist die „Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 28. April 1933, Nr. V 15822, über die Bildung von Studentenschaften an den wissenschaftlichen Hochschulen“, die sich inhaltlich an die „Preußische Studentenrechtsverordnung vom 12. April 1933 (Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen, S. 118) anlehnte; beiden diente das „Gesetz über die Bildung von Studentenschaften an den wissenschaftlichen Hochschulen“ vom 22. April 1933 (RGBl. I, S. 215) als Rechtsgrundlage.

⁶⁴ So heißt es in einem undatierten zusammenfassenden Bericht. Der Bericht des Würzburger Generalanzeigers vom 11. Mai 1933 über die Verbrennungsfeier ist abgedruckt bei J. Wulf, a. a. O., S. 55 f.

⁶⁵ Diese 5seitige Liste ist überschrieben: „Belehrende Abteilung (erweitert)“ und enthält die Abteilungen Geschichte (52 Autorennamen, 3 Sammelbände), Kunst (8 Autoren), Politik und Staatswissenschaften (122 Autoren, 5 Sammelbände). Generell war aus der „Ab-

auch eine zahlenmäßige Aufstellung ihrer verbrannten Bücher, der vorläufig sichergestellten Bücher, über deren weitere Verwendung die Studentenschaft im Einvernehmen mit der Polizei noch verfügen wollte, sowie eine Aufstellung der Titel, die die Studentenschaft noch zu erhalten wünschte. Das Schreiben endete mit dem Vermerk: „Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass wir mit polizeilicher Genehmigung arbeiten, und bitten Sie, uns die unter 2 c aufgeführten Bücher (d. h. die ausgeliehenen, noch abzuliefernden Bücher) innerhalb der nächsten 10 Tage zuzustellen. Desgleichen bitten wir Sie, beiliegende Erklärung zu unterschreiben und uns postwendend wieder zuzustellen.“ Diese Erklärung verlangte wiederum die Selbstbindung der Geschäftsinhaber; sie lautete: „Hiermit versichere ich, dass ich die in der mir zugeschickten ‚Schwarzen Liste‘ veröffentlichten Bücher aus meiner Leihbücherei entfernen und nicht mehr ausleihen werde. Mir ist bekannt, dass ein weiteres Ausleihen dieser Bücher gerichtliche Strafen nach sich zieht.“ Auch dieser Revers kam von allen Büchereien unterschrieben zurück. Lediglich der Leiter der Katholischen Volksbücherei, der damalige Domdekan und Dompfarrer, unterschrieb ihn nicht, sondern sandte den Vordruck mit folgendem handschriftlichen Zusatz versehen zurück: „Zu obiger Erklärung habe ich als Vorstand der *katholischen* Volksbibliothek Folgendes zu erklären: Der Charakter unserer Bibliothek als *katholische* Bücherei ist wohl die beste Gewähr dafür, daß wir selber von unserem Gewissen [!] aus für eine scharfe Auswahl der geeigneten Bücher zu sorgen wissen [!] u. daß wir es nicht nötig haben, obige Erklärung abzugeben. Wir halten es mit unserer deutschen Ehre für unvereinbar . . .“ Zweifel an der Stichhaltigkeit der Drohung mit gerichtlichen Maßnahmen äußerte nur der Inhaber der Guten Bücherstube; er unterschrieb zwar die Erklärung, fügte aber hinzu: „. . . obwohl mir *nichts* davon bekannt ist, daß das weitere Ausleihen gerichtliche Strafen nach sich zieht. Ich bitte um Mitteilung, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen diese verhängt würden.“ Eine Antwort erhielt er nicht⁶⁵. Die am meisten geschädigte Buchhand-

teilung Geschichte des Weltkrieges sämtliche pazifistische und defaitistische Literatur“ und aus der „Abteilung Geschichte Rußlands sämtliche probolschewistische Parteiliteratur“ zu entfernen. Unter „Kunst“ werden außerdem Monographien über einzelne Maler (darunter Chagall und Klee) ohne nähere Bezeichnung aufgeführt. Die Vorbemerkung der 3. Abteilung lautet: „Die restlose Sperrung der Abteilung Sozialismus geht zu weit, in jedem Fall ist das nicht- und vormarxistische deutsche Schrifttum zum Sozialismus von der Sperrung auszunehmen. Zum Ersatz für die ausrangierten marxistischen Bücher empfiehlt es sich, das parteifreie Arbeiterschrifttum vor allem aus den Abteilungen: Arbeiterfrage, Sozialpolitik, Genossenschaftswesen, Bevölkerungsfragen, Arbeitsdienst mehr in Verkehr zu bringen. Außerdem ist darauf zu achten, daß gerade von der Literatur des wissenschaftlichen Marxismus je 1 Exemplar im Giftschrank der Studien-, Haupt- und Stadtbüchereien aufgehoben wird.“ Überschneidungen mit der „Schwarzen Liste I“ (siehe Anm. 9a) ergeben sich fast nicht.

⁶⁵ Eine Bestrafung hätte wohl auf Grund der §§ 1 und 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (RGBl. I, S. 83) erfolgen können, da damit die wesentlichen Grundrechtsartikel der Weimarer Reichsverfassung außer Kraft gesetzt worden waren und diejenigen Personen mit Strafe bedroht wurden, die gegen die ergelenden Durchführungsverordnungen verstießen. Diese Vorschrift behielt während der Dauer des Dritten Reichs ihre Gültigkeit; so berief sich z. B. noch 1939 das Reichs-

lung, von deren 155 beschlagnahmten Büchern 125 verbrannt worden waren, bot kurz nach Erhalt dieses Schreibens von den zusätzlich verlangten 25 Büchern bereits 11 zur Abholung an; ihre einzige Bitte war, ihr wenigstens die Halbledereinbände der nicht verbrannten Bücher zurückzugeben; aber auch dazu äußerte sich die Studentenschaft nicht.

Wie die Berichte der Studentenschaften anderer Hochschulen erkennen lassen, wurde in vielen Fällen die Aktion in ähnlicher Weise durchgeführt.

Einen längeren Bericht gab die Studentenschaft der Universität Bonn am 17. Mai nach Berlin. Danach wurde in Bonn, ähnlich wie in Würzburg, die Prüfung auf Anordnung des Oberbürgermeisters durch Vertreter der Studentenschaft mit Unterstützung eines Kriminalbeamten vorgenommen. Das inkriminierte Material wurde beschlagnahmt und bei der Gewerbepolizei sichergestellt. Die Sichtung nahmen zwei Studenten vor, die endgültige Entscheidung traf jedoch die Verwaltungsbehörde. Unklar ist, welche Bücher in Bonn tatsächlich verbrannt wurden⁶⁶; die Studentenschaft hatte nämlich vorgeschlagen, die ausgesonderten Bücher zurückzugeben und nur das weitere Verleihen der Werke zu untersagen. Die Studenten behielten sich ferner ausdrücklich vor, auch in Zukunft einen Prüfungs- und Kontrolldienst im Einvernehmen mit der Gewerbepolizei durchzuführen, um der Aktion „dauernde Durchschlagkraft zu sichern“. Eine Bonner Besonderheit war der Plan, zusätzlich einen Kontrolldienst „in Unternehmungen wie Restaurants und Cafés mit Tanzmusik einzurichten, der darauf abzielt, dem neuen Geist nicht entsprechende Musik zu beanstanden“.

Die Hamburger Studentenschaft war, wie es in zwei Berichten vom 19. und 20. April heißt, vom Polizeipräsidenten mit einer Ermächtigung ausgestattet worden, schädliche Werke aus öffentlichen und privaten Büchereien zu beschlagnahmen. Die Hilfspolizei besetzte schlagartig sämtliche Leihbüchereien; der Kampfausschuß und eine Prüfungskommission fuhren die Büchereien ab und beschlagnahmten etwa 1000 Bände, zu denen noch mehrere Zentner Reklameschriften, Flugblätter und Noten aus der Volksbuchhandlung hinzukamen. Die ganze Aktion verlief ohne den geringsten Zwischenfall. Die Studentenschaft berichtete außerdem, daß ein großer Teil der Büchereibesitzer die beschlagnahmten Werke bereits vorher aus dem Verkehr gezogen hatte.

Ohne direkte Mitwirkung der Polizei mußten die Studentenschaften der TH und der Universität Breslau vorgehen, da sie keine Ausweise erhalten hatten, die sie zur Durchsuchung berechtigt hätten. Polizei und Gauleitung waren jedoch von der bevorstehenden Aktion in Kenntnis gesetzt worden. Die Polizeireviere hatten daher wenigstens die Anweisung erhalten, die Studenten bei ihrer Durchsuchungsaktion, die anhand eines Verzeichnisses der öffentlichen und privaten Leihbüchereien der Industrie- und Handelskammer vorgenommen wurde, nicht zu stören. Die von der

ministerium für Volksaufklärung und Propaganda auf diese Verordnung; vgl. J. Wulf, a. a. O., S. 447.

⁶⁶ Die Bücherverbrennung fand in Bonn trotz heftigen Regens am 10. Mai statt, während sie in Köln aus diesem Grunde verschoben wurde; vgl. J. Wulf, a. a. O., S. 47, S. 52.

Studentenschaft vervielfältigten „Schwarzen Listen“ fanden bei der Bevölkerung „reißenden Absatz“. Besonders hervorgehoben wurde von den Studentenschaften, daß der von ihnen anlässlich der Verleihung des Studentenrechts geplante gemeinsame Kommers wegen der „Aktion wider den undeutschen Geist“ abgesagt worden sei.

Über den Verlauf der Beschlagnahmeaktion in Dresden findet sich kein Bericht in den Akten der DSt. Die Studentenschaft der dortigen TH hatte offenbar Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Aktion; sie schlug daher der DSt vor, sofort Verbindung mit dem neugegründeten Geheimen Staatspolizeiamt aufzunehmen, das entweder eine eigene „Schwarze Liste“ herausgeben oder wenigstens die von der Studentenschaft herausgegebene sanktionieren solle⁶⁷. Die Beschlagnahmeaktion sollte dann von allen Polizeibehörden des Reiches in Zusammenarbeit mit der NSDAP, den örtlichen Hochschulgruppen des NSDStB und den Studentenschaften durchgeführt werden.

Offene Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit der Aktion äußerte nur die Studentenführung in Halle. Bereits mit einem Schreiben vom 24. April 1933, das die Antwort auf die Rundschreiben vom 8. und 19. April darstellt, wies sie den Vorstand der DSt darauf hin, daß die geplanten Eingriffe bei den Durchsuchungen durch die Studenten immer Eingriffe privatrechtlicher Natur seien, weshalb man von der DSt-Führung genauere Auskunft über die Rechtslage und volle Unterstützung verlange. Ob und wie die DSt-Führung darauf reagierte, ist nicht bekannt. Ein Bericht vom 5. Mai schildert dann das Vorgehen in Halle. Die Studentenschaft hatte sich in der Weise abgesichert, daß sie in Verhandlungen mit dem Polizeipräsidenten bzw. dem ihn vertretenden Oberregierungsrat eine Vereinbarung erreichte, wonach der „Polizeipräsident als Hoheitsträger mit Hilfe der Studentenschaft als Sachbearbeiter“ eine vorläufige polizeiliche Beschlagnahme der auf einem „Halleschen Generalindex“⁶⁸ aufgeführten Bücher in den Büchereien und Bibliotheken der Stadt durchführen werde. Die Bücher würden bei der Studentenschaft sichergestellt, um von dort dem Gericht zur Prüfung zugeleitet zu werden. Dieses Vorgehen sei jedoch nur als vorläufige Maßnahme gedacht, um Zeit zu gewinnen und die Bücher erst einmal aus dem Verkehr zu ziehen. Man wolle sodann (wie es die Dresdener Studentenschaft bereits vorgeschlagen hatte) versuchen, vom Geheimen Staatspolizeiamt eine endgültige „Schwarze Liste“ mit der Aufforderung zur endgültigen Beschlagnahme zu erhalten. „Sollte das Geheime Staatspolizeiamt aus irgendwelchen Gründen eine solche Verfügung nicht treffen können, müßte die DSt Berlin einen anderen Weg versuchen, weil sonst alle anderen Maßnahmen ohne irgendwelchen Zweck sein dürften“.

⁶⁷ Am 26. April 1933 erging das preußische Gesetz über die Errichtung eines Geheimen Staatspolizeiamtes (Preußische Gesetzsammlung S. 122f.). Die am gleichen Tag erlassene 2. Durchführungsverordnung zur Verordnung zum Schutz von Volk und Staat (Anm. 63) übertrug dem Geh. Staatspolizeiamt die Zuständigkeit „für die Anordnung der polizeilichen Beschlagnahme und Einziehung von Druckschriften gemäß § 7 Abs. 2 der Verordnung mit Wirkung für das ganze Staatsgebiet“. Hierauf bezieht sich anscheinend die Studentenschaft.

⁶⁸ Auch erwähnt im Schreiben der Dresdener Studentenschaft vom 8. Mai.

heißt es in diesem Bericht abschließend. Ohne daß eine endgültige Klärung durch die DSt-Führung versucht worden wäre, und ohne die erbetene rechtliche Absicherung durch die DSt erfolgte die Beschlagnahme in Halle ähnlich wie in Würzburg, worüber ein Brief vom 10. Mai 1933 berichtet: „Ein Kriminalbeamter betrat unter Assistenz einiger Studentenbundsmitglieder unter meiner [d. h. des Führers der Studentenschaft] Führung die betreffende Bücherei und bat uns, behilflich zu sein, die betreff. Bücher fortzuschaffen. Bis auf einen Fall verlief die Aktion in Ruhe.“ In welcher Weise sich der Widerstand in diesem einen Falle äußerte, wird nicht ausgeführt. Der Studentenfürher hatte indes seine Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit der Aktion noch nicht aufgegeben; er hielt die so erfolgte Beschlagnahme immer noch für eine vorläufige Maßnahme, die durch eine endgültige gesetzliche Regelung abgelöst werden müsse. Um sich auf jeden Fall abzusichern, berief er schließlich eine Versammlung des gesamten hallischen Buchhandels ein, die – wie er schreibt – unter seinem Vorsitz und im Beisein des Polizeipräsidenten „im Verlaufe ganz kurzer Zeit restlos gleichgeschaltet“ wurde. „Der hallische Buchhandel sicherte ehrenwörtlich zu, in Zukunft kein Buch der auf dem Index stehenden Autoren zu verleihen, noch zu verkaufen. Ich glaube“, fuhr der Studentenfürher fort, „daß eine derartige freiwillige Anerkennung einer ‚Schwarzen Liste‘ bis jetzt noch nicht erreicht worden ist. Selbstverständlich habe ich dem hallischen Buchhandel zugestimmt, von sich aus die Bücher abzuschließen und zu warten, bis eine reichsgesetzliche Regelung erfolgt. Der Vorstand, der am selben Abend anschließend neu gewählt wurde, nahm am nächsten Tag sofort mit mir Fühlung auf und stellte sich mir restlos zur Verfügung.“ Mag dieser Bericht auch etwas gefärbt sein, um das Verdienst des Studentenfürhers ins rechte Licht zu rücken, so zeigt er doch, welchen Einfluß die Studentenschaft sich im Verein mit Polizei und Partei in dieser Universitätsstadt verschaffen konnte.

Von diesen Aktionen hebt sich die Art des Vorgehens der Greifswalder Studentenschaft ab. Sie verzichtete auf jede Mitwirkung der Polizei und auf eine förmliche Beschlagnahmeaktion. Die Studentenschaft erließ einen Aufruf an alle Buchhändler und Leihbüchereien und forderte sie auf, die in der „Schwarzen Liste“ bezeichneten Bücher aus den Beständen auszusondern und der Studentenschaft zur Vernichtung zu übergeben. Für den Fall, daß die Buchhändler dem Wunsche der Studentenschaft nachkommen wollten, sollten sie im Schaufenster einen Aushang anbringen mit dem Text: Wir stehen hinter der Aktion der Studentenschaft wider den undeutschen Geist. Sollten sich die Geschäftsinhaber dazu nicht verstehen können, drohte ihnen die Studentenschaft mit Boykott. Die Aufforderung hatte aber den erwarteten Erfolg. Bei der Studentenschaft gingen Zeitschriften und Bücher in größerer Zahl ein. Der Führer der Studentenschaft, ein Diplomvolkswirt, hatte aber noch eine besondere Idee, über die er in einem Schreiben vom 17. Mai an die DSt-Führung in Berlin berichtete: „Um die Möglichkeit zu haben, die zum Teil wirtschaftlich schwer ringenden Leihbüchereien für die verbrannten Bücher zu entschädigen, habe ich beiliegendes Rundschreiben⁶⁹ an die Verlage [!] gesandt, in denen die besprochenen

⁶⁹ Nicht erhalten.

Bücher erschienen sind⁷⁰. Die uns auf diese Weise zugehenden Bücher werden von uns mit einer besonderen Widmung in gleicher Anzahl wie die vernichteten Werke kostenlos als Entschädigung an die Leihbüchereien abgegeben. Die Verwendung der Bücher habe ich in den Rundschreiben an die Verlage nicht mitgeteilt, weil zu befürchten war, dass sie darin einen Ausfall von Aufträgen durch die betroffenen Leihbüchereien sehen könnten. Ich bitte deshalb darüber Stillschweigen zu bewahren.“ Aus keiner anderen Stadt ist ein ähnlicher Bericht erhalten, der die wirtschaftlichen Schäden, die durch die Bücherverbrennung hervorgerufen wurden, überhaupt in Betracht zieht. Über den Erfolg dieser Greifswalder Aktion läßt sich den Akten allerdings nichts entnehmen.

Ohne Mithilfe der Polizei ging man auch in Berlin vor; dort wandte man sich mit einem Aufruf an die Büchereien, sich der Aktion freiwillig anzuschließen⁷¹. Die Studentenschaft Hannover berichtete am 22. Mai über den Ablauf der Aktion, daß scharfe Kontrollen der Bibliotheken und Leihbüchereien durchgeführt worden seien; für die Straßenpropaganda wurden Studenten in Vollcouleur eingesetzt.

Die Verbrennungsfeiern sind anscheinend überall nach demselben einheitlichen Schema unter Beteiligung der Rektoren und Hochschullehrer sowie großer Teile der Bevölkerung abgehalten worden⁷². Außer den Büchern verbrannten die Studentenschaften an einigen Orten auf den Scheiterhaufen auch Fahnen. In Hamburg wurde die Gaufahne des Roten Frontkämpferverbandes in die Flammen geworfen⁷³. In Mannheim⁷⁴ und Königsberg verfuhr die Studentenschaft in dieser Weise mit der schwarz-rot-goldenen Fahne der Weimarer Republik; die Königsberger Allgemeine Zeitung vom 11. Mai 1933 berichtete, daß die Studentenschaft auf dem Trommelplatz einen Scheiterhaufen errichtet hatte, der mit schwarz-rot-goldenem Fahnenstuch überzogen war; damit sollte – nach dem Bericht der Preußischen Zeitung vom gleichen Tag – „die enge Verbundenheit dieser Bücher mit dem Novemberstaat von 1918 dokumentiert“ werden⁷⁵.

⁷⁰ Gemeint sind Bücher, die im Rahmen einer Werbeaktion besonders empfohlen und im Sinne der „positiven“ Seite der Aktion günstig besprochen wurden.

⁷¹ Vgl. den Bericht der Frankfurter Zeitung vom 7. 5. 1933, abgedruckt bei J. Wulf, a. a. O., S. 42. Regelrecht geplündert wurde in Berlin das Magnus-Hirschfeld-Institut für Sexualforschung; vgl. dazu die Berichte und Bilder bei H. Brenner, a. a. O., S. 46, Bilder Nr. 7–9.

⁷² Über die Feier in Berlin vgl. den Bericht bei L. Poliakov, a. a. O., S. 119–122 mit Notizen über München, Dresden, Nürnberg und Breslau; J. Wulf, a. a. O., S. 43–47; H. Brenner, a. a. O., S. 46–49. Ausführlichere Berichte über die Feiern in Bonn, Frankfurt/M., Göttingen, Hamburg, Köln, München, Nürnberg und Würzburg bei J. Wulf, a. a. O., S. 47–55.

⁷³ J. Wulf, a. a. O., S. 51.

⁷⁴ Vgl. den S. 28 wiedergegebenen Bericht des Neuen Mannheimer Volksblatts vom 20. Mai 1933.

⁷⁵ Bereits am 12. März 1933 schaffte eine Verordnung der Reichsregierung die schwarz-rot-goldene Fahne der Republik ab, obwohl es sich dabei um eine Verfassungsänderung (vgl. Art. 3 Weimarer Verfassung) handelte, zu der die Reichsregierung vor dem Erlass des Ermächtigungsgesetzes vom 24. März 1933 (RGBl. I, 141) nicht einmal eine formelle Berechtigung hatte; man versuchte diesen Verstoß dadurch zu vertuschen, daß man die Farben

Die Verbrennungsfeier in Berlin, deren Höhepunkt die Rede Joseph Goebbels' bildete, wurde durch den Rundfunk übertragen, ebenso Ausschnitte von den Verbrennungsfeiern in anderen Städten⁷⁶. Einen eindrucksvollen Bericht über die Berliner Feier hat Erich Kästner verfaßt, der auf dem Opernplatz anwesend war, als seine Bücher zusammen mit den Werken der anderen „Undeutschen“ ins Feuer flogen⁷⁷, begleitet von den Worten eines Studenten: „Gegen Dekadenz und moralischen Verfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner.“⁷⁸ Von den in den Akten der DSt gesammelten Zeitungsberichten läßt allein die Notiz eine gewisse Reserve gegen die Bücherverbrennung erkennen, die am 20. Mai 1933⁷⁹ im Neuen Mannheimer Volksblatt erschien; der Text wird hier nach dem in den Akten der DSt liegenden Original wiedergegeben:

WIDER DEN UNDEUTSCHEN GEIST!

Eine Kundgebung

In Deutschland lodern zurzeit wieder mal Scheiterhaufen. Sie sind gewiß gut gemeint, wie überhaupt die Scheiterhaufen jeweilen gut gemeint waren, wenn auch eine „kritische“ Nachwelt sich befließigte, nur Böses von ihnen auszusagen. Jedenfalls hat es dem Empfinden weiter Kreise der Mannheimer Bevölkerung entsprochen, wie anderorts, so auch hier, einen Scheiterhaufen lodern zu sehen, was bei Nacht auch eine ganz schöne Sache ist und dazu harmlos, da ja nur Bücher verbrannt wurden, deren Flammentot nicht als Verlust zu beklagen ist. Allerdings: man kann durch Feuer nur die Materie der Bücher zerstören, nicht aber ihren Geist, weshalb die gestern abend hinter der Feuerwehrrkaserne stattgefundene Kundgebung, wie der Führer der Mannheimer Studentenschaft in seiner kurzen Ansprache dabei ausführte, auch nur von symbolhafter Bedeutung sein konnte.

Wie man das bei nationalsozialistischen öffentlichen Veranstaltungen bereits gewohnt ist, waren auch gestern wieder große Menschenmassen auf den Beinen. Die Straßen, die der Fackelzug passierte, waren dicht mit Menschen eingefaßt, und der Platz auf dem die Kundgebung erfolgte, hatte viele Tausende festgehalten. Stundenlang! Man mußte tatsächlich gut auf den Füßen sein, wenn man hier auszuhalten vermag, denn auch gestern gabs wieder eine große Verspätung. Halb zehn Uhr war bereits vorbei, als die Spitze des Zuges überm Neckar anlangte und nicht weit vor elf war es geworden als die Kundgebung ihr Ende gefunden hatte.

der Republik überhaupt nicht erwähnte, sondern lediglich bestimmte, daß in Zukunft nur die alten schwarz-weiß-roten Fahnen und die Hakenkreuzfahnen gezeigt werden durften. Zu den seit Bestehen der Republik schwelenden Auseinandersetzungen um die deutschen Farben auch im studentischen Bereich vgl. H. P. Bleuel, a. a. O., S. 113 ff., S. 259 f.

⁷⁶ J. Wulf, a. a. O., S. 42; vgl. den bei H. Brenner, a. a. O., S. 47 wiedergegebenen Bericht des damaligen Leiters des Berliner Büros von Associated Press.

⁷⁷ Er stand mit dem Vermerk „alles außer ‚Emil‘“ auf der Schwarzen Liste; vgl. H. Brenner, a. a. O., S. 187, Nr. 25. Die Berichte „Bei Verbrennung meiner Bücher“ und „Schwierigkeiten, ein Held zu sein“, die zuerst 1946 bzw. 1959 unter anderen Titeln erschienen, siehe jetzt in: Kästner für Erwachsene, hrsg. von R. W. Leonhardt, Frankfurt/M., 1966, S. 435 ff.

⁷⁸ Wortlaut des 2. Feuerspruchs; vgl. L. Poliakov, a. a. O., S. 121. – Bei H. Mann ist auf der „Schwarzen Liste I“ (siehe Anm. 9a) vermerkt: „außer: Flöten und Dolche“, für E. Glaeser galt keine Einschränkung.

⁷⁹ Vielleicht war wie in Köln schlechtes Wetter für die Verschiebung des Termins maßgebend; vgl. Anm. 66.

Der Einmarsch des Fackelzuges auf den Rasenplatz dauerte nahezu dreiviertel Stunden. Es waren viele Tausende, die daran teilnahmen: Die Studentenschaft der Handelshochschule gemeinsam mit der SA, die Ingenieurschule, der DHV und verschiedene andere nationale Verbände. Etwa acht Musikkapellen marschierten mit. Am Ende fuhr ein Wagen, auf dem sich die dem Tode geweihten Bücher befanden und eine große Fahne Schwarz-Rot-Gold, die mit den Büchern dem Feuer übergeben wurde.

Nach Eintreffen der Zugspitze wurde ein Holzstoß in Brand gesetzt, der bald in mächtigen Garben zum nächtlichen Himmel empor loderte und den Platz weithin erhellte, sodaß die Sternlein, die neugierig herabschauten, etwas verblassen mußten. Nachdem alle Teilnehmer einmarschiert, sprachen in kurzen Reden der Führer der Mannheimer Studentenschaft Heinz Franz, Dr. Hans Hagenbuch für die Nationalsozialistische Partei und Dipl.-Kaufm. Karl Goebel für den D. H. V. Dann nahm noch ein weiterer Redner das Wort, der wohl außerprogrammäßig war. Die ganze Kundgebung, die zu einem schönen Bild sich gestaltete, und eindrucksvoll verlaufen ist, hätte u. E. aber nur noch gewinnen können, wenn diese letzte Rede nicht gehalten worden wäre. Nach Absingen des Horst-Wessel-Liedes flammte der Scheiterhaufen auf und verzehrte die Bücher, die undeutschen Geistes voll. Mit klingendem Spiel ging es dann wieder in die Stadt zurück. H.

Die Verbrennungsfeiern waren noch nicht das Ende der Aktion; denn das letzte in dieser Angelegenheit vom Hauptamt für Aufklärung und Werbung der DSt herausgegebene Rundschreiben P Nr. 5 vom 16. Mai 1933 ordnete eine Prüfungswoche für die Zeit vom 22. bis zum 27. Mai an⁸⁰. In dem Schreiben befaßte sich die DSt-Führung erstmals mit den Methoden, die von den Studentenschaften bei der Durchführung der Prüfung anzuwenden waren. Ab sofort durften die Studenten nicht mehr mit Drohungen und Gewalt vorgehen, sondern mußten „bis zum Beginn der Prüfungswoche mit den Buchhändlern, Leihbüchereien usw. Fühlung nehmen und mit ihrem Einverständnis“ dann in der Prüfungswoche Stichproben durchführen. Darauf, daß die Stichproben nur im Einverständnis mit den Betroffenen vorgenommen werden durften, wurde nochmals besonders hingewiesen. Was diesen Wandel veranlaßt hat, geht aus den Akten nicht hervor.

Über die Ergebnisse der Prüfungswoche haben die Studentenschaften anscheinend keine Berichte mehr an die DSt eingesandt, zumindest finden sich in den Akten keine Anzeichen dafür. Für die Studentenschaften der Hochschulen und für die Deutsche Studentenschaft war damit die „Aktion wider den undeutschen Geist“ abgeschlossen. Für die Buchhändler und Leihbüchereien war sie jedoch erst der Beginn einer dauernden strengen Überwachung durch besondere Einrichtungen des Staates und der Partei, die in den folgenden Jahren auf diesem Felde des Dritten Reiches das fortsetzten, was die Deutsche Studentenschaft begonnen hatte⁸¹. Der „Ausmerz des undeutschen Geistes“ folgte bald die körperliche Auslöschung derer, die als „un-

⁸⁰ Die gleichzeitig versandte dritte „Schwarze Liste“ – sie ist anders als die früheren in deutscher Schrift geschrieben – enthält die Abteilungen Religion, Philosophie, Pädagogik mit insgesamt 53 Namen und Literaturgeschichte mit 9 Namen.

⁸¹ Vgl. dazu die Darstellung von H. Brenner, a. a. O., S. 49ff., sowie die Dokumente bei J. Wulf, a. a. O., insbesondere S. 160ff.

deutsch“ abgestempelt wurden⁸². Es ist wohl die Erinnerung an diesen Zusammenhang, die es bewirkt hat, daß seit dem Ereignis vom 10. Mai 1933 das Verbrennen von Büchern nicht mehr als adäquates symbolisches⁸³ Mittel der Auseinandersetzung mit gegnerischen Meinungen angesehen wird.

Versucht man herauszufinden, weshalb die studentische Aktion so erfolgreich verlaufen konnte, so muß man sie im Zusammenhang mit der besonderen Situation der ersten Monate der nationalsozialistischen Herrschaft sehen. Erst von daher läßt sich das Fehlen fast jeglichen Widerstandes und die Zustimmung weiter Kreise in etwa einsichtig machen. Nicht nur die durch die Beschlagnahmen materiell Geschädigten wehrten sich nicht, sondern auch von anderer Seite wurden kaum Einwände erhoben; wenn doch, so richteten sie sich höchstens gegen die Verurteilung eines bestimmten Autors oder Werkes, Berechtigung und Sinn des ganzen Vorhabens wurden dabei nicht in Frage gestellt. In den Reihen der Studenten fanden sich genügend Begeisterte, mit deren Hilfe die Pläne durchgeführt werden konnten; Professoren und Dozenten erschienen nicht nur bei den Verbrennungsfeiern, sondern arbeiteten auch in den Kampfausschüssen an der Aussonderung des zum Verbrennen bestimmten Materials mit; die Presse schließlich stellte ihre Spalten bereitwillig für die Artikel der Studentenschaften zur Verfügung und berichtete voller Genugtuung von den Verbrennungsfeiern. Die wenigen Beispiele echten Widerstandes machen nur umso deutlicher, wie groß die Zahl derer war, die das Vorgehen billigten.

Das von uns vorgelegte Material erlaubt zwar keine abschließenden Stellungnahmen zu den Gründen des Verhaltens der genannten Gruppen; man wird jedoch nicht fehlgehen, wenn man bei den einen in der Angst vor Maßnahmen der bereits den Staatsapparat völlig beherrschenden Partei den Grund dafür sucht, daß sie eine Chance für ihre weitere Existenz nur in der Kapitulation vor der Gewalt sehen konnten und vom Staate keinen Rechtsschutz mehr erwarteten. Bei den anderen ist, auch wenn sie keine überzeugten Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie waren, wohl ein übersteigertes nationales Fühlen für ihre Haltung verantwortlich zu machen; es hinderte sie zu bedenken, daß eine derartige Aktion nicht bei der Vernichtung von Büchern haltmachen würde, sondern bereits die Ansätze zur Vernichtung der Gegner selbst in sich trug; man übersah schließlich, daß damit der Weg zur umfassenden Kontrolle des gesamten kulturellen Lebens sowie zur Unterdrückung jeder nicht genehmen Meinungsäußerung geebnet wurde.

⁸² Bereits im April 1933 wurde das erste Konzentrationslager eröffnet; vgl. Handbuch der deutschen Geschichte, neu hrsg. v. L. Just, Bd. 5 – Bilderatlas, Frankfurt a. M. 1968, Tafel 377 a) und b), S. 566.

⁸³ Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 mehr war als ein bloß symbolischer Akt wie beispielsweise die anlässlich des Studentenfestes auf der Wartburg 1817 erfolgte Verbrennung. Beim damaligen „Feuergericht über undeutsche und volksfeindliche Schriften“ wurden nicht Bücher, sondern nur altes Druckpapier verbrannt, auf dem die Namen der Autoren und die Titel der Werke verzeichnet waren (siehe F. Schnabel, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 2, Freiburg 1949, S. 246). Demgegenüber versuchte man 1933 die indizierten Schriften auch tatsächlich in möglichst weitem Umfang zu vernichten.

Wenig beachtet wurde bisher, daß die Durchführung der „Aktion wider den undeutschen Geist“ auch für die Stellung der Studentenschaft in der Hochschulpolitik besondere Bedeutung hatte. Nach jahrelangem Streit mit der Staatsgewalt hatten die Studentenschaften in kürzester Frist gesetzliche Anerkennung gefunden. Darüber hinaus wuchsen ihnen nun auch besondere politische Aufgaben im Hochschulbereich zu. Die in kurzer Zeit erfolgreich abgeschlossene Aktion zeigte der Staats- und Parteiführung, daß den Nationalsozialisten in der nicht zur Parteiorganisation gehörenden DSt, die sie aber bereits seit 1931 beherrschten, ein Instrument zur Verfügung stand, das sich vortrefflich zur Verwirklichung der Parteiziele im Hochschulbereich verwenden ließ. Da jeder deutsche Studierende der DSt von Gesetzes wegen angehörte⁸⁴, war der Einfluß der Partei auf die studentische Jugend gesichert; die reibungslos durchgeführte Umstellung auf das Führungsprinzip erleichterte zudem den zentral gelenkten wirkungsvollen Einsatz. Vor allem die Studentenführer erhielten nun eine sehr einflußreiche Stellung an den Hochschulen. Ihre Beurteilungen und Entscheidungen waren nicht nur für die Angehörigen der Studentenschaft von erheblicher Bedeutung, sondern gewannen auch für die Laufbahn der Lehrenden zunehmend an Gewicht. Diese Aufwertung war wohl ein ebenso wichtiges Ergebnis der studentischen Aktion vor 35 Jahren wie ihr „Erfolg“ im Rahmen der allgemeinen Kulturpolitik. Auf diesem Gebiet wird sie vor allem als äußerer „Glanzpunkt“ der intensiven weit verzweigten Bemühungen um die Festigung der Vorherrschaft des Nationalsozialismus und die Gleichschaltung des kulturellen Lebens des Volkes anzusehen sein; im Bereich der Hochschulpolitik jedoch bezeichnete die „Aktion wider den undeutschen Geist“ den Anfang der Eroberung der Hochschule durch die zur „geistigen SA“ deklarierten Studentenschaften.

⁸⁴ Das Gesetz über die Bildung der Studentenschaften an den wissenschaftlichen Hochschulen v. 22. April 1933 (RGBl. I, S. 215) bestimmte in § 1: „Die bei einer wissenschaftlichen Hochschule voll eingeschriebenen Studenten deutscher Abstammung und Muttersprache bilden unbeschadet ihrer Staatsangehörigkeit die Studentenschaft dieser Hochschule.“ Ihr oblag nach § 2 Satz 2 die Pflicht „mitzuwirken, daß die Studenten ihre Pflichten gegen Volk, Staat und Hochschule erfüllen“. A. Derichsweiler, a. a. O., S. 80, meint zu Recht, dieses Reichsrahmengesetz sei zur Unterstützung der „beginnenden weltanschaulichen Arbeit“ an den Hochschulen ergangen.

WALTER BUSSMANN

ZUR ENTSTEHUNG UND ÜBERLIEFERUNG DER „HOßBACH-NIEDERSCHRIFT“¹

Die sogenannte Hoßbach-Niederschrift vom 10. 11. 1937 spielt in nahezu allen Werken zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs eine ebenso bedeutende wie umstrittene Rolle². In ihr werden die Ausführungen Hitlers in der Reichskanzlei vom 5. November vor den politischen und militärischen Spitzen des „Dritten Reiches“ über künftige Entwicklungen deutscher Politik sowie die Einwände führender Militärs zusammengefaßt wiedergegeben. Diesem Vorgang kommt in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs eine nicht geringe Bedeutung zu, und eine kritische Untersuchung des Hoßbach-Dokuments soll auf eine historische Frage jüngster Geschichte eine Antwort geben, die zugleich politisch wirken kann, wobei ich mir der begrenzten Wirkung historischer Forschung auf die Öffentlichkeit durchaus bewußt bin. In der Literatur und Publizistik, die „rechtsradikal“³ genannt wird, aber auch

¹ Diese Studie ist der Antrittsvorlesung („Das Verhältnis von politischer und militärischer Führung in der Vorgeschichte des 2. Weltkriegs“), die der Verfasser am 10. 7. 68 in der Universität München gehalten hat, entnommen. Bei der Ausarbeitung standen dem Verfasser unveröffentlichte Materialien Friedrich Hoßbachs zur Verfügung.

Der Verfasser fühlt sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß er in den Jahren 1945 bis 1955 in engster menschlicher Verbindung zu Gen. d. Inf. a. D. Hoßbach stand und seit seinem Weggang von Göttingen auch heute noch steht.

² Der Inhalt der Hoßbach-Niederschrift ist abgedruckt in A.D.A.P., Serie D, Band 1, Nr. 19.

Vergleiche außerdem: IMT, Band XXV, Seite 402–413. Auf eine vollständige Bibliographie wird verzichtet. Die wichtigsten Arbeiten, in deren Zentrum die Hoßbach-Niederschrift steht, sind:

Friedrich Hoßbach, Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934–1938, 2. Aufl., Göttingen 1965.

Hermann Gackenholtz, Reichskanzlei, 5. November 1937, in: Forschungen zu Staat und Verfassung, Festgabe für Fritz Hartung, herausgegeben von R. Dietrich und G. Oestreich, Berlin 1958.

Peter Graf Kielmansegg, Die militärisch-politische Tragweite der Hoßbach-Besprechung, in dieser Zeitschrift 8 (1960), 268 ff.

³ An dieser Stelle sei auf die nachstehend aufgeführten Arbeiten, welche einen charakteristischen Eindruck von Stil und Inhalt der Argumentation solcher Autoren vermitteln, hingewiesen:

- a) David L. Hoggan, Der erzwungene Krieg, Mit einem Vorwort von Herbert Grabert, 7. Auflage, Verlag der deutschen Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen 1966.
(Vgl. dazu G. Jasper, Über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs, Zu den Büchern von A. J. P. Taylor und David L. Hoggan, in dieser Zeitschrift 10 (1962), S. 311.
H. Graml, David L. Hoggan und die Dokumente, GWU 14 (1963), Seite 442 ff.
W. Hofer, Die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs, Frankfurt 1964, Seite 432 ff.)
- b) Erich Kern, Opfergang eines Volkes, Der totale Krieg, Göttingen 1962.
- c) Annelies von Ribbentrop, Auf den Spuren der Verfälschung historischer Tatsachen, Deutsche Hochschullehrer-Zeitung 10 (1962), Heft 2.
- d) Anonymus, Die „Schlüssel-Dokumente“ des Nürnberger Tribunals (IMT), in: „Nation Europa“ 12 (1962), Heft 5.
- e) Udo Walendy, Wahrheit für Deutschland, Die Schuldfrage des Zweiten Weltkriegs, Vlotho/Weser 1964.

in durchaus ernst zu nehmenden wissenschaftlichen Studien von allerdings ganz verschiedener Herkunft⁴ und von unterschiedlichem Range werden nämlich Relevanz und Echtheit dieses Dokuments immer wieder bestritten. Man könnte das, soweit es sich um die Geschichtsbilder eines Rechtsextremismus handelt, auf sich beruhen lassen, wenn man eben nicht wüßte, daß sie mit der zähen Kraft der historischen Legende politisch zu wirken vermögen.

Der Inhalt der Ausführungen Hitlers vom 5. November 1937 wie die sachlichen Einwände einiger Sitzungsteilnehmer im Verlaufe einer anschließenden Diskussion dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Der Anlaß zu dieser Besprechung – Fragen der Rohstoffverteilung an die Wehrmachtsteile haben zu jenem Zeitpunkt eine große Rolle gespielt – ist für die Beurteilung des Vorgangs selbst wie für seine Folgen ohne Bedeutung. Hitler rückte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen die Lösung der deutschen Raumfrage, die nur „in Europa“ gesucht werden könne. Aus seinem obskuren Geschichtsbilde wie aus seiner politischen Lagebeurteilung der Gegenwart, für die er sich nach 4½-jähriger Regierungszeit vollkommen kompetent fühlte, zog er den Schluß: Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, der niemals risikolos sei. Er beschäftigte sich mit mehreren Fällen, in denen der Angriff gegen die Tschechoslowakei und Österreich eingeleitet und erfolgreich durchgeführt werden könne. An der Besprechung nahmen außer Hitler, der damals Führer, Reichskanzler und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht war, folgende Persönlichkeiten teil: der Reichskriegsminister, Generalfeldmarschall von Blomberg, der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Freiherr von Fritsch, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Generaladmiral Dr. h. c. Raeder, der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generaloberst Göring, der Reichsaußenminister, Freiherr von Neurath, und der Oberst Hoßbach. Der Teilnehmerkreis bestand also aus den höchsten politischen und militärischen Ratgebern, ohne daß man jedoch deshalb sagen könnte, daß es sich bei dieser Sitzung um eine Art Kriegsrat gehandelt habe⁵. Ein solcher Vergleich würde der Wirklichkeit des nationalsozialistischen Regierungssystems zu jenem Zeitpunkt nicht entsprechen.

Über diese Besprechung existiert eine wenige Tage später angefertigte Niederschrift Hoßbachs. Bekanntermaßen hat dieses Dokument – irrtümlich Protokoll genannt – in der Nürnberger Anklage eine bedeutende Rolle gespielt. Auf die juristische Relevanz des Dokumentes sei hier überhaupt nicht eingegangen. Die Verteidigung hatte gute Gründe, sie in Abrede zu stellen. Es ist interessant, aber historisch keineswegs bedeutsam oder gar folgenreich, daß der unzutreffende Begriff

⁴ In diesem Zusammenhang seien genannt:

- a) Hans Günther Seraphim, *Nachkriegsprozesse und Zeitgeschichtliche Forschung*, in: *Mensch und Staat in Recht und Geschichte*, Festschrift für Herbert Kraus, Kitzingen/Main 1954.
- b) Gerhard Meinck, *Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933–1937*, Wiesbaden 1959 (eine durchaus solide Arbeit, die allerdings in ihrer eine Kürzung der Hoßbach-Niederschrift vertretenden Auffassung nicht überzeugen kann).
- c) A. J. P. Taylor, *Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges*, Gütersloh 1962.
(Vgl. dazu G. Jasper, a. a. O., und W. Hofer, a. a. O.)

⁵ Vgl. Gackenholtz, a. a. O., Seite 465.

„Protokoll“ zuerst im Vokabularium der Verteidigung von Generalstab und OKW auftaucht: Am 3. Juni 1946 schrieb Rechtsanwalt Dr. Laternser aus Nürnberg an Hoßbach: „Über die bei Hitler am 5. 11. 1937 stattgefundene Besprechung liegt ein Protokoll vor, das nach Angabe der Anklagebehörde durch Sie abgefaßt worden ist.“⁶

Auf die Frage nach der Echtheit und nach der Überlieferung der Quelle, der Hoßbach-Niederschrift, sollen aufgrund noch unveröffentlichten Materials eine Reihe von Antworten gegeben werden. Es handelt sich um eine quellenkritische Untersuchung mit dem Ziel, einen umstrittenen historischen Sachverhalt möglichst aufzuklären und gleichzeitig politischen Vermutungen, Verdächtigungen und einer politisch-historischen Legendenbildung den Boden zu entziehen.

1. Wer ist der Verfasser dieser Niederschrift über jene Ausführungen am 5. November, in deren Verlauf Hitler eine revolutionäre Außenpolitik, eine Politik zur Lösung der Raumfrage mit Hilfe der Gewalt, ankündigte und begründete, wobei er auf den Widerspruch der führenden Militärs wie des Reichsaußenministers stieß? Die Antwort auf diese Frage ist für die Quellenkritik wichtig; denn die Frage nach dem Rang der Quelle hängt eng mit ihrer Herkunft bzw. mit der Persönlichkeit zusammen, die am Anfang der Überlieferung steht. Der damalige Oberst Hoßbach wurde am 4. 8. 1934 ohne vorherige Befragung auf gemeinsamen Vorschlag des Chefs des Heerespersonalamtes, Generals von Schwedler, und des Chefs des Generalstabs des Heeres (damals noch Chef des Truppenamts), Generals der Artillerie Beck, durch den Oberbefehlshaber des Heeres (damals noch Chef der Heeresleitung), Generaloberst Freiherr von Fritsch und den Reichskriegsminister (damals noch Reichswehrminister), von Blomberg zum militärischen Adjutanten bei Hitler bestimmt. Hitler, dem Hoßbach unbekannt war, hatte auf die Auswahl keinen Einfluß ausgeübt. Es kennzeichnet den Verfasser der Niederschrift, daß er den Wunsch äußerte, nicht „hauptamtlich“ und nicht ausschließlich als Adjutant der Wehrmacht bei Hitler Verwendung zu finden, sondern zugleich in vollem Umfange in seiner Stellung als Leiter der Personalgruppe im Heerespersonalamt Dienst zu tun – ein Wunsch, der durch Blomberg, Fritsch, Beck und Schwedler und dann auch durch Hitler genehmigt wurde. Aus der Geschichte, aber auch aus seiner Tätigkeit im Reichswehr- und im Reichsluftfahrtministerium wußte Hoßbach zur Genüge von der großen Bedeutung, die das verfassungsrechtliche und organisatorische Verhältnis der obersten politischen und militärischen Gewalten für den Staat und die bewaffnete Macht hatte. So erklärte sich sein Wunsch, daß keinesfalls durch die Bildung „der Adjutantur der Wehrmacht beim Führer und Reichskanzler“ eine selbständige, nur dem Staatsoberhaupt unmittelbar nachgeordnete und verantwortliche, dem „verfassungsrechtlichen“ Reichswehrminister aber übergeordnete Dienststelle nach Art des königlich preußischen Militär-Kabinetts und des kaiserlich deutschen Marine-Kabinetts entstehen dürfe. Der Verfasser der Niederschrift vom 10. 11. 1937 war einerseits als Chef der Personalabteilung (GZ) dem Chef des Generalstabs des Heeres unterstellt und stellte andererseits als Adjutant der Wehrmacht das Verbindungs-

⁶ Brief Dr. Laternsers an Hoßbach vom 3. 6. 1946 (Materialien Hoßbach)

organ des Reichskriegsministers und des Oberbefehlshabers des Heeres beim Führer dar und war auch diesem unterstellt. So war er kein persönlicher, ständiger Adjutant im herkömmlichen Sinne.

Es fällt nicht schwer, die Glaubwürdigkeit des Verfassers der Quelle sowie seiner Aussagen zu ihrer Überlieferung zu prüfen. – Die kritischen Situationen des Zweiten Weltkrieges böten mannigfachen Anlaß, die Fähigkeit Hoßbachs zur unabhängigen Urteilsbildung sowie seine der Truppe zugute gekommenen selbständigen Entscheidungen ins helle Licht zu rücken und auf diese Weise einen Beitrag zur Beantwortung der Frage nach dem Verhalten der Generalität – die keineswegs als eine geschlossene Gruppe mißverstanden werden darf – unter den Bedingungen der militärischen Diktatur im Zweiten Weltkrieg zu leisten. Der feste Charakter des Mannes, auf den die Niederschrift vom 10. November 1937 zurückgeht, kann am Beispiel seiner Haltung während der Fritschkrise im Januar 1938 verdeutlicht werden, in der noch einmal – nach dem 30. Juni 1934 – die sachliche und psychologische Voraussetzung zu einer Auflehnung der Armee gegen die Diktatur Hitlers gegeben war. Die Krise selbst kann an dieser Stelle nicht geschildert werden, obwohl in ihr eine bedeutungsvolle Entwicklung seit 1933 und besonders seit 1934 einen verhängnisvollen Abschluß gefunden hat⁷. Wenn meines Erachtens für den Januar 1938 eine günstige psychologische Voraussetzung für eine Auflehnung angenommen werden kann, so soll damit auf einen besonderen Sachverhalt hingewiesen werden: Fritsch verfügte anders als der in die Politik verstrickte Schleicher über Autorität und Vertrauen in der Truppe. Die ausgebliebene Reaktion auf die Ermordung General Schleichers soll nicht etwa im Zusammenhang der Stellung der Streitkräfte im Dritten Reich bagatellisiert werden. Das Mißtrauen gegen Schleicher und die Erinnerung an seine politischen Manipulationen – einerlei ob begründet oder nicht begründet – gehörte nun einmal zu den psychologischen Faktoren, die am 30. Juni 1934 für die Erklärung, nicht für die Rechtfertigung der Haltung breiter Kreise des höheren Offizierskorps in Rechnung gestellt werden müssen. Es kommt aber im Gange dieser quellenkritischen Untersuchung auf das Verhalten Hoßbachs während der Fritschkrise an, damit das Urteil über den Schreiber der Niederschrift wie über die Träger und Zeugen ihrer Überlieferung so gut wie nur möglich begründet wird.

Am 25. Januar 1938 erfuhr Hoßbach erstmals durch Hitler von den Anschuldigungen gegen den Generalobersten Fritsch. Allen Versuchen Hitlers zum Trotz ließ er sich nicht von der Schuld des Oberbefehlshabers des Heeres überzeugen. Er weigerte sich gegenüber dem Staatsoberhaupt und Obersten Befehlshaber in aller Offenheit, sein striktes, wiederholt unter Androhung von schwersten Folgen erteiltes Verbot zu befolgen, den Generalobersten von den homosexuellen Beschuldigungen in Kenntnis zu setzen. Im Konflikt zwischen dem Befehl Hitlers, dem er seit

⁷ Vgl. dazu: Johann Adolf Graf Kielmansegg, *Der Fritschprozeß 1938, Ablauf und Hintergründe*, Hamburg 1949, und Hermann Foertsch, *Schuld und Verhängnis, Die Fritschkrise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit*, Stuttgart 1951.

seinem Dienstantritt loyal zu dienen durchaus gewillt war, und seinem Gewissen, entschied er sich in echt verstandener soldatischer Tradition für sein Gewissen. Er stellte seine Gewissenspflicht über die des Gehorsams. In den Jahren des Unrechts unter der Diktatur können moralische Standhaftigkeit oder gar Ungehorsam einen Rang gewinnen, welcher dem des aktiven Widerstandes nahe kommt. Dem Verfasser ist keine Situation bekannt, in der vor dem Zweiten Weltkriege ein Offizier des Heeres Hitler gegenüber ähnlich in aller Offenheit und Form ungehorsam geworden ist. Der Komplex des Widerstandes im Bereiche des Militärischen bedarf einer noch mehr differenzierenden Darstellung, als es bisher in Forschung und Literatur geschehen ist. Er darf nicht allein unter dem Eindruck des spektakulären Ereignisses des 20. Juli 1944 gewertet werden, eine Feststellung, die den Respekt und die Bewunderung vor denen, die die Tat gewagt haben, nicht etwa herabsetzt. Es gibt Anzeichen dafür, daß Hoßbach annahm und hoffte, der von ihm verehrte Oberbefehlshaber werde auf die ungeheuren Beschuldigungen und die ihm widerfahrende Behandlung anders reagieren, als er nach persönlicher Veranlagung, Erziehung und Überlieferung letztlich reagieren konnte. Fritschs Integrität in der Geschichte der Streitkräfte vor dem Zweiten Weltkriege bleibt gleichwohl unantastbar, auch wenn er am irrenden Urteil seiner militärischen und bürgerlichen Welt vor 1933 seinen Anteil hatte. Indem er das ihm gewissermaßen routinemäßig verliehene Goldene Parteiabzeichen an die NSDAP zurückschickte, wollte er zum Ausdruck bringen, „daß er eine Beziehung zwischen sich und der Partei ablehnte“⁸. Diese Gesinnung bezeugt auch sein Brief an Hoßbach v. 7. 10. 1938: „Becks Abschied ist mir sehr nahe gegangen. Aber es gehört zum heutigen System, daß ein so charaktervoller Offizier nicht erträglich ist.“⁹ Seine Passivität hat ihn jedoch daran gehindert, den Rang historischer Größe zu gewinnen.

2. Die nächste Frage bezieht sich auf die Entstehung der Niederschrift. Hoßbach hat kein Protokoll geführt. Er hat im Laufe der nächsten Tage aus eigenem Entschluß aufgrund von stichwortartigen Notizen die Niederschrift angefertigt. Es ist eine vergebliche Mühe, Widersprüche zu konstruieren, indem man darauf hinweist, Hoßbach habe einmal festgestellt, er habe die Ausführungen Hitlers nur aus dem Gedächtnis – und ein anderes Mal – er habe sie aufgrund von Notizen niedergeschrieben¹⁰. Es ist selbstverständlich, daß sich die Wiedergabe von Rede und Diskussion auf mindestens stichwortartige Notizen stützt, die nicht – wie gelegentlich behauptet – heimlich, sondern im Gegenteil offen, d. h. vor den Augen aller Sitzungsteilnehmer, gemacht wurden. Hoßbach saß an einem Tisch Hitler gegenüber. Es ist ferner leicht zu erklären, daß seine Niederschrift mehr die Ausführungen Hitlers als den Gang der anschließenden Diskussion berücksichtigt.

3. Die dritte Frage: Wer hat von dieser Niederschrift Kenntnis genommen? Hit-

⁸ Brief Hoßbachs an Dr. Laternser vom 30. 6. 1946 (Materialien Hoßbach)

⁹ Brief Fritschs an Hoßbach vom 7. 10. 1938 (ebd.)

¹⁰ Mehr oder weniger polemisch und unsachlich wird von den in Anmerkung 3 genannten Autoren versucht, mit Hilfe solcher Konstruktionen die Echtheit des Dokumentes und seinen Quellenwert anzuzweifeln.

ler schlug mehrere Male Hoßbachs Bitte aus, die Niederschrift durchzulesen und durch seine Unterschrift zu bestätigen. Blomberg gab durch Keitel der Meinung Ausdruck, daß die Niederschrift den Inhalt der Ausführungen ausgezeichnet wiedergebe. Auch Göring hat in Nürnberg den Hauptinhalt des Dokuments nicht in Zweifel gezogen, wenn er auch gleichzeitig versucht hat, den Inhalt zu bagatellisieren. Aus den nachgelassenen Papieren des Chefs des Generalstabs, Generalobersten Beck, dem Hoßbach seine Niederschrift vom 10. 11. 37 zur Einsichtnahme übergeben hatte, wissen wir, daß die Ausführungen Hitlers in ihrer Mischung von Dilettantismus und Leichtsinn einen „niederschmetternden Eindruck“ auf ihn gemacht hatten¹¹. Becks schriftliche Stellungnahme v. 12. November¹² hat eine doppelte Bedeutung: Sie wiederholt kritisch kommentierend den Inhalt der Niederschrift v. 10. November, so wie sie uns überliefert ist, und beweist deshalb die Echtheit der überlieferten Hoßbach-Niederschrift. Ferner vermittelt sie einen intimen Einblick in die Gedankenwelt des Generalstabschefs in einem Augenblick, als der Friede durch Hitler in Frage gestellt wurde.

Der Soldat, der alle Möglichkeiten zukünftiger Kriegsführung durchzudenken hat, denkt und argumentiert, in direktem Gegensatz zu Hitler, politisch und historisch. Er geht von dem Sachverhalt aus, daß England, Frankreich und Deutschland in Europa zusammenleben und bekennt sich zu der Auffassung, daß es notwendig sei, „... alle Möglichkeiten, sich zu arrangieren, zu erschöpfen, zumal angesichts des gegenseitigen Stärkeverhältnisses“. Er bleibt immun gegen Hitlers Geschichtsbild, indem er feststellt: „Die gesamten historischen Parallelen sind anfechtbar.“ Becks Stellungnahme läßt den tiefen Gegensatz zwischen militärischer und politischer Führung in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges eindrucksvoll erkennen, aber ich bescheide mich mit der Beantwortung von Fragen nach Echtheit und Überlieferung des sog. „Schlüsseldokuments“ der Hoßbach-Niederschrift. Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges war eine Situation entstanden, in der der Chef des Generalstabs in den Überlieferungen des europäischen Staatensystems dachte und plante, während die Lebensraumtheorie Hitlers dieses geschichtlich bedingte militärisch-politische Denken verwarf und eine Außenpolitik mit dem Ziel einer gewaltsamen Umgestaltung Europas einleitete.

4. Die vierte Frage gilt der Überlieferung des Dokumentes: Die Niederschrift blieb mit Einverständnis Hitlers endgültig im Besitze des Reichskriegsministers. Im November 1943 wurde Oberst Graf Kirchbach von der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Generalstabs unter Generalmajor Scherff beauftragt, die „aktenmäßige Hinterlassenschaft des Oberbefehlshabers des Heeres zu sichten“¹³. Er ließ damals heimlich eine Abschrift von dem handschriftlichen Original Hoßbachs anfertigen, während er das Original bei den Akten des damals in Liegnitz befindlichen Archivs

¹¹ Wolfgang Foerster, Generaloberst Ludwig Beck, Sein Kampf gegen den Krieg, München 1953, S. 69 ff.

¹² Ebd. S. 80 ff. Darüber hinaus liegt dem Verf. eine Fotokopie einer ungekürzten Schreibmaschinenabschrift dieser Stellungnahme vor.

¹³ Brief Kirchbachs an Hoßbach vom 16. 11. 1943 (Materialien Hoßbach)

des OKW beließ. Im Januar 1944 übergab Kirchbach diese Abschrift seinem Schwager Viktor v. Martin zur sicheren Verwahrung. Im Herbst 1945 übergab Martin die Abschrift der englischen Militärregierung¹⁴.

Am 13., 14. und am 15. März 1946 wurde Hoßbach von drei amerikanischen Angehörigen des Nürnberger Militärgerichts über Echtheit und Inhalt jener Niederschrift vernommen¹⁵, die das Datum des 10. November 1937 trägt. Ihm wurde eine Photokopie der vorhin erwähnten Abschrift seiner Niederschrift vorgelegt. So befand er sich „plötzlich der schwierigen Situation gegenüber, eidesstattliche Aussagen zu einem Vorgang zu machen, der mehr als acht Jahre zurücklag“¹⁶ und der von den schweren Erlebnissen des Krieges und der Niederlage überdeckt worden war. Seine gewissenhaft überlegte und formulierte eidesstattliche Erklärung vom 15. 3. 1946¹⁷ entsprach „seinem damaligen und unerwartet beanspruchten Erinnerungsvermögen“. Er konnte zu jenem Zeitpunkt übrigens noch nicht die Veröffentlichung der Abschrift der Niederschrift in der Zeitschrift „Die Wandlung“¹⁸ kennen. Die Vernehmung durch die Amerikaner verlängerte sich, da Hoßbach an der ersten Fassung des Vernehmungsprotokolls eine Reihe von Ausstellungen machte, denen die Amerikaner entsprachen, so daß ein zweites Protokoll angefertigt werden mußte. Die Erwähnung dieses Details soll dazu dienen, die sachliche Atmosphäre der Vernehmung und die ernste Prüfung, auf der Hoßbach bestand, zu kennzeichnen.

So stelle ich zusammenfassend fest, daß Hoßbach – 1946 – begreiflicherweise nicht in der Lage war, sich an Einzelheiten zu erinnern, daß er auch nicht mit Sicherheit sagen konnte, ob es sich bei der Photokopie um eine genaue, wörtliche Wiedergabe seiner Niederschrift handele, daß er aber erklärte, – und das ist entscheidend – „er müsse nach Inhalt, Abfassung und Stil in summa eine Wiedergabe seiner eigenen Niederschrift als vorliegend annehmen“¹⁹.

5. Die fünfte Frage betrifft die Vermutungen, welche angebliche Kürzungen der Abschrift durch die Nürnberger Ankläger betreffen. Ich stelle fest, daß die an der Echtheit des uns vorliegenden Dokumentes geäußerten Zweifel erst zu einem späteren Zeitpunkt der deutschen Nachkriegsentwicklung geäußert wurden. Als das Dokument erstmals nach 1945 bekannt wurde, wurden sie von Kirchbach, der die Abschrift 1943 angefertigt hatte, nicht erhoben. Diese Zweifel aber haben die historische Relevanz der Hoßbach-Niederschrift nicht nur in solchen wissenschaftlichen Kreisen, die bemüht sind, „forschend zu verstehen“ (Droysen), in Frage gestellt, sondern sie sind vor allem einer böswilligen und grobschlächtigen Legendenbildung über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges zugute gekommen. Die Legende

¹⁴ Dieser Sachverhalt wird bezeugt in einer „Erklärung“ des Oberst a.D. Kirchbach vom 11. 10. 1949 (ebd.).

¹⁵ Die Vernehmungsprotokolle befinden sich unter den Materialien Hoßbach.

¹⁶ Dieses Zitat ist einer maschinenschriftlichen Aufzeichnung, welche Hoßbach im Februar 1964 für den Verf. anfertigte, entnommen.

¹⁷ Eidesstattliche Erklärung vom 15. 3. 1946 (ebd.) abgedruckt: IMT.

¹⁸ „Die Wandlung“, I. Jg., 1945/46, Heft 4, Seite 354.

¹⁹ Eidesstattliche Erklärung vom 15. 3. 1946, a. a. O.

nistet sich in jede Lücke ein, welche die historische Kritik nicht schließen kann. Als Graf Kirchbach nach dem Kriege Abschriften der Hoßbachschen Korrespondenz – vornehmlich aus den Kriegsjahren – anfertigte und bei dieser Gelegenheit seinen eigenen Brief vom 16. 11. 1943 wiederfand, versah er ihn mit der „Anmerkung“: „Es handelt sich bei den erwähnten Dokumenten einmal um die ganzen Akten des Prozesses Fritsch vom Frühjahr 1938, die leider bis jetzt noch nicht wiedergefunden sind, zum andern um das sogenannte ‚Hoßbach-Protokoll‘ vom November 1937, von dem der Briefschreiber damals eine Abschrift heimlich anfertigte, die später als einziges Exemplar im Nürnberger Prozeß eine Rolle spielen sollte.“²⁰ Diese Anmerkung wurde zwischen dem 24. November 1947 und 24. Februar 1948 niedergeschrieben und enthält keinen Hinweis auf Streichungen oder Kürzungen durch die Nürnberger Anklagevertretung. Diese These ist auch nicht in einer sogenannten „Erklärung“ enthalten, die Graf Kirchbach dem General Hoßbach auf dessen Wunsch am 11. Oktober 1946 gab. Der Verfasser gibt in dieser Erklärung auch das Motiv für seine Anfertigung der Abschrift an, indem er nämlich schreibt: „Ich sagte mir, wenn ich die Wichtigkeit dieses Dokumentes meinem Vorgesetzten melde, wird es aller Wahrscheinlichkeit nach vernichtet werden. Dies wollte ich auf alle Fälle verhindern, um diesen Beweis der Schuld Hitlers um der historischen Wahrheit willen zu erhalten.“²¹

Erst nachdem mehr als sieben Jahre seit der Anfertigung der Abschrift im Jahre 1943 verstrichen waren, erinnerte sich Kirchbach daran oder glaubte, sich erinnern zu können, „daß das Original der Niederschrift nicht unwesentlich länger und eingehender war, als der Abdruck in der ‚Wandlung‘, welcher letzterer wieder mit der Abschrift übereinstimme“, die General Hoßbach von den Amerikanern erhalten habe, und er zieht daraus den Schluß, „daß von Seiten der Nürnberger Anklagevertretung Streichungen vorgenommen worden seien.“²²

Diese Behauptung wurde also erstmals im Jahre 1951 von dem Manne erhoben, dem in der Überlieferung der Hoßbach-Niederschrift vom 10. 11. 1957 eine zentrale Bedeutung zukommt. Die Aussagen der Beteiligten zur Überlieferung und zur Echtheit des Hoßbach-Dokuments hängen sicherlich nicht nur mit der Abschwächung oder mit der Belebung der Erinnerung im Laufe der Jahre zusammen. Zeit-

²⁰ Marginalie zum Brief Kirchbachs an Hoßbach vom 16. 11. 1943 (Materialien Hoßbach).

²¹ „Erklärung“ des Grafen Kirchbach vom 11. 10. 1946 (Materialien Hoßbach).

²² Brief Kirchbachs an Hoßbach vom 28. 11. 1951 (Materialien Hoßbach). Vgl. auch Kirchbachs Brief an die Schriftleitung der Zeitschrift „Deutsche Opposition“ vom 3. 1. 1952, in der er ebenfalls behauptet, die Abschrift, welche das Nürnberger Gericht dem Gen. Hoßbach vorgelegt habe, sei wesentlich gekürzt gewesen.

Ernsthafte Historiker – die eine Kürzung der „Hoßbach-Niederschrift“ annehmen – sind der Ansicht, daß sich die Widersprüchlichkeiten in den Aussagen Kirchbachs aus der Situation nach 1945 erklären. Man argumentiert, in der Zeit nach der bedingungslosen Kapitulation habe er nicht den Mut gehabt, die volle Wahrheit zu sagen, d. h. Kürzungen der Niederschrift festzustellen. Es sei begreiflich, daß er sich erst später dazu in der Lage gefühlt habe. Eine solche Argumentation vermag jedoch nicht zu überzeugen, zumal Kirchbachs Aussagen aus der ersten Nachkriegszeit ganz privaten Charakter getragen haben und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren.

geschichtliche und auch ganz persönliche Erfahrungen haben am Wechsel solcher Aussagen einen nicht unbedeutenden Anteil. Es ist nicht belanglos, daß die ersten Zweifel an der Vollständigkeit der Abschrift, an der Echtheit des überlieferten Dokuments, und die Behauptung einer angeblichen Fälschung in die Jahre 1951/1952 fallen – also in die Zeit nach der Erholung vom Schock der totalen Niederlage. Die Zeitgenossen verfügten über die Erfahrung des Nürnberger Prozesses, in dessen Verlaufe sich herausgestellt hatte, daß die Hoßbach-Niederschrift der wenn auch noch so problematischen Beweisführung der Anklage mehr als derjenigen der Verteidigung gedient hatte.

Fragt man schließlich nach den Motiven der Auslieferung der Abschrift an die Engländer im Oktober 1945 durch Kirchbachs Schwager, Viktor von Martin, so ist kaum eine eindeutige Antwort zu finden, und keine Antwort kann vollkommen befriedigen. Diese Auslieferung erfolgte ohne Wissen Hoßbachs und Kirchbachs. Das Bedürfnis, Hitlers Aggressionspläne aus dem Jahre 1937 der Nachwelt und – Herbst 1945 – auch dem Internationalen Gerichtshof – gleichsam aktenmäßig zu überliefern, hat sich mit dem Wunsch verbunden, den Reichsaußenminister und die führenden Militärs zu entlasten. Martins Behauptung, der massive Widerspruch eines Teils der Sitzungsteilnehmer sei nicht hinreichend berücksichtigt oder sogar in der Kirchbachschen Abschrift durch die Anklagevertretung gekürzt bzw. gestrichen oder sogar gefälscht worden²³, kann indes nicht überzeugen. Eine solche Behauptung wirkt einigermaßen befremdend, da nämlich der Widerspruch in der Abschrift der Niederschrift, so wie sie von Hoßbach 1946 nach sorgfältiger Prüfung anerkannt worden ist, durchaus nicht fehlt. Dieser Sachverhalt kann auch nicht durch Hoßbachs Bedauern, die Einwände gegen Hitler nicht ausführlicher festgehalten zu haben, abgeschwächt werden. (Es wurde schon erwähnt, daß die Niederschrift vornehmlich die Ausführungen Hitlers wiedergeben sollte.) Es fällt ferner schwer, Martins Angabe aus den ersten fünfziger Jahren unkritisch zu akzeptieren, er sei in der Lage, die angeblichen Auslassungen aus dem Gedächtnis zu rekonstruieren²⁴.

Es ist ferner nicht zulässig, ja es läßt „einen beträchtlichen Mangel an Urteil und Bildung auf dem Gebiet der Obersten Kriegführung“ (Hoßbach) erkennen, wenn man – wie es Graf Kirchbach getan hat²⁵ – argumentiert, durch die „Kürzung“ seien die politischen und militärischen Einwände „bagatellisiert“ und „entwertet“ worden. Der massive, militärisch und politisch begründete Einwand Neuraths, Blombergs und Fritschs kann in dem uns bekannten Dokument kaum als eine „Bagatelle“ interpretiert werden.

Schließlich darf die Frage nach den Motiven, die bei der Aushändigung des Dokuments mitgespielt haben, die menschliche Not nach 1945 nicht unberücksichtigt

²³ Briefe Viktor von Martins an das Institut für Zeitgeschichte, München, vom Januar 1954. (Diese Dokumente wurden dem Verf. vom Inst. f. Zeitg. freundlicherweise zur Verfügung gestellt.)

²⁴ Undatierte „Erklärung 2 (Entwurf)“ zum o. a. Schreiben Martins an das IfZ.

²⁵ Brief Kirchbachs an die Schriftleitung der „Deutschen Opposition“ vom 3. 1. 1952.

lassen: Graf Kirchbach sprach während eines seiner Besuche bei General Hoßbach in Göttingen – wahrscheinlich im August 1946 – von den Bemühungen seines Schwagers Martin, durch Überlassung des Dokuments, ihm, nämlich Kirchbach, das Los als Kriegsgefangener zu erleichtern.

Wenn man die Äußerungen der Männer, die an der Überlieferung des Dokuments beteiligt sind, abwägt, so stellt man leicht einen sehr bedeutsamen Unterschied fest: Die Bekundungen der beiden Persönlichkeiten, die für die Abschrift des Originals, für die Aufbewahrung und schließlich für die Veröffentlichung dieser Abschrift verantwortlich sind, schwanken und unterliegen im Laufe der Jahre bestimmten Veränderungen. An den Äußerungen und Zeugnissen Hoßbachs, der am Anfang der Überlieferung des Vorgangs vom 5. November 1937 steht, lassen sich solche Schwankungen dagegen nicht beobachten. Er hat sich zu keinem Zeitpunkt veranlaßt gesehen, seine im März 1946 ausgesprochene Anerkennung der Fotokopie der Abschrift der ursprünglichen Niederschrift vom 10. November 1937 zu revidieren. – Der Gang der bisherigen Untersuchung soll indes nicht mißverstanden werden: Kirchbach und Martin wollten durch ihre Erklärungen niemals die Kriegspolitik Hitlers in Frage stellen, sondern im Gegenteil. Ihre nachträglichen Behauptungen angeblicher Kürzungen, d. h. Fälschungen, sind indes geeignet, die historische Relevanz des Dokuments zu erschüttern und auf solche Weise eine von ihnen durchaus nicht gewollte Legendenbildung in Kreisen zu nähren, mit denen sie selbst nichts zu tun haben.

Die Zuverlässigkeit der Niederschrift wie auch der Abschrift mag schließlich noch mit Hilfe der inneren Kritik erhärtet werden: Aufgrund der Niederschrift vom 10. November wurde durch den Reichskriegsminister v. Blomberg Hitler ein von Jodl bearbeiteter „1. Nachtrag vom 7. 12. 1937 zur Weisung für die einheitliche Kriegführung der Wehrmacht vom 24. 6. 1937“ vorgetragen und gebilligt. Diese Neufassung betraf vor allem den sogenannten „Fall Grün“, den Aufmarschplan gegen die Tschechoslowakei. Wenn dieser Aufmarschplan bisher im Rahmen einer defensiv verstandenen Kriegführung zu den selbstverständlichen Aufgaben der Generalstabsarbeit gehört hatte, so wurde er jetzt in den Mittelpunkt gestellt und verlor seinen defensiven Charakter. Schließlich bestätigt Jodls Tagebucheintragung vom 13. 12. 1937 die Bedeutung der Besprechung vom 5. 12. für die Neufassung des Aufmarschplans gegen die Tschechoslowakei²⁶. Persönlichkeiten und Beobachter der Zeitgeschichte haben gelegentlich mit Erstaunen und Verwunderung festgestellt, daß ein für die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges doch so bedeutendes Dokument wie die Niederschrift vom November 1937 weder dem Nachfolger Fritzsche, Generaloberst Brauchitsch, noch Halder, dem Nachfolger Beck, vorgelegt worden sei²⁷. Ein solches Erstaunen wirkt auf denjenigen befremdlich, der sich im Gang von Geschichten, aus denen – nach einem Worte Droysens – Geschichte wird,

²⁶ IMT, Band XXVIII, Seite 556, PS 1780.

²⁷ Vgl. Peter Bor, Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950, Seite 113. Dazu auch: F. Hoßbach, Verantwortlichkeit der Generalstabsoffiziere in der deutschen Armee, in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift 118 (1952), Nr. 3.

einigermaßen auskennt. Wenige Hinweise genügen: Österreich wurde im März 1938 besetzt; die Vorbereitungen gegen die Tschechoslowakei liefen im Sommer 1938 an, während Beck noch im Amt war. Hätte Beck seinen künftigen Nachfolger noch auf die „Hoßbach-Niederschrift“ vom 10. 11. 1937 aufmerksam machen sollen, die sicherlich historische Bedeutung hatte, aber durch den Gang der Ereignisse überholt war – ganz abgesehen davon, daß Halder die Bedenken und Ansichten Becks in der täglichen Zusammenarbeit erfuhr?

So darf ich zusammenfassend feststellen, daß Echtheit und Überlieferung des Hoßbach-Dokuments aufgrund der vorliegenden Quellen nicht bestritten werden können. Der letzte Beweis, ob die nachträglich und aus der Erinnerung erhobenen Einwände begründet sind, ließe sich allerdings erst dann führen, wenn die von Hoßbach angefertigte Original-Niederschrift vom 10. 11. 1937 aus der Flut der Quellen einmal wieder auftauchte und zum Vergleich mit dem uns vorliegenden Dokument zur Verfügung stünde.

Abschließend können nur noch ganz knappe Bemerkungen über die Bedeutung jener Führerbesprechung vom 5. November gemacht werden. Hitlers Absicht, die deutsche Raumfrage – wie er es nannte – durch Gewalt zu lösen, fand an diesem Tage keine Zustimmung. Bis auf Göring haben die militärischen Berater Hitlers sowie der Reichsaußenminister den Ausführungen entschieden widersprochen. Sie haben nicht an die Möglichkeit einer isolierten Aktion geglaubt, sondern sicher mit dem Kriegseintritt Englands und Frankreichs gerechnet; die Weltkriegserinnerungen des deutschen Generalstabs waren so stark, daß die französische Armee bei ihm nach wie vor als die stärkste europäische Militärmacht galt. Nachdem sich diese Auffassung des Generalstabs 1940 als ein Irrtum herausgestellt hatte, wurde Hitler in seinem Überlegenheitsgefühl über die Fachleute erheblich gestärkt. Die militärische Führung schien in ihrer Lagebeurteilung für einen Augenblick zu irren, aber nach der Peripetie im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges wurden ihre Sorgen und Befürchtungen um so mehr bestätigt. In der Tat hatten gerade Fritsch, Beck und auch Blomberg im Gegensatz zu großen Teilen der damaligen öffentlichen Meinung die Lehren aus dem Verlaufe des Ersten Weltkrieges gezogen. Der Sachverhalt des Widerspruchs, den die Militärs an diesem Tage geleistet haben, ist für die Beurteilung des Ablaufs der historischen Ereignisse besonders wichtig. An diesem Tage, an dem Hitler vor dem genannten Kreise erstmals – gleichsam amtlich – seine Pläne, den status quo in Mitteleuropa durch Gewalt zu verändern, bekanntgab, haben sich die Militärs durchaus „nicht als willenlos und gefügige Werkzeuge eines Diktators, sondern vielmehr als selbständige und verantwortliche Ratgeber verhalten“²⁸. Daß sich dieser Sachverhalt änderte, hat zur Beschleunigung unseres Untergangs beigetragen.

Die historische Bedeutung des 5. November 1937 ist schließlich darin zu erblicken, daß Hitler eindrücklicher noch als bisher erkannte, daß er mit Männern wie Beck

²⁸ Hoßbach in der unter Anm. 16 zitierten Aufzeichnung. In diesem Sinne auch F. Hoßbach, *Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934–1938*, 2., durchgesehene Auflage, Göttingen 1965, S. 169 ff. und S. 178 f.

und Fritsch keinen Krieg würde führen können. Von diesem Tage an bahnte sich ein unmittelbarer Weg zum 4. Februar des nächsten Jahres, an dem ein militärisches und diplomatisches Revirement großen Stils stattfand. Ich will mit dieser Feststellung keine Kausalität konstruieren, die im Ablauf jüngster Vergangenheit schwer nachweisbar ist²⁹, sondern nur den inneren Zusammenhang der Vorgänge erschließen. Hitler machte im Verlauf der November-Diskussion, in die einzugreifen er als militärischer Ignorant sich hütete, die Erfahrung, daß mit diesen Männern eine Politik des Lebensraumes nur schwer durchführbar sei. Das schon längst vorhandene Mißtrauen gegen die Heeresführung hatte sich am 5. November bestätigt. So trug die Erfahrung dieses Tages schließlich zu dem Entschluß bei, sich von ihnen zu trennen; an Stelle von Fritsch trat Brauchitsch, an Blombergs Stelle trat Hitler selbst, indem er sich – wohl auf Anregung Blombergs³⁰ – zum Oberbefehlshaber der Wehrmacht machte und damit die politischen und militärischen Funktionen des Staatsoberhauptes in seiner Person vereinigte.

Gewiß wurde am 5. November kein Plan geschmiedet oder als Grundlage gemeinsamen Denkens und Handelns aufgestellt, es fand keine Verschwörung statt, wie die Nürnberger Anklage unterstellt hat; denn es wurden ja überhaupt keine Entschlüsse gefaßt, nicht einmal Weisungen erteilt; man ging ohne jede Beschlußfassung auseinander. Und doch hat Hitler an diesem Tage jene Politik angekündigt, die in den Jahren 1938 und 1939, wenn auch unter ganz anderen Voraussetzungen und in anderer Abfolge zur Durchführung gelangte. Der 5. November 1937 wie der 4. Februar 1938 gehören zu den Schicksalstagen unserer jüngsten Geschichte.

Der Diktator konnte seine persönliche und maßlose Politik treiben, weil die Kommandostellen des Heeres in der Lage waren, die Auswirkungen einer dilettantischen obersten Befehlsgebung immer wieder, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, durch Improvisationen auszugleichen. Im Verlauf des Kriegs hat sich Hitlers Willkür über das Heer bekanntermaßen von Feldzug zu Feldzug und von Kriegsschauplatz zu Kriegsschauplatz gesteigert. Die Leistungsfähigkeit der Wehrmacht – sofern man die technische Qualität überhaupt frei von moralischen Maximen beurteilen kann – hat die Katastrophe bis 1945 wohl hinausgeschoben, aber sie hat sie nicht verhindern können. Wenn es 1939 – anders als 1914 – berechtigt ist, den Kriegswillen der deutschen Reichsführung, also Hitlers und Ribbentrops, festzustellen, so wird deren Kriegsschuld nicht geringer, wenn eine kritische Geschichtswissenschaft den hier nicht unternommenen Versuch macht, die Sonde in ältere und tiefere Schichten der allgemeinen Politik und der Gesellschaft zu führen und nicht bloß beim Verhalten von Einzelpersonlichkeiten zu verweilen.

²⁹ Vergleiche hierzu auch Helmut Krausnick, *Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler*, in: *Die Vollmacht des Gewissens*, 2. Aufl., München 1960, S. 282ff. und Gackenholtz, a. a. O., S. 460.

³⁰ Vgl. Friedr. Hoßbach, *Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934–1938*, Wolfenbüttel 1949, S. 131f.

Miszelle

LOTHAR GRUCHMANN

DAS URTEIL VON NÜRNBERG NACH 22 JAHREN

Am 1. Oktober 1946 ging in Nürnberg der „Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof“ mit der Urteilsverkündung zu Ende. Er wurde in einer Zeit geführt, in der das Denken und das Gewissen der Menschheit vom unmittelbaren Erleben des Unheils und der Leiden aufgewühlt war, die der totale Krieg verursacht hatte. Mit Abscheu und Empörung nahm damals die Welt von den Handlungen der nationalsozialistischen Führer Kenntnis, die zu einem guten Teil gerade durch das in Nürnberg vorgelegte Beweismaterial an die Öffentlichkeit gelangten. Das Nürnberger Urteil schien daher die faszinierende Antwort auf die Forderung zu sein, daß künftig diejenigen, die im Namen unpersönlicher Staatsautorität Angriffskriege entfesseln und Unmenschlichkeiten befehlen, als Individuen zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Nürnberg schien den Anstoß zu einer Weiterbildung des Völkerrechts in Richtung auf eine strafrechtliche Verantwortlichkeit internationaler Rechtsbrecher zu geben. Diese Hoffnung, die viele Menschen in den Prozeß setzten, wurde in den seither vergangenen zwei Jahrzehnten enttäuscht: Nürnberg war kein neuer Anfang, es blieb eine Episode in der Geschichte des Völkerrechts.

Das Urteil von Nürnberg hat einen moralischen und einen juristischen Aspekt. Angesichts der Ergebnisse, zu denen unterdessen die ernsthafte zeitgeschichtliche Forschung hinsichtlich der Verantwortung für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, für die Verfolgung und Tötung aus rassistischen und politischen Gründen, für die Germanisierungs- und „Flurbereinigungs“-Politik in den besetzten Ländern und ähnliche Verstöße gegen Kriegsrecht und Humanität gelangt ist, wird heute jeder Mensch guten Willens und normalen Verstandes die Verurteilung und Bestrafung der Hauptschuldigen in Nürnberg für moralisch gerechtfertigt und als einen Akt historischer Gerechtigkeit ansehen. Aber im Hinblick auf die Zukunft wird die Forderung nach Gerechtigkeit nicht allein dadurch erfüllt, daß Schuldige – vielleicht mehr oder weniger zufällig – eine angemessene Strafe auferlegt bekommen, sondern daß das Urteil von einem gesetzlich berufenen Gericht auf der Grundlage geltender Rechtssätze gefällt wird. Besonders die Todesstrafe ist nur auf der sicheren Grundlage geltenden Rechts tragbar, nicht auf der Grundlage rechtspolitischer Reformideen.

Unter dem juristischen Aspekt ist daher am Nürnberger Prozeß nicht ohne Grund Kritik geübt worden. Diese Kritik bedeutet weder eine politische oder moralische Rehabilitierung der Angeklagten, auf die hierzulande mancher Unbelehrbare warten mag, noch beabsichtigt sie, künftig „kapitalistischen Monopolherren und Revanchisten“ den Weg für neue Angriffskriege zu ebnen, wie ihr im anderen Teil Deutschlands unterstellt zu werden pflegt. Auch wird der Prozeß durch sie zu kei-

nem willkürlichen Racheakt, zu keinem bloßen Machtspruch der Sieger herabgewürdigt und damit etwa eine Forderung nach „Revision“ des Urteils angemeldet: Nach Ansicht sachverständiger Beobachter haben die in Nürnberg Angeklagten – bei aller Verbesserungsbedürftigkeit des Verfahrens im einzelnen – einen fairen und vom Streben nach Gerechtigkeit getragenen Prozeß gehabt, der mit den Verfahrenspraktiken vor dem nationalsozialistischen Volksgerichtshof auch nicht im entferntesten zu vergleichen ist. Die Kritik von seiten der Rechtswissenschaft gilt lediglich der Vorsorge für die Zukunft, sie gilt der Wirkung des Nürnberger „Präzedenzfalls“ auf die weitere Entwicklung im internationalen Bereich.

Kein anderer als Randolph Churchill, der Sohn des großen britischen Kriegspremiers, hat die Problematik des Prozesses eine Woche nach der Urteilsverkündung in der „Continental Daily Mail“ treffend umrissen: „Das Ergebnis des Nürnberger-Prozesses wird weitgehend deshalb gefeiert, weil es einen Präzedenzfall dazu darstellt, daß Politiker und militärische Führer, die sich künftig verschwören, einen Angriffskrieg zu unternehmen, bestraft werden. Das ist eine bewundernswürdige Idee. Aber man sollte nicht übersehen, daß der Hauptgrund dafür, daß sich die Nazi-Führer vor Gericht fanden, nicht darin bestand, daß sie Krieg führten, sondern darin, daß sie den Krieg verloren. Künftige Historiker werden daher wahrscheinlich berichten, daß die eigentliche Bedeutung von Nürnberg darin bestand, einen Präzedenzfall dafür zu schaffen, daß die Besiegten von den Siegern abgeurteilt und getötet werden. Ob das die Sache der Weltzivilisation wesentlich fördern wird, erscheint zweifelhaft.“

In der Tat wäre es als künftige Praxis im zwischenstaatlichen Bereich kaum zu begrüßen, wenn der Sieger grundsätzlich das Recht erhielte, die Führung des unterlegenen Staates durch ein Gericht des Siegerstaates auf Grund eines Ausnahmeverurteils abzuurteilen: denn von einem solchen Gericht kann nicht erwartet werden, daß es der Wahrheit und Gerechtigkeit mit solcher Ausschließlichkeit verhaftet ist, daß es gegebenenfalls die gegnerische Regierung freisprechen und damit indirekt die eigene Führung zum Aggressor erklären würde. Die Rechtsgrundlage, auf der die Gerichtsbarkeit und Zuständigkeit des Nürnberger Gerichtshofs beruhte, und die Rechtssätze, auf die er sein Urteil gründete, bergen daher die beiden Hauptmängel; bei ihnen liegen die völkerrechtlichen Probleme des Nürnberger Prozesses. Hier genügte dieser Prozeß jenen strengen rechtsstaatlichen Maßstäben nicht, die er selbst der Verurteilung der Angeklagten zugrunde legte.

Im Urteil wurde zwar behauptet, daß das „Statut für den Internationalen Militärgerichtshof“, das Bestandteil des Londoner Viermächte-Abkommens vom 8. August 1945 war und zugleich Gerichtsverfassung, Prozeßordnung und materielles Strafrecht darstellte, „Ausdruck des zur Zeit der Schaffung des Statuts bestehenden Völkerrechts; und insoweit . . . selbst ein Beitrag zum Völkerrecht“ sei. Doch auch wenn dem Londoner Abkommen später noch neunzehn weitere Staaten beitraten, kann dem Statut nicht der Rang „partikulären“ Völkerrechts zugesprochen werden, da ein internationaler Vertrag nur die Kontrahenten bindet, aber keine gerichtliche Strafkompentenz für Angehörige eines am Vertragsabschluß nicht beteiligten Staates

begründen kann. Das Nürnberger Militärtribunal ist daher kein internationaler Gerichtshof auf völkerrechtlicher Grundlage gewesen.

Selbst wenn man der im Urteil aufgestellten These folgt, daß den Alliierten in ihrer Eigenschaft als Besatzungsmächten bei der Ausarbeitung des Statuts auf Grund der *Occupatio bellica* die Hoheitsbefugnisse der deutschen Staatsgewalt zur Ausübung delegiert worden waren, wäre der Nürnberger Gerichtshof bestenfalls ein Besatzungsgericht gewesen und hätte dann entweder Besatzungsrecht, wie z.B. das Kontrollratsgesetz Nr. 10, oder die Normen des deutschen Strafrechts anwenden müssen. In diesem Falle hätte seine Autorität außer Zweifel gestanden. Vielleicht hätte für den Prozeß gegen die Führungsspitze des nationalsozialistischen Staates besser ein auch mit neutralen und deutschen Richtern besetzter Gerichtshof der Vereinten Nationen gebildet oder das Verfahren dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag übertragen werden sollen.

Auch waren die in Nürnberg angewendeten Rechtssätze zum Teil kein geltendes Völkerrecht und beschrieben unter anderem Straftatbestände, die erst nach begangener Tat durch das Londoner Statut geschaffen wurden, so vor allem den Tatbestand der Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges. Eine solche *Ex post facto*-Rechtsetzung verstößt jedoch gegen den fundamentalen Grundsatz der Gerechtigkeit in der Strafrechtspflege „*Nullum crimen sine lege, nulla poena sine lege*“, – gegen den Grundsatz, daß niemand auf Grund eines rückwirkenden Gesetzes verurteilt werden darf. Um zu beweisen, daß ein Angriffskrieg schon vor September 1939 ein internationales Verbrechen darstellte, wurde in Nürnberg vor allem der Briand-Kellog-Pakt vom 27. August 1928 – der sogenannte „Kriegsächtungspakt“ – ins Feld geführt, durch den sich fast alle Staaten der Welt verpflichteten, „daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten“. Doch dieser Vertrag sah keinerlei Straf- oder Zwangsmaßnahmen der Partner gegen denjenigen Staat vor, der den Pakt verletzte, geschweige denn, daß er eine strafrechtliche Haftbarkeit jener Staatsmänner ins Auge faßte, die für seine Verletzung verantwortlich waren. Die einzige Wirkung einer Vertragsverletzung war, daß die anderen Partner gegenüber dem verletzenden Staat von jeder Verpflichtung aus dem Briand-Kellog-Pakt befreit waren und der vertragsbrüchige Staat vor der öffentlichen Meinung der Welt als moralisch verurteilt stand. Weder beim Einfall der Japaner in die Mandschurei 1931, noch im Chaco-Konflikt 1934, noch im italienisch-abessinischen Krieg 1935/36, noch im japanisch-chinesischen Konflikt von 1937, noch beim sowjetisch-finnischen Krieg 1939/40 ist überhaupt nur ernsthaft daran gedacht worden, die am Ausbruch dieser Kriege Verantwortlichen strafgerichtlich zu verfolgen.

Die in Nürnberg vertretene Auffassung, die durchaus erstrebenswerte und für eine dauerhafte Friedensordnung notwendige Ziele verfolgt, eilt daher der politischen und völkerrechtlichen Realität in Richtung auf eine universale Rechtsordnung weit voraus. Zweifellos wären dabei die genannten juristischen Schwächen des Nürnberger Prozesses weniger gravierend, wenn er als Präzedenzfall das Völkerrecht

wirklich revolutioniert hätte, – wenn einmal „zu Unrecht“ gestraft worden wäre, damit es im nächsten Fall zu Recht geschehen könne. Bei der Fortbildung des Rechts muß oft der Absprung vom positiven Recht gewagt werden, um neuen Rechtssätzen den Weg von der einfachen Behauptung über die allgemeine Anerkennung bis hin zur Positivität zu erkämpfen. Auf dem Gebiet des Völkerrechts könnte deshalb durchaus mit jener primitiven Stufe angefangen werden, die auch das innerstaatliche Recht bei seiner Entwicklung durchschritten hat: auch hier war einst die Verfolgung des von der Gemeinschaft geächteten Rechtsbrechers noch nicht durch die staatliche Macht organisiert, sondern blieb den Geschädigten überlassen, während es den anderen Rechtsgenossen freistand, ihnen dabei Hilfe zu leisten.

Aber die weitgesteckten Ziele des Nürnberger Prozesses hinsichtlich einer zukünftigen Rechtsordnung mit einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Angreifers hatten schon bei der Einleitung des Verfahrens keine Aussicht auf Verwirklichung und sind in der Folge auch nicht erreicht worden. Die geschlossenen Systeme der nationalen Rechtsordnungen blieben unangetastet, die herkömmliche Struktur des (Staaten-)Völkerrechts wurde nicht geändert. Alle von den zuständigen Ausschüssen der Vereinten Nationen ausgearbeiteten Entwürfe eines Völkerstrafrechts blieben auf dem Weg zur Annahme durch die Generalversammlung stecken. Unterdessen sind vor den Augen der Weltöffentlichkeit auch seit 1946 Kriege vom Zaun gebrochen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt worden. In keinem dieser Kriege – auch nicht im Koreakrieg, in dem sich die Vereinten Nationen durch eine kollektive Abwehraktion gegen den Angreifer zur Wehr setzten – ist jedoch die strafrechtliche Verantwortlichkeit der beteiligten Regierungen gefordert worden. Jeder vernünftige Mensch würde es z.B. für Irrsinn halten, einen Friedensschluß im israelisch-arabischen oder im Vietnam-Krieg von vornherein durch die Forderung nach Auslieferung von „Kriegsverbrechern“ zu verhindern. Wie sollte auch die in Nürnberg geltend gemachte Strafkompentenz gegenüber Tätern durchgesetzt werden, die nicht einem völlig besiegten und besetzten Staat, sondern einem Staat mit intakter Militärmacht angehören? Soll deswegen – etwa gegen eine Großmacht – ein Krieg begonnen werden, nur um allseitig Gerechtigkeit zu üben? Selbst ein zurückgeschlagener Aggressor wird, wenn ihm Bestrafung droht, lieber sein eigenes Volk und die Umwelt in den Abgrund reißen, als den aussichtslosen Kampf aufgeben. In jedem Fall wäre der verursachte Schaden größer als der Nachteil der daraus erwächst, daß nicht alle Verbrecher gegen die Menschlichkeit verurteilt werden können. Noch ist die internationale Organisation nicht entwickelt genug, um einen derartigen Strafanspruch durchzusetzen.

Angesichts der gegenwärtig deutlich hervortretenden Unmöglichkeit, den Weg zu einer internationalen Rechtsordnung weiter voranzuschreiten, auf dem Nürnberg als eine wichtige Etappe angesehen wurde, kommt der moralischen Verpflichtung eine erhöhte Bedeutung zu, die den Anklägern aus dem Nürnberger Prozeß erwachsen ist und die der amerikanische Hauptankläger, Robert H. Jackson, mit folgenden Worten charakterisiert hat: „Wir dürfen niemals vergessen, daß nach dem gleichen Maß, mit dem wir die Angeklagten heute messen, auch wir morgen

von der Geschichte gemessen werden.“ Daß sich die leitenden Staatsmänner jener Nationen, die in Nürnberg im Namen der Menschheit als Ankläger auftraten, bei ihrem Handeln durch die in Nürnberg proklamierten Regeln gebunden fühlen mögen, ist die Hoffnung, die allein dem Nürnberger Urteil einen in die Zukunft weisendem historischen Sinn geben kann.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Wolfgang Benz, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, 8 München 27, Möhlstraße 26.

Dr. Walter Bußmann, ordentl. Professor f. Geschichte an der Universität München, 8 München-Soln, Hagenauer Straße 3.

Dr. Lothar Gruchmann, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, 8 München 27, Möhlstraße 26.

Reginald H. Phelps, Ph. D., Associate Dean, Harvard University, The Graduate School of Arts and Sciences, 75 Mt. Auburn St. (7th Floor), Cambridge, Mass. 02138, USA.

Dr. Hans-Wolfgang Strätz, Wiss. Assistent am Institut für Rechtsgeschichte u. Kirchenrecht der Ruhr-Universität Bochum, 463 Bochum, Hustadtring 75/18.

DokumentationHITLERS „GRUNDLEGENDE“ REDE ÜBER
DEN ANTISEMITISMUS

I

Bei der Erforschung der Anfänge des Nationalsozialismus – also der Zeit, in der Propaganda die Haupttätigkeit der kleinen Partei bildete und in der Hitler zuerst in Massenversammlungen vor einem größeren Publikum auftrat – ist man fast ausschließlich auf die ziemlich mageren Berichte des Polizei-Nachrichtendienstes (PND), des Reichswehrgruppenkommandos 4 und der Münchener Presse angewiesen, um einen Eindruck von Charakter und Wirkung dieser Propagandatätigkeit zu gewinnen¹. Nur in einem Fall liegt der vollständige Text einer Hitler-Rede aus dem ersten Jahr seiner Mitgliedschaft vor, ein Dokument von 35 Seiten in Maschinenschrift aus dem Hauptarchiv der NSDAP (jetzt im Bundesarchiv Koblenz). Es handelt sich um die Versammlung vom 13. August 1920 im Hofbräuhaus-Festsaal, die dem Thema „Warum sind wir Antisemiten?“ galt². Das war insofern ungewöhnlich, als damals die Redner der Partei zumeist allgemeine „nationale“ Probleme, wie die Auswirkungen des Versailler Vertrages, die Kriegsschuldfrage, „die Auswucherung des Volkes“ u.a.m. oder die Ziele der Partei, die Rolle des Arbeiters usw. behandelten und dabei in der Regel auch auf „die Juden“ zu sprechen kamen. Zwar hatte der Parteiredner R. J. Gorsleben im April in einer schwach besuchten Versammlung einen offenbar höchst langweiligen Vortrag über „Arier und Judentum“ gehalten; Hitler aber hatte die „Judenfrage“ im Jahre 1920 bisher nur zweimal ausdrücklich zum Hauptgegenstand einer Rede gemacht, nämlich in der Versammlung vom 27. April mit dem Thema „Politik und Judentum“ und am 31. Mai, als er im Referat „Das deutsche Volk, die Judenfrage und unsere Zukunft“ sogar manches schon vorweggenommen hatte, was am 13. August wieder vorgetragen wurde³. Anscheinend ist

¹ Für die Reichswehrberichte siehe Ernst Deuerlein, Hitlers Eintritt in die NSDAP und die Reichswehr, in dieser Zeitschrift 7 (1959), S. 177 ff.; für die PND-Berichte: R. H. Phelps, Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, ebenda 11 (1963), S. 274 ff.; die Presse: vor allem „Völkischen Beobachter“ (zit.: VB), „Münchener Neueste Nachrichten“ (zit.: MN) und „München-Augsburger Abendzeitung“ (zit.: MAAZ). Die bekannten Sammlungen von Hitlers Reden enthalten keine Texte aus der Zeit vor 1922: Adolf Hitler, sein Leben und seine Reden, hrsg. von A.-V. von Koerber, München o. D. (1925?), später mit Änderungen und Zusätzen als Adolf Hitlers Reden, hrsg. von Dr. Ernst Boepfle, München 1933; N. H. Baynes, The Speeches of Adolf Hitler, London 1942; Max Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, Neustadt a. d. Aisch 1962 f.

² Stück 62, Hauptarchiv der NSDAP (zit.: HA), Fotokopie im Archiv des Instituts f. Zeitgeschichte, Sign. F. 88. Verzeichnisse der NSDAP-Versammlungen 1920 bei Deuerlein, a. a. O., S. 188 f. und (sehr unvollständig) Stück 81, HA. Siehe auch Hitler, Mein Kampf, München 1925 (zit. nach der 1. Auflage der kart. Ausgabe 1932), S. 518 ff.

³ Gorslebens Rede: PND-Bericht vom 6. 4. 20 im HA; Hitlers Rede vom 27. 4.: PND-Bericht bei Phelps, a. a. O., S. 299 ff.; Hitlers Rede vom 31. 5.: VB Nr. 63 vom 5. Juni 1920 (siehe unten).

nun die August-Rede als grundlegende Stellungnahme des wirkungsvollsten Redners der Bewegung zur Frage des Antisemitismus gedacht gewesen und wohl deshalb besonders sorgfältig vorbereitet und festgehalten worden. Vielleicht war es der damalige Erste Schriftführer der Partei, Ferdinand von Wiegand, der die Herstellung des Manuskripts bewirkte; jedenfalls finden wir in der Akte Wiegand im Hauptarchiv der NSDAP auch eine kürzere Niederschrift über eine Versammlung aus dem Jahre 1920, die am 6. Februar mit Dietrich Eckart als Referent stattfand⁴. Dieses Dokument ist aber ausdrücklich als „freie Niederschrift ohne Konzept“ bezeichnet und umfaßt nur sieben Seiten, während der vorliegende Text der Rede vom 13. August anscheinend mitstenographiert wurde und viele handschriftliche Verbesserungen zeigt, die nach der Handschrift zu urteilen von Hitler selbst stammen.

Wir wollen nunmehr die Umstände näher betrachten, unter denen diese Rede entstanden ist. Wer war damals Adolf Hitler, was tat die NSDAP, wie sahen die Münchener, die in die Massenversammlungen hineinströmten, die großen Weltbegebenheiten und die kleine Welt Münchens, welche Kräfte wirkten von außen auf Hitler und die Partei ein, wie spiegelte sich das alles in der Rede?

Keine Frage, daß der junge „Werbeobmann“ schon als begabtester Propagandist der Partei angesehen wurde. Gewiß darf nicht alles, was sich in „Mein Kampf“ über seine Rolle 1920 findet, als reine Wahrheit hingenommen werden, doch trifft seine Schilderung in den großen Zügen zu: das unermüdliche Trommeln, die schreiend roten Plakate, die wachsende Erregung, die erstaunlichen Erfolge des Redners, der noch im Februar so unbedeutend gewesen war, daß er bei der Versammlung vom 24. Februar, in der er die 25 Punkte des Parteiprogramms zum ersten Mal vortrug, nicht einmal als Mitredner angekündigt wurde und sein Name im Versammlungsbericht des „Völkischen Beobachters“ fast nur nebenbei erwähnt wurde⁵. „Führer“ war er noch nicht – der Parteigründer Anton Drexler blieb Erster Vorsitzender der Partei und leitete in dieser Eigenschaft auch die Versammlung vom 13. August – kein Zweifel aber, daß die Zauberkünste des Volksredners Hitler den wachsenden Erfolg der Partei verursachten. Nicht immer war der Bürgerbräu- oder der große Hofbräuhaus-Festsaal voll besetzt, wenn er sprach, doch war die Besucherzahl bei seinen Reden gewöhnlich größer als bei anderen NSDAP-Versammlungen – sie schwankte zwischen 1200 und 2500 – und die Presse berichtete des öfteren bei seinen Reden von überfüllten Sälen⁶. Häufig lieferten der PND und die Berichterstatter des Gruppenkommandos 4 ganz „unneutral“ begeisterte Darstellungen der Versammlungen. Der Völkische Beobachter, zwar entschieden sympathisierend, aber noch nicht Parteiorgan, brachte enthusiastische Schilderungen, und in den großen

⁴ HA, Stück 111, Nr. 5.

⁵ Hitler, *Mein Kampf*, S. 518 ff., 530 f., 541 f., 557; Phelps, *Hitler and the Deutsche Arbeiterpartei*, in: *American Historical Review* 68 (1963), S. 983–986. Der Text des Plakats für die Versammlung vom 13. August mit der polizeilichen Genehmigung vom 12. befindet sich im HA, St. 81; das Plakat ist in E. Schockel, *Das politische Plakat, Eine psychologische Betrachtung*, 2. Aufl., München 1939, S. 127 abgebildet.

⁶ Besucherzahlen in den PND-Berichten bei Phelps, *Hitler als Parteiredner*, a. a. O., S. 289 ff.

„bürgerlichen“ Blättern, Münchner Neueste Nachrichten und München-Augsburger Abendzeitung, erschienen namentlich dann Berichte, wenn Hitler der Hauptredner war. Auch andere Münchener Tageszeitungen brachten gelegentlich Berichte, die außer denen in der sozialdemokratischen „Münchener Post“ – die weiter links stehenden Blätter „Neue Zeitung“ und „Der Kampf“ besprachen die Hitlerversammlungen selten oder gar nicht – die Kundgebungen der NSDAP neutral und manchmal wohlwollend beurteilten.

Im Bayerischen Landtag wurde im Mai und wieder Ende Juli der Antisemitismus im Zusammenhang mit der Ausweisung „lästiger Ausländer“ erörtert; dabei wurde auf den VB und auf die „bodenlose Aufpeitschung der niedersten antisemitischen Instinkte“ während des Wahlkampfes im Mai und Juni hingewiesen, seltsamerweise aber die NSDAP in den Debatten nicht erwähnt⁷.

Konkurrenz gab es natürlich viel. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund hielt Versammlungen mit scharfer antisemitischer Spitze ab, die ebenfalls stark besucht waren. Die Deutsche Sozialistische Partei, keuchend an die Fersen der Nebenbuhlerin NSDAP geheftet, versuchte in München vergebens die Massen mit weniger extremen Propagandamitteln zu gewinnen. Doch hatte sie in anderen Teilen des Reiches eine stärkere Anhängerschaft, so daß ihre Führer in diesem Sommer noch daran denken konnten, Anspruch auf Teilung der „Macht“ mit der NSDAP zu erheben⁸.

Der Hochsommer 1920 war auch der Zeitpunkt, in dem eine Neuordnung der extremen Rechtsgruppen in Deutschland, Österreich und Böhmen angestrebt wurde. Dem Selbstgefühl Hitlers paßte es freilich nicht, in „Mein Kampf“ auch nur den kleinsten Hinweis auf die Deutsche Arbeiterpartei der Vorkriegszeit in Böhmen und auf die Querverbindungen mit Österreich nach dem Kriege zu machen. 1920 aber war ein Zusammengehen mit den älteren Gruppen für die Münchener NSDAP noch vorteilhaft. Man darf dabei nicht vergessen, daß die österreichische DAP sich schon im Mai 1918 in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ umbenannt hatte und daß seit März 1920 Verhandlungen über einen „Anschluß“ der Österreicher an die Münchener im Gange waren, die sich gerade ebenfalls in „NSDAP“ umtaufen⁹. Die Namensfrage spielt übrigens in der vorliegenden Hitler-Rede vom 13. August eine Rolle.

Die Einigungsverhandlungen sollten auf dem großen zwischenstaatlichen nationalsozialistischen Vertretertag in Salzburg am 7.–8. August ihren Abschluß finden. Vorangegangen war ein Parteitag der Deutschen Sozialistischen Partei (DSP) 31. Juli–2. August in Leipzig, auf dem die mißlungenen Einigungsversuche dieser

⁷ Verhandlungen des Bayerischen Landtages, Stenographische Berichte, Tagung 1919/20, III (Abg. Saenger, 2. Juni 1920), S. 427–429; IV (29. Juli 1920), S. 264–280.

⁸ HA, Stück 111; HA, Streicher-Akte, AL 1, anonymes Manuskript „Die Deutsch-sozialistische Partei und der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“, sowie Schriftwechsel und Parteitageberichte der DSP.

⁹ A. Ciller, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und der Ostmark, Hamburg 1940, S. 140 ff.; A. Schilling, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, Leipzig 1933, S. 240 ff.

Partei mit den Münchenern den Hauptgegenstand der Besprechungen bildeten¹⁰. Natürlich war es Hitler, der den weichen Drexler von der erhofften Fusion abgehalten hatte. Und nun konnte er in Salzburg vor einem „internationalen“ Publikum als wirklicher Führer der Münchener auftreten, obgleich Drexler dort den Vorsitz mit dem Österreicher Dr. Walter Riehl und mit Knirsch und Jung von der böhmischen Bruderpartei teilte¹¹. Hitler betonte in seiner Salzburger Rede stark das Ziel, die Arbeiter zu gewinnen, und verteidigte, wie in der Rede vom 13. August, den Gebrauch des Wortes „Partei“¹². Man stritt sich um den Namen der Partei und einigte sich anscheinend schließlich doch auf „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ und auf die Errichtung einer „zwischenstaatlichen Kanzlei“ unter Dr. Riehl in Wien. Weiter beschloß man eine Teilung der Wirkungsgebiete im Reich dergestalt, daß die Münchener Bayern und Baden erhielten und die DSP den ganzen Rest¹³. In optimistischer Stimmung, der Drexler auf einer Postkarte nach Hause Ausdruck verlieh, kehrten die Münchener Vertreter zurück¹⁴. Daß Hitler sich auf die Dauer mit einer solchen Begrenzung abfinden würde, war freilich ausgeschlossen; aber für den Augenblick blieb er bei der Stange. Er besprach die Salzburger Tagung im Münchener Hofbräuhaus am 9. August, wo Dr. Schilling von der österreichischen Partei die Hauptrede hielt. Der bayerische Partikularist, Ingenieur Ballerstedt, wurde aus dieser Versammlung „entfernt“, ein Ereignis, das in der Presse viel besprochen wurde und zum starken Besuch der nächsten Versammlung beitrug¹⁵. Der letzte Teil der Rede vom 13. steht im Zeichen des Salzburger Zusammenschlusses.

II

Der Aufbau der Rede ist einfach und klar. Mit dem ersten Satz erfährt das Publikum, daß die NSDAP an der Spitze des Kampfes gegen die Juden steht. Gleich darauf geht Hitler zum Thema „Arbeit“ über. Das würde man kaum erwarten; da er

¹⁰ HA, St. 109, Berichte über den Vertretertag zu Hannover 24–25. April und den Parteitag zu Leipzig 30. Juli–2. August 1920.

¹¹ Schilling, a. a. O., S. 243.

¹² Ciller, a. a. O., S. 143f.

¹³ Schilling, a. a. O., S. 243, 251–254.

¹⁴ Eine Photokopie der Karte, „Salzburg 8. 8. 20“ datiert, mit den Unterschriften von Drexler, Hitler, Jung, Schilling, Knirsch und Riehl, wurde mir von Frau Audi Widmaier, Drexlers Tochter, freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Der Text: „Die Vereinigung aller National-Sozialisten des deutschen Sprachgebietes ist Tatsache geworden.“ Einzelheiten über Salzburg im VB Nr. 72 vom 12. August 1920 („E. H.“: Zwischenstaatliche Tagung der deutschen Nationalsozialisten) und Nr. 73 vom 15. August 1920 (Tagung der deutschnationalsozialistischen Arbeiterpartei in Salzburg). Über den Parteinamen s. auch HA, St. 108, Abschrift eines Schreibens vom 18. August 1920 vermutlich von Drexler an Herrn von Bülow über die Weigerung, den Namen „Deutsche Nationalsozialistische Partei Großdeutschlands“ – trotz des Beschlusses der Salzburger Tagung – anzunehmen.

¹⁵ Mehrere Berichte darüber in der Münchener Presse, vor allem Bayerischer Kurier Nr. 223 vom 10. August und Nr. 226 vom 13. August 1920; Münchener Post Nr. 185 vom 11. August und Nr. 188 vom 14./15. August 1920.

aber ganz im Sinne seiner Äußerungen in Salzburg den Charakter der NSDAP als Arbeiterpartei betonen will, war dieses Thema geschickt gewählt.

Aber wie sollte dies mit dem Antisemitismus zusammenhängen?

Zunächst definiert Hitler die „echte“ Arbeit, die nicht mehr nur der Selbsterhaltung dient, sondern aus sittlichem Pflichtgefühl erwächst; das klingt zwar ein bißchen kalvinistisch, bis man erfährt, daß diese Auffassung der Arbeit unter dem Einfluß des kalten nordischen Klimas entstanden sei. Und damit ist Hitler bei den Ariern angelangt, die nicht nur den sittlichen Arbeitsbegriff erschufen, sondern aller Kultur Vater waren; die allein die Kraft zur Staatenbildung besaßen und die Rassenreinheit aufrechterhielten. Hitler verbreitet sich über den Zusammenhang des Staates mit der Kultur und der Kunst in der germanischen Welt. Jetzt ist er mit etwa einem Fünftel der Rede fertig. Plötzlich kommt das Judentum wieder zum Vorschein, und zwar in Bezug auf seine Stellung zur Arbeit. Altes Antisemitengut erscheint im Hinweis auf den biblischen „Fluch“ der Arbeit, es erscheint auch in der Besprechung der „ausplündernden“ Juden, der jüdischen Rasse, des Mangels an kulturschaffender Kraft und an innerem Erleben. Aktuelles wird mit „Historischem“ durcheinander vermischt; der Jude als Nomade, die „Komödie“ des Zionistenstaates, Egoismus – Mammonismus – Materialismus, Zerstörung des Staates, Parasitendasein – „von der grauesten Urzeit herauf“ bis zum heutigen Tage. Das Thema der Arbeitsscheu klingt wieder an; es folgt dann im typischen Stil Hitlers das „sich gut zu den Herren stellen“ der Juden und der Übergang zum „Volksjuden“ sobald die staatliche Ordnung ins Wanken kommt. Noch einmal ein „historischer Rückblick“ auf das Mittelalter und auf die Wandlung vom Hofjuden zum Volksjuden. Hierauf trägt Hitler die bekannten Schlagworte vor: Industriekapital gegen Leih- und Börsenkapital, die Beweise à la Gottfried Feder von der Tätigkeit des „internationalen Juden“ und von der Zinsknechtschaft. Dann erscheint der Jude als Volksverderber, Urheber der „Rassensenkung“, Zerstörer der Volksgesundheit, als der große Aushungerer, der zuerst die Produktionsmittel und dann die ganze Kultur des Volkes vernichtet. Kunst, Literatur, Presse, Theater, schließlich der Mädchenhandel – alles liegt in der Hand des Juden, alles dient der Errichtung seiner Diktatur.

Nun ist es so weit, für die Partei Propaganda zu machen. „Partei“ ist „ein übler Name,“ aber wie soll man sonst die breite Masse erfassen? Arm aber ehrlich; sittliche Pflicht der Arbeit, Gemeinnutz vor Eigennutz, Arbeiter der Faust und der Stirn – es hagelt nur so von Schlagworten. Es folgt die Erklärung des Parteiamens, die Aussicht auf tapferen Kampf, bis endlich der Tag kommt, an dem die Tat an Stelle des Wortes tritt.

Propagandistisch und rednerisch ist das Ganze eine glänzende Leistung. Die eigentliche Auseinandersetzung mit dem Judentum nimmt etwa drei Fünftel der Rede ein; das erste Fünftel enthält den Vortrag des Arbeitsbegriffs und der Leistungen der Arier, das letzte Fünftel hauptsächlich die Tätigkeit der Partei. „Welt-historische“ Perspektiven wechseln mit spezifischen Anspielungen auf die Gegenwart – Rathenau und Wedekinds „Schloß Wetterstein“ sind dem Publikum aus der

Nähe bekannt, die kulturschöpferischen Arier und die Fleischtöpfe Ägyptens vielleicht aus etwas größerer Entfernung!

Bemerkenswert sind die vorhandenen Indizien für die Wirkung auf das Publikum. Danach wurde die Rede achtundfünfzigmal durch verschiedenartige Äußerungen der Zustimmung unterbrochen – achtzehnmal wird „Heiterkeit“ oder „Große Heiterkeit“ vermerkt, zehnmal der Ruf „Sehr richtig!“, zwölfmal „Bravo!“, achtzehnmal Händeklatschen. Nach der kulturgeschichtlichen Einleitung, bei der Bemerkung, die Bibel sei sicherlich nicht das Produkt eines Antisemiten, wird erstmals die Anmerkung „Heiterkeit“ verzeichnet, dann des öfteren; die Stimmung des Redners und des Publikums scheint noch auf Verhöhnung der Juden angelegt; vereinzelt hört man hier „Bravo!“, mehrfach das schwächere „Sehr richtig!“. Aber erst später beginnt das Händeklatschen, und zwar als Hitler „den Juden“ als Nomaden beschreibt, „der die gleichen Raubzüge unternimmt, wie er sie einstens unternommen hat“. Einige Minuten später, beim Angriff auf Marx' Organisation der Massen „zum Schutz des internationalen Börsen- und Leihkapitals“, wird „stürmisch“ geklatscht. Der Redner ist in Schwung gekommen, das Publikum geht mit, ruft immer häufiger „Bravo!“, die Heiterkeit wird manchmal „groß“, aber die Erregung steigert sich noch beim letzten Viertel der Rede, und die Beifallsäußerungen werden entsprechend stürmischer. Mit dem Spaß ist es vorbei; nun geht der Redner aufs Ganze, und das Publikum hört mit wachsender Begeisterung die antisemitischen Wunschträume Hitlers und die Hoffnungen seiner Partei.

Die Versammlung dauerte von 19.30 bis 22.30, ein wenig unter dem Durchschnitt der Versammlungen im Jahre 1920. Man kann annehmen, was auch durch den PND-Bericht bestätigt wird, daß Hitler etwas über zwei Stunden sprach. Das kann als typisch für seine damaligen Reden gelten. Der Saal muß bei der angegebenen Teilnehmerzahl von über 2000 voll besetzt gewesen sein.

III

Da diese Rede nun in einem Maße „grundlegend“ für Hitlers damalige Auffassung der Juden und des Antisemitismus ist, wie kaum ein anderes Dokument aus der Frühzeit des Nationalsozialismus, wird die Suche nach den Quellen seiner Gedankengänge besonders wichtig¹⁶. Sie ist aber auch schwierig, da Hitlers Schwamm-Gedächtnis so vieles aus so verschiedenen Quellen aufzog und sein Selbstgefühl keine Berufung auf „Vorgänger“ zuließ, so daß es manchmal wie verlorene Mühe erscheint, den Quellen nachzugehen. Und doch kann man einiges feststellen: zunächst die Herkunft vieler geläufiger Argumente aus dem vulgären Antisemitismus; dann den Einfluß von Theodor Fritsch, dem „Altmeister“ der Antisemiten und dem

¹⁶ Frühe Äußerungen Hitlers über das Judentum: vgl. seinen Brief vom 16. September 1919 an Adolf Gemlich (Hauptstaatsarchiv München, Abt. II, Gruppenkommando 4, Bd. 50/8) zitiert bei Deuerlein, a. a. O., S. 203–205; Ernst Nolte, Eine frühe Quelle zu Hitlers Antisemitismus, in: Historische Zeitschrift 192 (1961), S. 584–606, eine Analyse von Dietrich Eckarts „Der Bolschewismus von Moses bis Lenin.“

„Treuesten der Treuen“ unter den Jüngern Lagardes¹⁷; ferner von Adolf Wahrmunds „Das Gesetz des Nomadentums“, 1920 durch den Deutschen Volks-Verlag in München neu herausgegeben; vermutlich auch von Friedrich Delitzsch' „Die große Täuschung“ (1920), schließlich von H. S. Chamberlains „Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“¹⁸. Bemerkenswert dabei ist, daß seit 1918 eine Flut von antisemitischen Schriften, darunter mehrere ältere Werke, sowie eine Neuauflage von Fritsch' „Handbuch der Judenfrage“ erschienen ist; daß der Deutsche Volks-Verlag in München, dessen Leiter Dr. Ernst Boepple ein frühes Mitglied der NSDAP war, viele dieser Schriften herausbrachte und daß eine Menge von Artikeln und Rezensionen dieser Werke in der völkischen und alldutschen Presse 1919–20 veröffentlicht wurden¹⁹.

In den meisten Fällen lassen sich eher Parallelen als sichere Quellen für Hitlers Argumente finden. Originell war er in dieser traurigen Sache nicht. Was er sagte oder nachsprach, war seinem Publikum vermutlich zumindest in großen Umrissen bereits bekannt²⁰.

Zuerst die Hochschätzung der Arbeit, für den Appell an die Massen besonders bedeutsam. Hierbei kommt Hitler beinahe in lyrischen Schwung, wenn er die deutsche Arbeitslust beschreibt, deren Ursprung er unter den Ariern im Norden in grauer Vorzeit findet. Er geht dann schnell weiter zu anderen Ariertugenden – Pflege der Rassenreinheit, Innerlichkeit, kulturschöpferische Kraft, die Fähigkeit zur Staatenbildung. Als entfernter Gewährsmann für diese kulturschöpferische Tätigkeit und die Folgen der Rassenmischung mag natürlich Gobineau, ob direkt oder

¹⁷ R. Phelps, Theodor Fritsch und der Antisemitismus, in: Deutsche Rundschau 87 (1961), S. 442–449. Lagardes „Jünger“: Bemerkung Ludwig Schemanns, zitiert nach W. ten Boom, Die Entstehung des modernen Rassen-Antisemitismus (besonders in Deutschland), Leipzig 1928, S. 28. Über Hitler und Fritsch s. auch Graf E. Reventlow, Judas Kampf und Niederlage in Deutschland, Berlin 1937, S. 360, 363.

¹⁸ Die Werke von Wahrmund und Delitzsch wurden im Frühjahr 1920 in den Alldutschen Blättern besprochen, Wahrmund von Johannes Hering, einem bekannten Mitglied der proto-nazistischen Thule-Gesellschaft in München, Nr. 12/13 vom 27. März 1920, S. 91 f., Delitzsch vom Schriftleiter A. Dumcke, Nr. 19 vom 12. Juni 1920, S. 143 ff.

¹⁹ Interessante Parallelen zu manchen Gedanken der Hitler-Rede bieten zwei 1920 vom Deutschen Volks-Verlag herausgebrachte Schriften von frühen Sympathisierenden: „Das neue Deutschland“ von Paul Tafel, Drexlers Gönner, vgl. vor allem Kap. 2, Die Judenfrage; „Die Überwindung des Judentums in uns und außer uns“ vom früher genannten R. J. Gorsleben; der Inhalt von Gorslebens Broschüre war zum größten Teil schon 1919 als Artikelreihe in der Münchener Wochenschrift „Die Republik“ erschienen. Auch die Broschüre von F. Schröngghamer-Heimdal, Judas der Weltfeind, 1919 im Deutschen Volks-Verlag erschienen, enthält ähnliche Gedankengänge.

²⁰ Auch den Gegnern! S. z. B. „Dr. J. St.,“ Lügen der Antisemiten, in: Allgemeine Zeitung des Judentums 83 (Berlin 1919), S. 385 ff. und 397 ff., wo u. a. die Behauptungen zurückgewiesen werden, daß die Juden „körperliche Arbeit als Fluch“ empfänden, daß sie nichts erfunden und „nie eine eigene Kunst und Kultur erzeugt“ hätten, daß sie kosmopolitisch und deshalb Feinde des Deutschtums seien, daß die Zionisten die jüdische Herrschaft durch planmäßige Verwirrung des öffentlichen Lebens der Staaten aufrichten wollten, daß die Juden den größten Teil des Kapitals besäßen.

indirekt, gelten; näher liegt wohl der Einfluß von Chamberlains „Grundlagen“, vielleicht auch von L. Wilsers „Die Germanen“ und von Fritsch²¹. Die Arier als Staatenbildner im Kontrast zu den Semiten erörtert Wahrmund im 7. Kapitel „Das Nomadentum und der Staat“ seines Buches²².

Die Behauptung, daß die Juden die Arbeit als Fluch ansehen, wie bei Hitler oft mit dem Hinweis auf das biblische „Im Schweiße deines Angesichts“ verknüpft, kommt in antisemitischen Schriften sehr häufig vor; es ist ein Lieblingsgedanke von Fritsch, man findet ihn auch bereits bei den „klassischen“ Antisemiten H. Naudh und Eugen Dühring. Wahrmund widmet dem Gedanken ein ganzes Kapitel, mit dem von ihm beliebten Nachdruck auf den Ackerbau²³.

Die These, daß die Juden zunächst eine reine „Rasse“ gewesen, daß sie aber durch „Mischungen abweichender Typen“ entartet seien, kommt in Chamberlains „Grundlagen“ vor²⁴. Hitlers Darstellung der jüdischen „Inzucht“ und deren Folgen stammt wohl aus der Populärwissenschaft der Zeit, vielleicht aus Fritsch' „Handbuch der Judenfrage“²⁵.

Die Behauptung, daß die Juden überhaupt keine eigene Kultur hervorgebracht hätten, gehört zu den Gemeinplätzen des Antisemitismus. Die „Grundlagen“ erkennen ihnen keine Kunst, keine Philosophie, keine Wissenschaft zu²⁶. Dühring, Naudh, Wahrmund tragen Ähnliches vor²⁷. Die Folgerung, daß der Jude nur als Parasit und „Vermittler der Geschäfte“ auch in Bezug auf ideale Kulturgüter lebt, findet man im antisemitischen Schrifttum weit verbreitet²⁸. Daß diese angebliche Lebensweise und -auffassung als typisch „nomadisch“ anzusehen ist, ist das Hauptthema Wahrmunds. Interessant ist, daß Hitler in „Mein Kampf“ anderer Meinung geworden ist; offenbar waren die Arier nach seiner neuen Auffassung auch einmal Nomaden gewesen²⁹!

Zunächst stellt Hitler in seiner Rede den Juden als verächtlich, unmoralisch, parasitär dar. Dann verwendet er allmählich stärkere Farben. Der Jude erscheint nunmehr als Zerstörer, als Räuber, als Pest; er hat die Kraft, „ganze Völker zu unterjochen“, er wandelt sich aus Herrschaftslust vom Hoffjuden zum Volksjuden.

²¹ H. St. Chamberlain, Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts, Volksausgabe München 1912, S. 312, 321 f., 329–339, 823; L. Wilsers, Die Germanen, Neubearbeitung Leipzig 1913, Bd. I, S. 9–11, 18, 23, 31 ff., 43 ff.; Fritsch, Handbuch der Judenfrage, 27. Auflage, Hamburg 1910, S. 118 ff.

²² Adolf Wahrmund, Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenheerrschaft, 2. Aufl., München 1919.

²³ H. Naudh, Die Juden und der deutsche Staat, 12. verb. Aufl., Leipzig o. D. (1891?), S. 59; E. Dühring, Die Judenfrage als Frage des Rassencharakters, 5. umgearb. Aufl. Nowawes-Neuendorf 1901, S. 44; Wahrmund, a. a. O., Kap. 6 „Der Nomade und die Arbeit“. Siehe auch Hammer 19 (1. August 1920), Nr. 435, S. 285 f. „Sonderbare Arbeiterziele“.

²⁴ H. St. Chamberlain, S. 301, 382 ff., 409 ff., 441. S. auch Gorsleben, a. a. O., S. 65 f.

²⁵ Th. Fritsch, a. a. O., S. 128.

²⁶ H. St. Chamberlain, a. a. O., S. 269, 880 f.

²⁷ E. Dühring, a. a. O., Kap. 3; Naudh, a. a. O., S. 90 ff.; Wahrmund, a. a. O., S. 102.

²⁸ Vgl. Alexander Bein, „Der jüdische Parasit“, in dieser Zeitschrift 13 (1965), S. 121–149.

²⁹ Hitler, Mein Kampf, S. 333 f.

Anschließend findet Hitler Gelegenheit, zum bekannten Gegensatz zwischen „Börsen- und Leihkapital“ und „Industriekapital“ überzugehen – natürlich auf den Spuren Gottfried Feders, dessen „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“ seit 1919 vorlag und dessen Ansehen in der NSDAP, bei Hitler und dessen geistigem Berater Dietrich Eckart damals sehr hoch stand. Theodor Fritsch hatte lange vorher ähnliche Gedanken, auch über die Zinsknechtschaft, ausgestreut; ein kurzer Aufsatz „Christlicher und jüdischer Kapitalismus“ von „P. L.“ (Paul Lehmann) in Fritsch' Zeitschrift „Hammer“ im Herbst 1919 bringt eine ganz ähnliche Gegenüberstellung wie die Hitlers³⁰.

Dann wurde die Unterwühlung der Volkskraft zugunsten des Internationalismus behandelt. Was Hitler über die Volksgesundheit, die Entsittlichung, die Schwächung der Autorität und die Beherrschung der öffentlichen Meinung, ja der ganzen Kultur durch die Juden sagt, ähnelt in mancher Hinsicht den Gedankengängen einer Aufsatzreihe „Der jüdische Plan“ von Fritsch („F. Roderich-Stolthaus“), der kurze Zeit vorher in vier Nummern des „Hammer“ erschienen war und im Januar 1920 als „Hammerschrift Nr. 20“ herausgegeben wurde³¹. Da erscheint auch das „Theater-Bordell“ (vgl. Hitler über „Schloß Wetterstein“) und die Erniedrigung der Frauen überhaupt (der Jude als Mädchenhändler war schon ein Thema von Fritsch in seinem „Beweis-Material gegen Jahwe“ und im „Rätsel des jüdischen Erfolges“)³².

Von Alfred Rosenberg vor allem mag Hitler seine Ansichten über die russische Revolution erhalten haben, denn der junge Deutschrusse war seit 1919 eifriger Mitarbeiter und Sachverständiger für Rußland bei Dietrich Eckarts Wochenschrift „Auf gut Deutsch“; er hat auch 1920 im Deutschen Volks-Verlag zwei antijüdische Schriften veröffentlicht, „Unmoral im Talmud“ und „Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten“, sowie im Hoheneichen-Verlag eine Übersetzung des älteren französischen Werkes von Gougenot des Mousseaux „Der Jude, das Judentum und die Verjudung der christlichen Völker“. In diesen Schriften ist manches erhalten, was den Gedankengängen der Hitler-Rede entspricht.

Die Verschwörungsthese, die dann anklingt, gehörte zu den neueren „wissenschaftlichen“ Funden über das Judentum. Hierbei darf man in den 1919 erschienenen „Geheimnissen der Weisen von Zion“ eine Quelle Hitlers erblicken³³.

Von Hitler selbst hatte ein Münchener Publikum vor einigen Wochen vieles ge-

³⁰ Hammer 18 (1919), Nr. 418, S. 441 ff.; Phelps, Theodor Fritsch, a. a. O., über die „Zinsknechtschaft.“

³¹ Hammer 18 (1919), Nr. 416 vom 15. Oktober, S. 392–396; Nr. 417 vom 1. November, S. 411–415; Nr. 419 vom 1. Dezember, S. 460 ff.; Hammer 19, Nr. 421 vom 1. Januar 1920, S. 4–9.

³² Fritsch, Beweis-Material gegen Jahwe, 3. Aufl., Leipzig 1913, S. 218; Ders., Das Rätsel des jüdischen Erfolges, 7. Aufl., Leipzig 1928, S. 237–240.

³³ Gottfried zur Beek, (= Ludwig Müller von Hausen), Die Geheimnisse der Weisen von Zion, Charlottenburg 1919. Vgl. Günter Schubert, Die Anfänge der nationalsozialistischen Außenpolitik, 1919–1925, Berlin 1961, S. 33–35; Alexander Stein, Adolf Hitler, Schüler der „Weisen von Zion“, Karlsbad 1936; Norman Cohn, Warrant for Genocide, London 1967. Die „Protokolle“ enthalten viele Themen, die in der vorliegenden Rede angesprochen werden; andere – z. B. Freimaurerei – werden aber von Hitler kaum oder gar nicht berührt.

hört, was am 13. August erneut aufgetischt wurde. Der lange Bericht im VB (Nr. 63, 5. Juni) über die Versammlung vom 31. Mai im Bürgerbräu gab schon einen Einblick in Hitlers Gedankengut: „Die ungeheuere Größe des Leihkapitals gegenüber dem Industriekapital braucht immer neuen Raum zur Ausdehnung, Aufsaugung und zum Ansetzen. Zerstörte Staaten, unterjochte Völker und zertrümmerte Kulturen bezeichnen seinen Weg. Zu seinem Schutz bedient sich das Judentum geistig der Presse und Freimaurerei und körperlich der internationalen Arbeiterbewegung, deren wirkliche Führer in allen Fällen Juden sind und waren. Der Jude lebt als Staat im Staate, als Nomade von Raub und stellt dennoch die nationalste Rasse dar. Volkstum und Religion ergänzen sich im Judentum gegenseitig und treiben ihn zur Weltherrschaft. In Deutschland war er einst Hofjude, heute ist er Volksjude, weil es ihm so zweckdienlich ist, in beiden Fällen stellt er die Blutegel am Volk dar und geht in Geschäft und Politik über Leichen. Zur Erreichung der Weltherrschaft verfolgt er 1. die Entnationalisierung der Völker, 2. die Enteignung von Grund und Boden, 3. die Vernichtung des selbständigen Mittelstandes – Kommunalisierung! 4. Ausrottung der nationalen Intelligenz (Rußland!) 5. ewige Sicherung durch vollständige Volksverdummung in Presse, Kunst, Literatur, Kino usw., Verwirrung der öffentlichen Meinung, Zerstörung des Rechtsgefühls, Kampf gegen religiöse Überzeugungen, Förderung von Sektenwesen usw., Untergrabung von Moral und Sitte (der Jude als Mädchenhändler aller Zeiten! Kommunalisierung des Weibes!); Geld ist ihm Liebe und Charakter! Und 6. als letztes Mittel dient ihm der Klassenkampf: Arbeiter als Mittel zum Zweck im Dienst des Juden zum Schutz des internationalen Börsen- und Leihkapitals; Zerstörung der Volkssolidarität und Versprechen der internationalen Solidarität. . . . Es ist kein Unterschied zwischen Ost- und Westjude, brav oder böse, reich oder arm, Held oder Drückeberger, – der Kampf gilt allein der jüdischen Rasse. Es darf nicht heißen: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! sondern der Kampf ruft laut: Antisemiten aller Länder, vereinigt euch! Völker Europas, macht euch frei!“

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Hitler natürlich aus sehr vielen antijüdischen Schriften geschöpft hat³⁴. Die bizarren Ideen von Jörg Lanz von Liebenfels und die kaum weniger grotesken von Guido von List, die in den Köpfen einiger Völkischgesinnten herumgeisterten, die Schriften über Germanenbünde, Wotanskulte und ähnliche Bewegungen sind in dieser Rede aber nicht nachzuweisen. Wie Theodor Fritsch wollte Hitler wenigstens „wissenschaftlich“ erscheinen und Theorien dieser Art hätte man selbst in einer solchen Versammlung wahrscheinlich ausgelacht.

IV

Reden wie diese zeichnen sich weder durch Originalität noch durch hohe Rhetorik aus, sie sind eben zur einmaligen propagandistischen Wirkung geschaffen. In

³⁴ Eine lange Liste einschlägiger Bücher, die er an Hitler ausgeliehen haben will, gibt Friedrich Krohn, ein früher Nationalsozialist in Starnberg, in der Beantwortung eines Fragebogens über A. Hitler an, maschinenschriftl. Ms. o. D., ZS 89 im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München. Über Krohn siehe auch Hitler, *Mein Kampf*, S. 556.

dieser Hinsicht hat Hitler ein Talent bewiesen wie kein anderer deutscher Politiker seiner Zeit. Ob er Le Bons „Psychologie der Massen“ studiert hat³⁵? Wahrscheinlich; jedenfalls werden alle dort dargestellten Mittel des erfolgreichen Massenführers von ihm in dieser Rede verwendet. Mit Recht hat die Münchener Post (Nr. 188 vom 14/15. August) bemerkt, „Eines hat Herr Hitler los, das muß man ihm lassen, er ist der gerissenste Hetzer, der derzeit in München sein Unwesen treibt.“ Es lohnt sich, die bekannten Seiten über Propaganda in „Mein Kampf“ in diesem Zusammenhang noch einmal durchzulesen³⁶. Nicht große Gedanken haben in dieser politischen Atmosphäre auf die Menschen gewirkt, sondern Hitlers fast unmenschliche Gabe, „Historisches“, Aktuelles, kurze Hinweise auf die Tagespolitik und die Tagesereignisse zusammenzukneten im Zeichen des Ressentiments und des Hasses – aber auch im Zeichen der Hoffnung – bis alles auf den einzigen Punkt konzentriert ist: Die NSDAP befreit euch von der Judenherrschaft! *Reginald H. Phelps*

Dokument

Nationalsozialistische deutsche Arbeiter-Partei
Öffentliche Versammlung im Großen Saale des Hofbräuhauses,
Freitag, 13. August 1920.

Hitler:

Meine lieben Volksgenossen und Genossinnen! Wir sind schon gewohnt, daß wir im allgemeinen als Scheusale bezeichnet werden und *daß als*³⁷ besonders scheusällig empfunden wird³⁸, daß wir auch in der Frage, die gewissen Herren in Deutschland heute am meisten auf die Nerven geht, an der Spitze marschieren, nämlich in der Frage der Juden-gegnerschaft. Man begreift soviel bei uns, aber *dieses* eine will man nicht begreifen, und vor allem deshalb nicht, weil der Arbeiter erklärt: Was besteht denn für ein Zusammenhang überhaupt zwischen Arbeiter und Judenfrage, weil tatsächlich der größte Teil unseres Volkes heute noch keine Ahnung hat, wie es eigentlich um diese Frage bestellt ist. Der weitaus größte Teil kennt diese Frage vielleicht nur vom Gefühlsmoment heraus und urteilt sofort: Ja nun, ich habe gute und schlechte Menschen auch auf der anderen Seite gesehen, auch unter uns selber. Die wenigsten haben gelernt, die Sache vom reinen Erkennen aus zu beurteilen. Da will ich gleich an das Wort „Arbeit“ anknüpfen.

Was heißt eigentlich Arbeit? Arbeit ist eine Tätigkeit, die ich nicht um meiner selbst willen ausübe, sondern auch zu Gunsten meiner Mitmenschen³⁹. Wenn irgend etwas den Menschen vom Tier unterscheidet, so ist es gerade seine Arbeit, die nicht nur vom Instinkt usw. geleitet wird, sondern auf dem reinen Erkennen einer bestimmten Notwendigkeit beruht. Kaum eine Revolution hat auf dieser Erde so tief gewirkt, wie diese langsame, die aus dem faulen Menschen der Urzeit allmählich den

³⁵ Diese Frage bejaht Alfred Stein, Adolf Hitler und Gustave Le Bon, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 6 (1955), S. 362 ff.

³⁶ Hitler, Mein Kampf, S. 193–204, 649–657. Zum Thema Hitler als Redner s. auch Werner Jochmann, Im Kampf um die Macht, Frankfurt a. M. 1960, S. 45–62; und vor allem „Es spricht der Führer“, 7 exemplarische Hitler-Reden, hrsg. u. erläutert von H. v. Kotze und H. Krausnick, Gütersloh 1966.

³⁷ Kursive Schrift: von Hitler handschriftlich ausgeführte Veränderungen.

³⁸ Ursprünglicher Text lautete: „... und besonders scheusällig wird empfunden, daß ...“

³⁹ Vgl. Hitler, Mein Kampf, S. 325 ff.

Menschen der Arbeit gemacht hat. Wir können hier wohl annehmen, daß diese Tätigkeit 3 große Stufen verfolgt hat.

Zunächst der rein instinktmäßige Selbsterhaltungstrieb. Wir finden ihn nicht nur beim Menschen, sondern auch beim Tier und erst dieser instinktmäßige Selbsterhaltungstrieb hat sich später ausgebaut zu einer weiteren Form von Arbeit, nämlich zur Arbeit aus purem Egoismus. Auch diese zweite Stufe der Arbeit wurde allmählich überwunden und es kam die dritte: die Arbeit aus sittlich-moralischem Pflichtgefühl, die der Einzelne nicht macht vielleicht nur weil er *dazu* gezwungen ist, sondern die wir heute auf Schritt und Tritt verfolgen können, die Millionen von Menschen ausüben ohne vielleicht ununterbrochen dazu getrieben zu sein, die Tausende von Denkern Tag für Tag, Nächte hindurch an ihre Studierstube bindet, ohne daß sie vielleicht materiell gezwungen werden, diese Arbeit zu leisten, die hundertaussende deutscher Arbeiter nach ihrer Feierstunde wandern läßt in ihre Heimgärten, und wir können es erleben, daß heute Millionen Menschen *heute überhaupt* nicht sein können ohne irgend eine Beschäftigung. Und wenn ich vorhin sagte, daß dies wohl wenn auch eine langsame, aber vielleicht die größte Revolution darstellt, die die Menschen bisher durchmachten, dann muß auch diese Revolution letzten Endes eine bestimmte Ursache gehabt haben und diese Ursache ist auch hier wieder die größte Göttin auf dieser Erde, die, die den Menschen zum äußersten zu treiben vermag: Die Göttin der Not.

Wir können diese Not auf dieser Erde in grauer Vorzeit verfolgen in erster Linie auf dem nördlichen Teil dieser Welt, in jenen unerhörten Eiwüsten, in jenen Stätten, die nur das kärglichste Dasein boten. Da war der Mensch zum erstenmal gezwungen, um seine Existenz praktisch zu kämpfen, was ihm der lachende Süden im überreichen Maße arbeitslos bot, mußte er im Norden mühsam erringen, und so entstand hier vielleicht die *erste*⁴⁰ bahnbrechende Erfindung: in diesen kalten Strecken war der Mensch gezwungen, Ersatz zu suchen für das einzige Himmels Geschenk, das das Leben ermöglicht, die Sonne, und der Mensch, der zum erstenmal den Funken künstlich erzeugte, ist der Menschheit später erschienen als ein Gott: Prometheus, der Feuerbringer⁴¹. Dieser Norden zwang die Menschen zu weiterer Tätigkeit, zur Bekleidung, zum Bau eigener Behausungen, Höhlen, später Wohnungen, kurz, er hat ein Prinzip praktisch geboren, das Prinzip der Arbeit. Ohne sie wäre die Existenz da oben unmöglich gewesen.

Wenn sie noch so bescheiden war, so war sie doch bereits eine Tätigkeit, die planmäßig vorher bestimmt werden mußte, von der der Einzelne wußte, daß, wenn er sie nicht ausübt, er in der folgenden schweren Winterzeit rettungslos verhungern muß. Und es ist zugleich eine zweite Entwicklung dort erfolgt: die unerhörte Not und die furchtbaren Entbehrungen wirkten als Mittel zur Rassenreinzucht⁴². Was schwächlich und kränklich war, konnte diese fürchterliche Periode nicht überstehen, sondern sank frühzeitig ins Grab und über blieb ein Geschlecht von Riesen an Kraft und Gesundheit; und eine weitere Eigenschaft wurde diesen Rassen angeboren. Wo Menschen äußerlich geknebelt sind, wo äußerlich ihr Wirkungskreis begrenzt ist, da beginnt sich ihr Inneres zu entwickeln, äußerlich begrenzt, innerlich unbegrenzt, je mehr der Mensch durch äußere Gewalt auf sich selber angewiesen ist, um so tiefer wird sein inneres⁴³ Leben, um so mehr wendet er sich den inneren Dingen zu.

Diese drei Errungenschaften: das erkannte Prinzip der Arbeit als Pflicht, die Notwendigkeit, nicht nur für den Einzelnen und aus Egoismus, sondern zum Bestande

⁴⁰ Ursprünglich: „größte“.

⁴¹ Vgl. Mein Kampf, S. 517, wo Hitler den Arier als den „Prometheus der Menschheit“ bezeichnet.

⁴² Hervorhebungen durch Sperrung nach dem Originalmanuskript.

⁴³ „inneres“ im Original unterstrichen.

dieser ganzen, wenn auch oft nur ganz kleinen Masse von Menschen, dieser kleinen Sippen, zweitens die unbedingte körperliche Gesundheit und dadurch die geistige normale Gesundheit, und drittens das tief-innerliche Seelenleben hat diesen nordischen Rassen die Möglichkeit gegeben, staatenbildend über die übrige Welt zu ziehen.

Wenn auch in diesem hohen Norden diese Kraft nicht zum Ausdruck kommen konnte, sie wurde in dem Augenblicke fähig, wirksam zu werden, in welchem die Eisfesseln sanken und der Mensch hinunterzog nach dem Süden in eine günstige glückliche freie Natur. Wir wissen, daß allen diesen Menschen ein Zeichen gemeinsam blieb: das Zeichen der Sonne. Alle ihre Kulte bauen sie auf Licht und sie finden das Zeichen, das Werkzeug der Feuererzeugung, den Quirl, das Kreuz. Sie finden dieses Kreuz als Hackenkreuz [sic!] nicht nur hier, sondern genau so in Indien und Japan in den Tempelpfosten eingemeißelt. Es ist das Hackenkreuz der einst von arischer Kultur gegründeten Gemeinwesen.

Diese Rassen nun, die wir als Arier bezeichnen, waren in Wirklichkeit die Erwecker all der späteren großen Kulturen, die wir in der Geschichte heute noch verfolgen können⁴⁴. Wir wissen, daß Ägypten durch arische Einwanderer auf seine Kulturhöhe gebracht wurde, ebenso Persien, Griechenland; die Einwanderer waren blonde, blauäugige Arier und wir wissen, daß außer diesen Staaten überhaupt keine Kulturstaaen auf dieser Erde gegründet wurden. Es entstanden wohl Mischrasen zwischen der schwarzen dunkeläugigen dunkelfarbigen Südrasse und den einwandernden Nordrasen, aber es entstanden keine selbständigen großen schöpferischen Kulturstaaen.

Warum hat nun der Arier allein diese Kraft zur Staatenbildung besessen? Sie liegt nahezu ausschließlich in seiner Auffassung des Begriffes Arbeit. Die Rassen, die zum erstenmal diese Tätigkeit nicht als Zwang ansahen, sondern als durch jahrzehntausende notgeborene Notwendigkeit, mußten von vornherein den anderen überlegen sein, und endlich ist es die Arbeit überhaupt, die den Menschen zwang, zusammen zu kommen, die Teilung der Arbeit. Wir wissen, daß im Augenblick, wo Einzelbeschäftigung aufhörte, den Einzelnen zu ernähren, eine Gruppe gezwungen war, einem besonders Fähigen eine bestimmte Arbeit zuzuweisen, und daß, wo Teilung der Arbeit erfolgt⁴⁵, der Zusammenschluß größerer Menschengruppen notwendig wurde. So ist in der Arbeit letzten Endes die Kraft zu suchen, die erst die Sippen, dann die Stämme zusammenband und die später endlich [?] Staaten gründete.

Wenn wir als erste Notwendigkeit zur Staatenbildung die Auffassung der Arbeit als soziale Pflicht ansehen müssen, dann ist die zweite Notwendigkeit, die Voraussetzung hiezu: Rassen-Gesundheit und Rassenreinheit, und nichts kam diesen nordischen Eroberern so sehr zu Gute als ihre geläuterte Kraft gegenüber den morsche n faulen Südrassen.

Wenn nun Staaten gebildet werden sollen, sind sie ein leeres Gebilde, wenn sie nicht zum Schluß noch verschönt werden *durch das, was wir im allgemeinen als Kultur bezeichnen*. Wenn wir all das weggeben, und nur Eisenbahnen, Schiffe u.s.w. behalten, wenn wir alles entfernen, was Kunst, Wissenschaft u.s.w. bedeuten, dann ist in Wirklichkeit solch ein Staat innerlich hohl und auch hier sehen wir die befruchtende Kraft dieser Nordstämme. In dem Augenblick, indem sich ihre große innerliche Phantasie bewegen konnte in großen freiem Gebiete, schufen sie auch überall unsterbliche Werte. Wir sehen diesen Vorgang ununterbrochen wiederholt im Kleinsten. Wir wissen, daß aus der tiefen Masse heraus die Geister geboren werden, die sich nicht entwickeln können in der Masse, aber in dem Augenblick, in dem sie Freiheit bekommen, zu herrschen beginnen, und beherrschend werden in Kunst, Wissenschaft, und

⁴⁴ Vgl. Mein Kampf, S. 316–324; Th. Fritsch, Handbuch, S. 118ff.

⁴⁵ Nach dem Komma wurden folgende Worte handschriftlich gestrichen: „in dem Augenblick“.

auch in der Politik. Wir wissen heute, daß zwischen Staat, Nation, Kultur, Kunst, Arbeit, Wechselbeziehungen bestehen und daß es ein Wahnsinn ist zu meinen, daß irgend eines unabhängig vom andern bestehen könne. Wir wissen heute, daß – nehmen wir nur das Gebiet, das man immer als international bezeichnet – die Kunst, daß gerade sie unbedingt abhängig ist vom Staate. Kunst blühte in erster Linie stets dort, wo erst eine große politische Entwicklung ihr die Möglichkeiten bot. Wir wissen, daß die Kunst in Griechenland ihre höchste Stufe erreichte als der junge Staat siegreich über die persischen Heere triumphierte. Da begann er mit dem Bau der Akropolis. Rom wurde erst nach Beendigung der punischen Kriege zur Kunststadt und Deutschland baute erst, als das deutsche Kaisertum unter den Saliern die herrlichsten Erfolge errang, seine gewaltigen Dombauten in Worms, Speyer, Limburg a.d. Lahn u.s.w.

So können wir diesen Punkt verfolgen bis in die letzte neue Zeit. Wir wissen, daß Kunst, sagen wir zum Beispiel die Schönheit unserer deutschen Städte, stets abhängig war von der politischen Entwicklung dieser Städte, daß politische Erwägungen einst maßgebend waren, um Paris zu dem zu schaffen was es war, daß politische Erwägungen Napoleon III. dazu führten, die Regulierungen der Boulevards vornehmen zu lassen, die Friedrich den Großen trieben, „unter den Linden“ auszubauen, desgleichen war es auch in München letzten Endes die politische Erkenntnis, daß diese Stadt hier nicht bedeutend werden könne durch Industrie und daß als Ersatz dafür die Kunst gewählt werden müsse, um sie zum Range einer Stadt zu erheben, die jeder sehen mußte, wenn er Deutschland gesehen haben wollte. Das Gleiche war in Wien der Fall, und war stets so und wird so bleiben.

So ist es auch mit der andern Kunst. Erst in dem Augenblick, in dem in dem zersplitterten ohnmächtigen Deutschland ein Staat zu sprießen begann, begann auch wieder eine deutsche Kunst, die stolz war, sich so bezeichnen zu dürfen⁴⁶. Richard Wagner fällt gerade in die Periode hinein, in der Deutschland aus der Schmach der Ohnmacht emporwuchs zum einheitlichen großen deutschen Reiche.

So ist nicht nur Kunst an und für sich vom Staate abhängig, von der Politik des Staates, sondern auch die Arbeit⁴⁷ insofern, als nur ein gesunder Staat in der Lage ist, Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen und die Kraft seiner Bürger nutzbringend zu verwerten. Genau so wissen wir umgekehrt, daß auch die Rasse⁴⁸ in Bezug steht zum gesamten übrigen. Ein Staat mit einer kranken, morschen, ungesunden Rasse kann niemals ein großes Werk der Kunst erzeugen oder große Politik treiben oder auch nur selber im Überfluß schweben.

Jeder dieser Faktoren ist abhängig vom andern.

Erst wenn alle sich ergänzen, können wir sagen: Das gibt die Harmonie in einem Staate⁴⁹, wir ihn uns als Germanen vorstellen wollen⁵⁰.

Da müssen wir uns nun fragen: Wie steht nun der Jude zur Staatenbildung? Besitzt auch der Jude die Kraft, Staaten zu bilden usw. Da müssen wir erst unbedingt zunächst prüfen seine Stellung zur Arbeit, wie er das Prinzip der Arbeit eigentlich auffaßt, und Sie müssen verzeihen, daß ich zunächst das Buch hernehme, das Bibel heißt, von dem ich nicht behaupten will, daß alles, was drinnen steht unbedingt richtig ist; denn wir wissen, daß das Judentum sehr freizügig daran gearbeitet hat, von dem aber mindestens eines sicher ist, daß es kein Antisemit geschrieben hat. (Heiterkeit.) Das ist bedeutungsvoll, weil kein Antisemit ein fürchterlicheres Anklagewerk^{50a}

⁴⁶ Ähnlich bei H. St. Chamberlain, Richard Wagner, 4. Aufl., München 1907, S. 67.

⁴⁷ Maschinenschriftlich unterstrichen.

⁴⁸ Desgleichen.

⁴⁹ Folgt ein handschriftlich unkenntlich gemachtes Wort, vielleicht „sowie“.

⁵⁰ Ursprünglich „können“.

^{50a} Ursprünglich „ein Antisemit kein fürchterlicheres Anklagewerk“.

hätte schreiben können gegen die jüdische Rasse, als es die Bibel ist, das Alte Testament. Wir müssen einen Satz herausgreifen: „Im Schweiß Deines Angesichtes sollst Du Dir Dein Brot verdienen“. Und es heißt hier, daß dies bestimmt wurde als Strafe⁵¹ für den Sündenfall.

Meine verehrten Anwesenden! Hier trennt uns schon eine ganze Welt; denn wir können Arbeit nicht als Strafe auffassen, weil wir sonst alle Sträflinge wären. Wir wollen sie aber auch nicht als Strafe auffassen. Ich muß gestehen: Ich könnte nicht ohne Arbeit sein, und Hunderttausende und Millionen würden vielleicht 3, 5 Tage, 10 Tage aushalten, könnten aber nicht 90 oder 100 Tage leben ohne Tätigkeit. Wenn es wirklich dieses Paradies gäbe, dieses sogenannte Schlaraffenland, es würde unser Volk darin nicht glücklich werden. (Rufe: Sehr richtig!) Wir suchen unbedingt eine Möglichkeit zur Betätigung und wenn der Deutsche keine andere Möglichkeit hat, so schlägt er sich zum Mindesten zeitweilig *gegenseitig* den Schädel ein. (Heiterkeit.) Eine unbedingte Ruhe würden wir nicht erdulden können.

Da sehen wir nun schon einen großen Unterschied. Denn das hat ein Jude niedergeschrieben, und ob das alles wahr ist oder nicht, *einerlei*, es entspricht der Auffassung, die sich das Judentum von der Arbeit selber machte; Arbeit ist ihm nämlich nicht die selbstverständliche sittliche Pflicht, sondern nur ein Mittel höchstens zur Erhaltung seines eigenen Ich. Das ist in unsern Augen nicht Arbeit; denn in dem Moment, in dem⁵² ich dieses Wort so erkläre, ist es klar, daß überhaupt jede Tätigkeit, von der ich mich vielleicht ernähren kann ohne Rücksicht auf meine Mitmenschen, in dem *Augenblick*⁵³ Arbeit genannt werden *könnte*⁵⁴. Und wir wissen, daß diese Arbeit einst bestand im Ausplündern wandernder Karawanen und daß sie heute besteht im planmäßigen Ausplündern verschuldeter Bauern, Industrieller, Bürger usw. Und daß sich die Form wohl geändert hat, daß aber das Prinzip das gleiche ist. Wir nennen das nicht Arbeit, sondern Raub. (Sehr richtig!)

Wenn uns schon dieser erste grundlegende Begriff trennt, so trennt uns auch sofort ein zweiter. Ich erklärte Ihnen vorhin, daß diese große Periode im Norden die Rassen rein gezüchtet hat. Das ist so zu verstehen, daß alles Minderwertige, Schwächliche allmählich aus diesen Rassen abgestorben ist und daß nur die gesündesten Körper übrig blieben. Auch hier unterscheidet sich der Jude; denn er ist nicht rein gezüchtet, sondern er hat Inzucht getrieben, er hat sich allerdings unübertroffen vermehrt, aber nur in seinem Kreise und hier ohne jede Auswahl und so sehen wir ein Geschlecht heranwachsen, das durch diese Inzucht alle Fehler an sich trägt, die der Inzucht einmal inne wohnen⁵⁵.

Endlich fehlt dem Juden noch das dritte: das innerliche seelische Erleben. Ich brauche nicht zu schildern, wie sich der Jude im Allgemeinen gebildet hat. Sie kennen ihn Alle. (Heiterkeit.) Jene ununterbrochene Unruhe, die ihm niemals die Möglichkeit gibt, sich innerlich zu sammeln, einer seelischen Stimmung *sich hinzugehen*! Im feierlichsten Moment flackert sein Auge und man sieht, wie der Mann, selbst in der schönsten Oper noch Dividenden berechnet. (Heiterkeit.) Niemals hat der Jude eine eigene Kunst besessen⁵⁶. (Sehr richtig.) Er hat sich seine Tempel erbauen lassen von fremden Baumeistern, erst von Assyriern, dann beim zweiten Wiederaufbau von römischen Künstlern. Er hat persönlich keinerlei Kunst als Kulturen hinterlassen, nichts

⁵¹ Maschinenschriftlich unterstrichen.

⁵² Ursprünglich: „wo“.

⁵³ Ursprünglich: „Moment“.

⁵⁴ Ursprünglich: „kann“.

⁵⁵ Vgl. Fritsch, Handbuch, S. 128.

⁵⁶ Vgl. Hitler, Mein Kampf, S. 332; Wahrmund, a. a. O., S. 64f.; Fritsch, a. a. O., S. 132; Rudolf Jung, Der nationale Sozialismus, 3. Aufl., München 1922, S. 45f.

an sonstigem Bildwerk keine Bauwerke, gar nichts. Und auch musikalisch wissen wir nichts als daß er befähigt ist, Musik anderer gut zu kopieren, wobei ich nicht verschweigen will, daß wir heute viele berühmte Kapellmeister aus ihren Reihen besitzen, die berühmt werden dank einer bis auf den Pfiff organisierten jüdischen Presse⁵⁷. (Heiterkeit.)

Wenn einem Volk diese drei Eigenschaften mangeln, so kann es nicht staatenbildend sein und es stimmt dies auch. Denn der Jude war durch die langen Jahrhunderte stets Nomade, wenn auch im größten Stil. Er hatte niemals *das*, was wir einen Staat bezeichnen. Es ist der große Irrtum auch heute bei uns verbreitet, daß Jerusalem die Hauptstadt eines jüdischen Staates jüdischer Nationalität gewesen wäre. Zunächst war in jener Zeit praktisch noch immer die Kluft zwischen den Juden vom Stamme Juda und Kalab und den nördlichen israelitischen Stämmen eine unerhörte und erst David war es gelungen, diese Kluft zu überbrücken und durch den einheitlichen Kult des Gottes Jahve allmählich eine Verbindung zu schaffen. Wir wissen genau, daß *sich* dieser Kult erst sehr spät Jerusalem zum alleinigen Sitz erkoren hat und daß erst von dem Augenblick an das Judentum eine Zentrale erhielt, aber genau so wie heute meinetwegen Berlin oder New York oder Warschau u.s.w. (Sehr richtig.) Es war eine Stadt, in der sie dank ihrer sonstigen Fähigkeit und Eigenschaften eben das Übergewicht allmählich erlangten, teils durch Waffengewalt teils durch die Gewalt von Posaunen. Im Übrigen hat der Jude auch damals gelebt in erster Linie als Parasit am Körper anderer Völker und das mußte so sein; denn ein Volk, das sich der Arbeit nicht selber unterziehen will – der manchmal auch undankbaren Arbeit, einen Staat zu bilden und zu erhalten – Arbeit zu tun im Bergwerk, in den Fabriken, am Bau u.s.w., alle diese für einen Hebräer so unangenehme Arbeit – solch ein Volk wird sich niemals einen Staat selber gründen, sondern⁵⁸ es stets vorziehen, als dritter in einem anderen Staate zu leben, in dem⁵⁹ diese Arbeiten durch Andere vollbracht werden und er nur der Vermittler der Geschäfte ist, der Händler im günstigsten Falle oder auf deutsch heute übersetzt: der Räuber, der Nomade, der die gleichen Raubzüge unternimmt, wie er sie einstens unternommen hat⁶⁰. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

So können wir auch sofort begreifen, warum der ganze Zionistenstaat und die Gründung desselben nichts weiter ist als Komödie. Der Herr Oberrabbiner hat jetzt in Jerusalem versichert: „Das wichtigste wäre an sich nicht die Gründung dieses Staates, denn es sei sehr zweifelhaft, ob sich diese jetzt schon verwirklichen lasse, es sei dies aber auch nicht nötig, denn das Judentum brauche diese Stadt ja doch höchstens um eine geistige ideelle Zentrale zu besitzen, „materiell und tatsächlich sind wir heute an und für sich bereits die Herren einer ganzen Reihe von Staaten geworden, wir beherrschen sie finanziell, wirtschaftlich und auch politisch“^{60a}. So will denn auch dieser Zionistenstaat nichts anderes als den Harmlosen Sand in die Augen streuen. Man bemüht sich zu erklären, daß sich so und so viele Juden gefunden haben, die als Bauern hingehen wollen, als Arbeiter, sogar als Soldaten. (Heiterkeit.) Und wenn sie wirklich diesen Trieb in sich hätten, das deutsche Reich bräuhete heute so notwendig diese idealen Menschen zum Torfstechen, in die Kohlenbergwerke, sie könnten sich am

⁵⁷ Vielleicht ein Hinweis auf Bruno Walter, gegen dessen Stellung in München damals Umtriebe im Gange waren.

⁵⁸ Ursprünglich: „und“.

⁵⁹ Ursprünglich: „wo“.

⁶⁰ Vgl. Mein Kampf, S. 335 ff., wo der Jude als Parasit, aber nicht mehr als Nomade angesehen wird.

^{60a} Vgl. Fritsch, Eine gefährliche Lockung, in: Hammer 19 (1920), Nr. 436 vom 15. August, S. 299, der angebliche Äußerungen eines „Rabbi Kult“ in Palästina über dieses Thema zitiert.

Ausbau unserer großen Werke beteiligen bei unseren Wasserkraften, unsern Seen u.s.w., aber das fällt ihnen nicht ein. Der ganze Zionistenstaat soll nichts werden, als die letzte vollendete Hochschule ihrer internationalen Lumpereien und von dort aus soll alles dirigiert werden und jeder Jude soll gewissermaßen noch eine Immunität bekommen als Staatsbürger des palästinensischen Staates (Heiterkeit!) und nebenbei behält er naturgemäß unsere Staatsbürgerrechte auch noch; aber er erreicht eines damit: Wenn Sie nämlich einen Juden einmal wirklich auf frischer Tat ertappen sollten, so ist das kein deutscher Jude mehr, sondern ein Bürger von Palästina⁶¹. (Heiterkeit.)

Man kann sagen zunächst, daß der Jude nichts dafür kann, daß alles begründet liegt⁶² in seiner Rasse, er kann darüber nicht hinaus und deshalb ist es gleich, ob der Einzelne gut ist oder böse, er hat genau zu handeln nach dem Gesetz seiner Rasse, wie jeder der Angehörigen unseres Volkes auch, von dem er sich nicht lösen kann, so wie selbst jedem, der den grimmigsten Spartacisten markiert, in Wirklichkeit die heutige deutsche Schafgutmütigkeit doch herausleuchtet, denn er wendet seine Wut nur gegen eine andere Seite, als gegen die er sich wenden sollte und ist gutmütig genug und merkt nicht diejenigen, die ihn am Schnürchen führen. So ist der Jude überall der Jude, der entschlossen bewußt oder unbewußt die Interessen seiner Rasse vertritt.

Wir sehen, daß hier schon in der Rasse zwei große Unterschiede liegen: Ariertum bedeutet sittliche Auffassung der Arbeit und dadurch das, was wir heute so oft im Munde führen: Sozialismus, Gemeinsinn, Gemeinnutz vor Eigennutz – Judentum bedeutet egoistische Auffassung der Arbeit und dadurch Mammonismus und Materialismus, das konträre Gegenteil des Sozialismus. (Sehr richtig.) Und in dieser Eigenschaft, über die er nicht hinaus kann, die in seinem Blute liegt, er selbst erkennt das an, in dieser Eigenschaft allein schon liegt die Notwendigkeit für den Juden, unbedingt staatenzerstörend auftreten zu müssen⁶³. Er kann nicht anders, ob er will oder nicht. Er ist dadurch nicht mehr befähigt, einen eigenen Staat zu bilden, denn der setzt mehr oder weniger stets viel Sozialgefühl voraus. Er ist dadurch nur mehr in der Lage, als Parasit zu leben in den anderen Staaten, er lebt als Rasse in anderen Rassen als Staat in anderen Staaten, und wir sehen hier ganz genau, daß die Rasse an und für sich noch nicht staatenbildend wirkt, wenn sie nicht ganz bestimmte Eigenschaften besitzt, die in der Rasse liegen müssen, die ihr auf Grund ihres Blutes angeboren sein müssen und daß umgekehrt eine Rasse, die diese Eigenschaften nicht besitzt, rassen- und staatenzerstörend wirken muß, gleichviel, ob der Einzelne gut ist oder böse.

Wir können dieses Schicksal des Judentums verfolgen von der grauesten Urzeit herauf⁶⁴.

Es ist nicht nötig, daß alles wahr ist Wort für Wort, was die Bibel schreibt, aber im großen und ganzen gibt sie doch einen Extrakt zum mindesten der Auffassung der Geschichte des Judentums, wie sie sich die Juden selber machten und da sehen wir, daß der Jude ganz harmlos dieses Werk schreibt. Es erscheint ihm nicht ungeheuerlich, daß er schildert, wie er durch List und Trug Rasse um Rasse durchsetzt und verseucht hat, immer hinausgeworfen wurde, aber ohne beleidigt zu sein, eine andere sich aussuchte. Wie er kuppelte und schachtete, wenn es sich um seine Ideale handelte, bereit, auch seine Familie zu opfern. Wir wissen, daß vor Kurzem ein Herr sich hier aufhielt, Sigmund Fraenkel, der Mann schrieb in den Neuesten, daß es ganz ungerecht wäre, den Juden materialistischen Geist vorzuwerfen, man besche sich nur das sonnige in-

⁶¹ Vgl. Hammer 18 (1919), Nr. 418, S. 440f.: Der neue Judenstaat.

⁶² Handschriftlich umgestellt, ursprünglich: „liegt begründet“.

⁶³ Vgl. Hammer 18 (1919), Nr. 417, S. 411f.: Der jüdische Plan II.

⁶⁴ Zu diesem ganzen „Überblick“ der jüdischen Geschichte vgl. Hitler, Mein Kampf, S. 337–358; Fritsch, a. a. O., S. 117–158: Zur Geschichte des jüdischen Volkes.

nige Familienleben des Juden⁶⁵. Dieses innige Familienleben hat ihren eigenen Erzvater Abraham nicht einen Moment gehindert, seine eigene Frau sofort zu verkuppeln an den Pharao von Ägypten, nur damit er Geschäfte machen konnte⁶⁶. (Heiterkeit.) Und das ist der Erz- und Stammvater, so wie der Herr Papa war⁶⁷, sind die Söhne geworden und haben diese Geschäfte nie verschmäht und, wer sich davon überzeugen will: sie verschmähen sie auch heute noch nicht. Wer Soldat war, wird sich erinnern, in Galizien oder Polen konnte er diese Abrahams auf jedem Bahnhof stehen sehen. (Beifall und Heiterkeit.) Dieses Hineindrängen und Pressen in andere Rassen hat der Jude durch Jahrtausende vollführt, und wir wissen genau, daß stets dann, wenn er irgendwo längere Zeit hauste, die Spur des Zusammenbruchs sich bemerkbar machte und daß den Völkern schließlich nichts übrig blieb⁶⁸, als sich von dem unerwünschten Gaste zu befreien oder selber zu Grunde zu gehen. Wir wissen, daß schwere Plagen über die Völker gekommen sind; es sind gleich zehn, die über Ägypten kamen – die ganze Plage erleben wir heute am eigenen Leib – und endlich ging den Ägyptern die Geduld aus. Wenn der Chronist schildert, daß gewissermaßen der Jude der Duldende war und endlich ging, so kann das nicht so gewesen sein; denn sie waren kaum draußen, so sehnten sie sich sofort wieder nach den Fleischtöpfen zurück. (Heiterkeit.) Es scheint ihnen mithin in Wirklichkeit nicht so schlecht gegangen zu sein. Aber auch angenommen, daß es wahr ist, daß die Ägypter gezwungen wurden, sie allmählich beim Bau ihrer Pyramiden zu beschäftigen, so ist dies ganz das gleiche, als wenn wir heute den Vorschlag machten, dieser Rasse eine lohnende Beschäftigung anzuweisen in unseren Bergwerken, Steinbrüchen u.s.w. und so wie Sie es heute nicht erleben würden, daß diese Rasse freiwillig dahin geht, so wenig haben sie es vermutlich in Ägypten⁶⁹ erlebt, daß sie freiwillig Pyramiden bauten und es blieb nichts übrig, als sie zu zwingen. Was Hunderttausende Andere an sich *als selbstverständlich tun*⁷⁰, das ist beim Juden schon ein Kapitel der Judenhetze und Judenverfolgung.

Der Jude verstand es später, sich besonders in einen Staat einzuschleichen, in das emporsteigende Rom. Wir können seine Spur verfolgen im südlichen Italien. Da ist er schon 2 ½ hundert Jahre v. Chr. überall ansässig, und man beginnt ihn zu scheuen. Er spricht schon das große Wort, er ist der Händler und man erklärt uns in zahlreichen römischen Schriften, daß er dort schon mit allem gehandelt hat wie heute, vom Schuhriemen bis zum Mädchen⁷¹ (sehr richtig!) und wir wissen, daß endlich die Gefahr größer und größer wurde und daß der Aufstand nach der Ermordung Julius Cäsars in erster Linie von Juden geschürt wurde⁷². Der Jude verstand es damals schon, sich sehr gut zu stellen zu den Herren dieser Erde. Erst wenn sie in ihrer Herrschaft wackelig wurden, begann er⁷³ zum Volksjuden zu werden und entdeckte auf einmal sein weites offenes Herz für die Bedürfnisse der breiten Massen. Nun wissen wir auch in Rom den gleichen Vorgang. Wir wissen, dass gerade der Jude das Christentum benutzte, nicht aus Liebe zum Christentum, sondern zum Teil nur aus der Erkenntnis,

⁶⁵ Der Münchener Kommerzienrat Dr. Sigmund Fränkel hat in den MNV, Nr. 298 vom 23. Juli 1920 einen Aufsatz „Die Judenfrage“ veröffentlicht, eine würdige Darstellung der Sorgen um das deutsch-jüdische Zusammenleben von einem Juden, dessen Ahnen seit fünf Generationen in München lebten.

⁶⁶ Vgl. Hammer 18 (1919), Nr. 417, S. 414.

⁶⁷ Ursprünglich: „ist“.

⁶⁸ Handschriftlich umgestellt, ursprünglich: „... nichts übrig blieb, schließlich, als ...“.

⁶⁹ Ursprünglich: „die Aegypter“.

⁷⁰ Ursprünglich: „an sich taten ...“.

⁷¹ Vgl. Wahrmond, a. a. O., S. 69; Fritsch, siehe Anm. 32 oben.

⁷² Vgl. Fritsch, Handbuch, S. 137.

⁷³ Handschriftl. gestrichen: „damals bereits“.

daß diese neue Religion die irdische Macht und Staatsgewalt vor allen ablehnte und nur einen höheren überirdischen Herrn erkannte, daß diese Religion die Axt anlegen mußte an die Wurzel des römischen Staates, der aufgebaut war auf Autorität der Behörden und er wurde der Träger dieser neuen Religion, ihr größter Verbreiter und er hat sie benützt, nicht um selber christlich zu werden, das konnte er gar nicht, er blieb stets der Jude, genau so wie heute unser Sozialist jüdischer Rasse sich niemals zum Arbeiter herabgibt, sondern stets nur der Herr bleibt und den Sozialisten heuchelt. (Bravo und Händeklatschen!) Genauso trieb er es auch damals bereits vor 2000 Jahren, und wir wissen, daß die neue Lehre, die weiter nichts war als eine Wiedergeburt [sic] der Selbstverständlichkeit, daß in einem Staate, die Menschen nicht rechtlos sein sollten, daß vor allem in einem Staate auf gleiche Pflichten gleiche Rechte treffen⁷⁴ sollten, daß diese selbstverständliche Lehre allmählich gezwungen war, selbst gegen den Juden Front zu machen, wie heute die selbstverständliche gleiche Lehre des Sozialismus gezwungen ist Front zu machen gegen seine Verdreher und Verderber hebräischer Rasse. Wir wissen, daß endlich der Jude das ganze Mittelalter hindurch sich einschob, in allen europäischen Staaten finden wir ihn und überall sehen wir ihn nur als Schmarotzer und arbeiten mit seinem neuen Prinzip und Maßnahmen, die den Völkern damals noch unbekannt waren und ihm den Erfolg gaben und allmählich wurde er aus dem Nomaden zum Hab- und blutgierigen Räuber der *Neuzeit*?⁷⁵ und trieb es so weit und lange, bis Volk um Volk sich aufbäumte und versuchte, diese Pest von sich abzuschütteln.

Wir wissen genau, daß es eine Unwahrheit ist, wenn man heute behauptet: der Jude war gezwungen zu dieser Tätigkeit; denn er durfte keinen Grund und Boden erwerben. Der Jude hatte Grund und Boden überall erwerben dürfen, aber er benützt ihn nicht, um ihn zu bearbeiten, sondern zum gleichen Zwecke, wozu er ihn heute benützt, zum Handelsobjekt. Unsere Vorfahren waren noch gesünder, die hatten das Bewußtsein, daß der Grund und Boden heilig ist, daß er ein Volksheiligtum ist und nicht Schachergut, und sie schlossen den Juden aus. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.) Und wenn jemals der Jude die Absicht auch nur besessen hätte, Grund und Boden zu bebauen und sich einen eigenen Staat zu gründen in der Zeit, in der sich allmählich die Schleier über zahlreiche neue *Teile der Erde*⁷⁶ und Gegenden lüfteten, als ganze Weltteile erschlossen wurden, da hätte der Jude Gelegenheit gehabt, hinzugehen, sich eine Fläche zu nehmen, sie zu kultivieren und sich eine Heimat zu gründen, (Sehr richtig!) wenn er nur einen Bruchteil der Kraft, Verschlagenheit, List, Brutalität und Rücksichtslosigkeit dazu verwendet hätte und die finanziellen Mittel, die ihm zur Verfügung standen, angewendet hätte. Denn wenn diese Kraft ausreichte, um ganze Völker zu unterjochen, da hätte sie noch viel leichter ausgereicht, einen eigenen Staat zu errichten, wenn nur die Grundbedingung hierfür überhaupt vorhanden gewesen wäre, nämlich der Wille zur Arbeit, nicht nur im Sinne des Mammonestreichens, des wucherischen Handels, sondern auch im Sinne der Millionen, die alle tätig sein müssen, um einem Staat und in einem Staat einem Volke das Leben überhaupt zu ermöglichen. An Stelle dessen sehen wir ihn auch in dieser Zeit als Zerstörer auftreten; bis in die neueste Zeit herauf sehen wir die große Wandlung auch hier, wie der Jude einst nur Hofjude war und mit schlaudem Sinn erkannte, daß es genügt, sich dem Herrn gefügig zu zeigen und ihn gefügig zu machen, um auch die Völker beherrschen zu können, daß nur eines nötig sei, die Gelüste dieser hohen Herren zu reizen, ihnen unerfüllbare Dinge zu zeigen, dann die Gelder vorzustrecken, sie dadurch allmählich in den Bann des Schuldners hineinzuziehen und dadurch wie-

⁷⁴ Ursprünglich: „treten“.

⁷⁵ Die handschriftliche Ergänzung schlecht lesbar.

⁷⁶ Ursprünglich: „zahlreichen neuen Erdteilen“.

der Macht zu erhalten über die Völker. Und dieses Spiel trieben mit ähnlicher Grausamkeit die gleichen Juden, die wenige Jahre später die toleranten, die Humanitätsjuden, die philanthropischen Juden wurden, und sie haben allerdings mit ihrem Humanitäts- und Opfersinn gegenüber unserer Bevölkerung es so eingeteilt, daß die eigenen Vermögen nicht ganz darauf gingen. (Große Heiterkeit.) Ich sagte, sie wandelten sich vom Hofjuden zum Volksjuden um und warum? Weil der Jude allmählich fühlte, wie ihm der Boden unter seinen Füßen entzogen wurde. Auch er hatte allmählich einen Existenzkampf zu führen gegen die immer mehr erwachenden und unmutig werdenden Völker. Das brachte ihn schon früh auf die Notwendigkeit, die Völker, in denen er leben wollte, auch praktisch zu beherrschen und das wiederum stellt ihn vor die Notwendigkeit, zunächst das innere Gefüge dieser Staaten zu zerstören.

Wir sehen diese Zerstörung nach drei Richtungen, nämlich gerade nach den drei Richtungen, die staatenerhaltend und aufbauend überhaupt wirken.

Die erste Richtung war zunächst der Kampf gegen das Prinzip der sittlichen Pflicht der Arbeit. Der Jude hatte eine andere Arbeit erfunden, er konnte auf einmal Geld verdienen, ohne praktisch auch nur einen Finger gerührt zu haben, er hatte es verstanden, ein Prinzip zu ersinnen, das ihn durch Jahrtausende in die Möglichkeit setzte, Reichtümer zu erwerben ohne den Schweiß und die Mühe auf sich zu nehmen, die den andern Sterblichen immer begleiten, und vor allem ohne ein Risiko auf sich zu nehmen. Denn was verstehen wir eigentlich unter dem Wort „Industriekapital“?

Meine verehrten Anwesenden! Man macht uns den Vorwurf, besonders in den Fabriken: Ihr bekämpft nicht das Industriekapital, sondern nur das Börsen- und Leihkapital und die wenigsten bedenken, daß das Industriekapital überhaupt nicht bekämpft werden kann. Was heißt Industriekapital? Es ist ein in der Größe sich allmählich verändernder Faktor, nur ein relativer Begriff. Es stellte einst vor: die Nadel, der Zwirn, die Werkstätte und vielleicht die paar Groschen Geldes, die der Schneidermeister in Nürnberg besaß im 13. Jahrhundert. Es war dies die Summe dessen, was er zur Arbeit nötig hatte, d. h. Werkzeug, Werkstätte und eine gewisse Summe, um ihm überhaupt eine gewisse Zeit das Leben zu ermöglichen.

Allmählich ist aus der kleinen *Werkstätte*⁷⁷ die grosse Fabrik geworden und wir sehen praktisch das gleiche; denn aus dem seinerzeitigen kleinen Weberahmen wurde später der Webstuhl und der mechanische Webstuhl, aber es ist der letztere genauso Werkzeug, wie erst der Webstuhl primitivster Ausführung, und die Werkstätte, einst ein kleines Zimmerchen, eine Stube wurde zur großen Fabrik. Aber⁷⁸ Werkstätte und Werkzeug, Maschine und Fabrik an und für sich sind kein Wert, der von sich selber Wert erzeugt, sondern nur Mittel zum Zweck, wird erst Wert erzeugend, wenn mit ihnen gearbeitet wird. Das werterzeugende ist die Arbeit, und der kleine Groschen, den vielleicht damals der kleine Handwerksmeister besaß, um über trübe Zeiten hinwegzukommen, sich die Stoffe einkaufen zu können, hat sich verzehnt- und hundertfacht und steht heute wieder vor uns – nur heißen wir es jetzt: Kapital zur Fortführung des Betriebs in schlechten Zeiten d. h. Betriebskapital.

Da möchte ich eines betonen: Werkzeug, Werkstätte, Maschine oder Fabrik und Betriebskapital d. h. Industriekapital, das könnt Ihr überhaupt nicht bekämpfen, Ihr könnt vielleicht dafür sorgen, daß kein Mißbrauch getrieben wird damit, aber bekämpfen könnt Ihr es nicht. Das ist der erste große Betrug, den man an unserm Volke macht und man macht ihn, um es abzuleiten vom wirklichen Kampf, um es weg-

⁷⁷ Ursprünglich: „dem kleinen Webstuhl“.

⁷⁸ Die ursprünglich folgenden Worte „sie ist“ gestrichen.

zureißen vom Kapital, das bekämpft werden soll: und muß: vom Leih- und Börsenkapital⁷⁹ (Stürmisches Bravo und Händeklatschen).

Dieses Kapital entsteht in wesentlich anderer Weise. Während der kleinste Handwerkmeister abhängig ist von den Schicksalen, die ihn tagsüber betreffen können, von der allgemeinen Lage, im Mittelalter vielleicht von der Größe seiner Stadt und ihrem Gedeihen, von der Sicherheit in dieser Stadt, ist auch heute dieses Kapital d. h. das Industriekapital gebunden an den Staat, an das Volk, abhängig vom Willen des Volkes zu arbeiten, abhängig aber auch von der Möglichkeit Rohstoffe zu beschaffen und Arbeit bieten zu können, Abnehmer zu finden, die die Arbeit wirklich kaufen und wir wissen genau, daß ein Zusammenbruch des Staates unter Umständen die größten Werte wertlos macht, sie entwertet, zum Unterschiede vom andern Kapital, dem Börsen- und Leihkapital, das ganz gleichmäßig verzinst wird ohne jede Rücksicht darauf, ob nun der Besitzer, auf dessen Anwesen z. B. diese 10 000 M. liegen, selber auch zu Grunde geht oder nicht. Die Schulden bleiben auf dem Anwesen liegen. Wir können es erleben, daß ein Staat Schulden besitzt, z. B. das deutsche Reich Anleihen über Elsaß-Lothringer Bahnen, diese Anleihen müssen verzinst werden, obwohl die Bahnen nicht mehr in unserem Besitze sind⁸⁰. Wir wissen, daß die Eisenbahn heute glücklicherweise 20 Milliarden Defizit besitzt, aber ihre Anleihepapiere müssen verzinst werden, und obwohl sie zum Teil schon vor 60 Jahren aufgenommen wurden, und bereits 4mal, können wir sagen, zurückgezahlt wurden, die Schuld bleibt, die Verzinsung läuft weiter, und wenn ein großes Volk zu diesem Unternehmen nichts mehr gewinnt, sondern noch bluten muß, dieses Leihkapital wächst, ganz gleichmäßig, unabhängig von jeder Störung außerhalb fort. Hier sehen wir schon die erste Möglichkeit, nämlich [?] ⁸¹ daß diese Form von Geldvermehrung, die unabhängig ist von all den Ereignissen und Zwischenfällen des gewöhnlichen Lebens notwendigerweise, weil sie nie behindert wird und stets gleichmäßig fortläuft, allmählich zu Riesenkapitalien führen muß, die so gewaltig werden, daß sie letzten Endes nur mehr eine Krankheit besitzen, nämlich die Schwierigkeit ihrer weiteren Unterbringung.

Um diese Kapitalien unterzubringen, muß man dazu übergehen, ganze Staaten zu zerstören, ganze Kulturen zu vernichten, nationale Industrien aufzuheben, nicht um zu sozialisieren, sondern um all das in den Rachen dieses internationalen Kapitals hineinzuwurfen; denn dieses Kapital ist international; als Einziges auf dieser Erde, das überhaupt international ist, ist es international deshalb, weil seine Träger die Juden international sind durch ihre Verbreitung über die ganze Welt. (Zustimmung.) Und schon hier müßte sich doch Jeder an den Kopf greifen und sich sagen: Wenn dieses Kapital international ist deshalb, weil seine Träger die Juden verbreitet sind international über die ganze Welt, so muß es doch ein Wahnsinn sein zu denken, daß man dieses Kapital von den gleichen Angehörigen dieser Rasse wird international bekämpfen können, (Sehr richtig.) daß man Feuer nicht durch Feuer löscht, sondern durch Wasser und daß man internationales Kapital, das internationalen Juden gehört, nur wird brechen können durch nationale Kraft. (Bravo und Händeklatschen!)

So ist dieses Kapital gewachsen und beherrscht heute praktisch die ganze Erde unermesslich an Summen, unfassbar in seinen großen Verhältnissen, unheimlich wachsend und – das schlimmste! – alle redliche Arbeit vollständig korrumpierend, denn darin liegt das grauenhafte, daß der gewöhnliche Mensch, der heute die Lasten zu tragen hat, zur Verzinsung dieser Kapitalien, sehen muß, wie ihm trotz Fleiß, Emsig-

⁷⁹ Der Kontrast „Betriebskapital/Börsen- und Leihkapital“ war von Gottfried Feder im „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“, München 1919, stark herausgearbeitet worden.

⁸⁰ Dieses Beispiel findet sich auch bei Feder, Manifest, Unveränderter Neudruck 1932, S. 44.

⁸¹ Schlecht leserlich.

keit, Sparsamkeit, trotz wirklicher Arbeit kaum das bleibt, um sich nur nähren zu können und noch weniger, um sich kleiden zu können in der gleichen Zeit, in der dieses internationale Kapital Milliarden verschlingt nur an Zinsen, die er mit aufbringen muß, in der gleichen Zeit, in der sich eine Rassenschicht [sic!] breit macht im Staate, die keine andere Arbeit tut, als für sich selber Zinsen eintreiben und Coupons abschneiden.

Es ist dies die Degradierung jeder ehrlichen Arbeit; denn jeder ehrlich tätige Mensch muß sich heute fragen: Hat es einen Zweck, wenn ich überhaupt schaffe? Ich bringe es doch nie zu etwas und dort sind Menschen, die ohne jede Tätigkeit – praktisch – nicht nur leben können, sondern praktisch sogar uns noch beherrschen und das ist ja das Ziel.

Es soll ja eine der Grundfesten unserer Kraft zerstört werden, nämlich die sittliche Auffassung der Arbeit, und das war auch der geniale Gedanke von Karl Marx, daß er den sittlichen Gedanken der Arbeit umfälschte, daß er die ganze Masse der Menschen, die unter dem Kapital seufzten, organisiert zur Zerstörung der nationalen Wirtschaft und zum Schutz des internationalen Börsen- und Leihkapitals (Stürmisches Händeklatschen.) Wir wissen, daß diese Kapitalien^{81a} sich heute gegenseitig so gegenübersteht, wie rund 15 Milliarden Industriekapital gegenüber 300 Milliarden Leihkapital. Diese 15 Milliarden Industriekapital sind angelegt in schaffenden Werten, während wir diese 300 Milliarden Leihkapital, die wir nur immer so löffelförmig bekommen in Raten von 6 und 7 Milliarden und die wir in Perioden von 1 bis 2 Monaten benutzen, um unsere Rationen ein klein wenig aufzubessern, diese 6 bis 7 Milliarden die heute in ganz wertlosen Papierfetzen uns dekretiert werden, später einmal, wenn wir je wieder uns erholen sollten, in hochwertigem Geld d.h. in einem Geld, hinter dem praktisch geleistete Arbeit steht, zurückzahlen müssen. Das ist nicht nur die Zerstörung eines Staates, sondern bereits die Anlegung der Fessel, der Halsschelle für spätere Zeiten.

Das zweite, wogegen der Jude als Parasit sich wendet und wenden muß, ist die nationale Reinheit als Quelle der Kraft eines Volkes. Der Jude, der selber national ist wie kein zweites Volk, der durch Jahrtausende sich mit keiner anderen Rasse vermengt, der Vermischungen bloß benützt, um andere im günstigsten Falle zu degenerieren, dieser gleiche Jude predigt Tag für Tag aus Tausenden von Zungen, aus 19 000 Zeitungen in Deutschland allein, daß alle Völker auf dieser Erde gleich sind, daß diese Völker verbinden soll eine internationale Solidarität, daß kein Volk Anspruch machen dürfe auf eine besondere Stellung u.s.w., und vor allem, daß auch kein Volk Grund habe, auf irgend etwas stolz zu sein, was national heißt oder ist, was Nation bedeutet, er, der selber nie daran denkt, herunter zu steigen zu denen, denen er die Internationalität predigt, und er weiß auch hier warum.

Erst muß eine Rasse entnationalisiert werden. Erst muß sie verlernen, daß ihre Kraft in ihrem Blut liegt, und wenn sie das erreicht hat, keinen Stolz mehr besitzt, so entsteht das Produkt, eine zweite Rasse, welche tiefer ist als die vorhergegangene und diese tiefere braucht er, denn was der Jude nötig hat, um seine definitive Weltherrschaft zu organisieren, aufzubauen und erhalten zu können, ist die Senkung des Rassenniveaus der übrigen Völker, daß er als Einziger rasserein befähigt ist, über alle anderen letzten Endes zu herrschen, das ist die⁸² Rassensenkung, deren Wirkungen wir an einer Reihe von Völkern dieser Erde heute noch sehen. Wir wissen, daß die Hindu in Indien ein Volk sind, gemischt aus den hochstehenden arischen Einwanderern und der dunkelschwarzen Urbevölkerung, und daß dieses Volk heute die Folgen

^{81a} Ursprünglich: „dieses Kapital“. Ähnliches über das Verhältnis Industriekapital – Leihkapital bei Feder, a. a. O., S. 16, 43, wo aber das Leihkapital mit 250 Milliarden angegeben wird.

⁸² Ursprünglich: „diese“.

trägt; denn es ist auch das Sklavenvolk einer Rasse, die uns in vielen Punkten nahezu als zweite Judenheit erscheinen mag⁸³.

Ein weiteres Problem ist das Problem der körperlichen Enttöchtigung aller Rassen, d. h. der Jude ist bemüht, all das zu beseitigen, von dem er weiß, daß es irgendwie krafterzeugend, muskeltählend wirkt, und vor allem alles zu beseitigen, von dem er weiß, daß es unter Umständen ein Volk so gesund erhält, daß es entschlossen ist, nationale Volksverbrecher d. h. Schädlinge an der Volksgemeinschaft nicht unter sich zu dulden, sondern unter Umständen mit dem Tode zu bestrafen, und das ist seine große Angst und Sorge; denn selbst die schwersten Riegel des sichersten Zuchthauses sind nicht so schwer, und das Zuchthaus nicht so sicher, daß nicht einige Millionen sie letzten Endes öffnen könnten. Nur ein Riegel ist unlösbar, und das ist der Tod, und vor dem hat er die meiste Scheu und sehnt sich danach, daß diese barbarische Strafe überall abgeschafft wird, wo er noch als Parasitenvolk lebt und überall dort rücksichtslos angewendet wird, wo er bereits Herr ist. (Lebhafter Beifall.)

Und zur Enttöchtigung der körperlichen Kraft hat er ausgezeichnete Mittel zur Hand. Zunächst besitzt er den Handel und *der* Handel, der weiter nichts sein soll als die Vermittlung der Nahrungsmittel und sonst notwendigen Artikel des täglichen Bedarfs, *ihn* organisiert und benützt er, um diese Artikel dem täglichen Leben wenn nötig zu entziehen, um sie einerseits zu verteuern, aber auch zu entziehen, um das Mittel zur körperlichen Enttöchtigung, das stets am meisten gewirkt hat, hervorzurufen: den Hunger⁸⁴. So sehen wir sie großzügig organisieren in Ägypten von einem Joseph bis herauf zu einem Rathenau von heute. Überall sehen wir hinter diesen Organisationen nicht das Bestreben, durch eine glänzende Organisation die Versorgung mit Lebensmitteln zu ermöglichen, sondern durch sie allmählich den Hunger zu erzeugen. Wir wissen, daß er auch als Politiker niemals Grund und Ursache hatte, diesen Hunger zu scheuen, im Gegenteil, wo immer der Jude auftrat in politischen Parteien, Hunger und Elend ist der Nährboden, auf dem er erst gedeihen kann. Den wünscht er, und deshalb denkt er nicht daran, das soziale Elend zu mildern. Das ist ja das Beet, in dem er gedeiht.

Hand in Hand damit geht ein Kampf gegen die Gesundheit des Volkes. Er versteht es, all die gesunden normalen Sitten, die selbstverständlichen hygienischen Regeln einer Rasse auf den Kopf zu stellen; aus der Nacht macht er den Tag, er inszeniert das berühmte Nachtleben und weiß genau, das wirkt langsam aber sicher mit, um die gesunde Kraft einer Rasse allmählich zu zerstören, mürbe zu machen, den einen körperlich zu zerstören, den andern geistig, und in das Herz des Dritten den Haß zu legen, wenn er sehen muß, wie *die* anderen schlemmen⁸⁵.

Und endlich als letztes Mittel die Zerstörung der Produktionskraft und im Zusammenhang wenn nötig auch der Produktivmittel eines Volkes. Das ist das große Rätsel in Rußland. Man hat die Fabriken zerstört, nicht weil man wußte, man würde sie nicht mehr brauchen, sondern weil man wußte, daß man sie braucht, weil man wußte, daß das Volk gezwungen ist, an übermäßiger Leistung zu ersetzen, was vorher zerstört wird. So gelingt es, das Volk einzuspannen anstatt der früheren 9 und 10 Stunden auf 12 Stunden; denn in dem Moment, wo der Jude Herr ist, kennt er keinen 8-Stundentag, er erkennt wohl seinen Sabbat für sein Vieh, aber nicht für den Golem, für den Akum.

Endlich greift er zum letzten Mittel: Zerstörung der gesamten Kultur alles dessen, was wir einfach unbedingt als zusammenhängend betrachten mit einem Staat, der

⁸³ Hier scheint bei Hitler etwas von der Feindschaft der Alldeutschen gegen England nachzuklingen, die in der Anfangszeit der Deutschen Arbeiterpartei noch stark spürbar war.

⁸⁴ Vgl. Fritsch, Ein Talmud-Rabbi I, in: Hammer 18 (1919), Nr. 418, S. 432f.

⁸⁵ Ursprünglich: „wie der andere schlemmt“.

sich Kulturstaat heißen will. Hier ist vielleicht sein Wirken am schwersten erkennbar, aber hier wirkt es auch tatsächlich am fürchterlichsten. Wir kennen seine Tätigkeit in der Kunst, wie die heutige Malerei zum Zerrbild alles dessen wird, was wir inneres wahrhaftes Empfinden heißen. (Lebhafte Zustimmung.) Man erklärt immer, das verstehen Sie nicht, das ist das innere Erleben des Künstlers. Glauben Sie, daß ein Moritz Schwind oder Ludwig Richter nicht auch innerlich erlebte, was er schuf. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.) Glaubt man letzten Endes, daß meinetwegen der Beethoven eines Klinger nicht auch inneres Erleben und Empfinden ist oder daß eine Symphonie Beethovens nicht auch inneres Erleben ist. Es ist wahres inneres Erleben zum Unterschied des anderen, das nur äußerlicher Schwindel ist (Händeklatschen), mit Absicht in die Welt gesetzt, um allmählich jene gesunde Auffassung vollständig zu zerstören, um allmählich ein Volk in einen Zustand hineinzupeitschen, von dem einer nicht mehr weiß, ob diese Zustände närrisch sind, oder ob er selber närrisch ist. (Große Heiterkeit und Beifall.)

So wie er hier wirkt in Malerei, Bildhauerei und in der Musik, so auch in der Dichtung und vor allem in der Literatur. Da hat er ja ein großes Hilfsmittel. Er ist Verleger und vor allem Herausgeber von rund mehr als 95 % aller Zeitungen, die überhaupt erscheinen. Diese Macht benützt er, und wer so ein Scheusal von Antisemiten geworden ist, wie ich es bin (Heiterkeit), riecht schon heraus, wenn er die Zeitung in die Hand nimmt, wo der Jude beginnt, (Heiterkeit.) kennt schon am Titelblatt genau, da ist schon wieder nicht mehr einer von uns⁸⁶, sondern einer von unsere Leut dahinter. (Heiterkeit.) Man weiß genau, daß alle diese Wortspielereien, Verdrehungen nur die innere Hohlheit seines Gemüts verdecken, nur darüber hinwegtäuschen, daß der Mann kein seelisches Empfinden und Erleben kennt und was ihm an wahrer Seele abgeht, ersetzt er durch einen Schwulst von Phrasen, Wortdrehungen und Wendungen, die unvernünftig erscheinen, und vorsichtig wird von vornherein erklärt, daß wer sie nicht versteht, nicht genügend geistig vorgebildet ist. (Heiterkeit.)

Wenn wir von Literatur sprechen, so müssen wir auch gleich auf das weitere Kapitel übergehen, in dem wir die Moritz und Salomon Wolf und Bär in Überzahl bewundern können: Unsere Theater, die Stätten, die ein Richard Wagner einst verfinstert haben wollte, um den letzten Grad von Weihe und Ernst zu erzeugen, in denen er Werke aufführen wollte, bei denen er sich schämte, sie Schauspiel zu heißen, die er Weihespiele nannte, die Stätte, die nichts weiter sein soll als die letzte Erhebung, die Loslösung des Einzelnen von all dem Jammer und Elend, aber auch von all dem Faulen, das uns sonst im Leben leider Gottes unterkommt, die den Einzelnen heben soll in eine reinere Luft. Was ist daraus geworden? Eine Stätte, in die man sich schämen muß, heute hineinzugehen bei dem Gedanken, es könnte dich jemand bemerken, in dem Augenblick, da du hereingehst. (Sehr richtig.) Wir erleben es, daß wohl ein Friedrich Schiller für eine Maria Stuart 346 Taler erhalten hat, aber auch, daß man für eine Lustige Wittwe [sic!] 3 ½ Millionen heute erhält, daß man für den größten Kitsch heute Millionen verdient, für den in Wirklichkeit der Verfasser in Griechenland vermutlich durch das Scherbengericht aus dem Staate ausgewiesen worden wäre. (Lebhafter Beifall.) Und wenn so das Theater zur Brutstätte des Lasters und der Schamlosigkeit geworden ist, dann noch tausendmal mehr jene neue Erfindung, die vielleicht genialem Geistesblitz entstammt und die der Jude sofort verstand umzumodeln zum schmutzigsten Geschäft, das man sich nur denken kann: das Kino. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Man konnte erst die größten Hoffnungen an diese genialen Erfindungen knüpfen. Die leichte Vermittlerin tiefen Wissens über ein ganzes Volk eine ganze Welt hinaus. Und was ist daraus geworden? Die Vermittlerin des größten Schundes und der größten Schamlosigkeit. Und so wirkt der Jude weiter.

⁸⁶ Ursprünglich: „das ist schon wieder nicht mehr von uns“.

Für ihn gibt es kein seelisches Empfinden, und wie sein Erzvater Abraham schon sein Weib verkuppelt, so findet er nichts besonderes daran, wenn er auch heute Mädchen verkuppelt, und wir können ihn antreffen überall in Nordamerika wie in Deutschland, Österreich-Ungarn und im ganzen Orient durch die Jahrhunderte als den Händler der Menschenware und es kann nicht weggeleugnet werden, das kann der größte Judenverteidiger nicht weglegen, daß alle diese Mädchenhändler nur Hebräer sind. Man kann hier mit Material aufwarten, das grauenhaft ist. Dem germanischen Empfinden gäbe es hier nur eine einzige Strafe: die Strafe wäre Tod: Für Menschen, die Schindluder mit dem treiben, als Geschäft auffassen, als Ware, was Millionen Anderen höchstes Glück oder größtes Unglück bedeutet. Jenen aber ist Liebe weiter nichts als ein Geschäft, mit dem sie Geld verdienen, Sie sind jederzeit bereit, das Glück irgend einer Ehe zu zerreißen, wenn nur 30 Silberlinge herauszubringen sind. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.)

Wir wissen, daß man heute erklärt, daß all das, was man mit Familienleben bezeichnet, ein gänzlich überlebter Standpunkt von früher ist und wer nur ein Stück besuchte „Schloß Wetterstein“, konnte hier erleben, wie schamlos man das Heiligste, was einem Volk zum Schluß noch verblieb, als weiter nichts bezeichnet wie⁸⁷ „Bordell“⁸⁸. So dürfen wir uns nicht wundern, wenn er auch mit kühnem Griff zum letzten greift, das auch heute noch vielen Menschen nicht gleichgültig ist, das vielen wieder zum mindesten den inneren Frieden zu geben vermag: die Religion.

Auch hier erleben wir: der gleiche Jude, der selber religiöse Gebräuche genug hat, über die vielleicht andere *spötteln*⁸⁹ könnten, über die aber niemand spöttelt, weil wir grundsätzlich Religion niemals verspotten, weil sie uns heilig bleibt⁹⁰. Er *aber* bringt es zuwege, greift überall hinein, zerstört überall und kann nirgends Ersatz bieten. Wer heute davon losgelöst ist in diesem Zeitalter des gemeinsten Betruges und Schwindels, für den gibt es bloß mehr zwei Möglichkeiten, entweder er verzweifelt und hängt sich auf oder wird ein Lump.

Wenn so der Jude nach diesen drei großen Gesichtspunkten den Staat zerstört, daß er die staatenbildende und erhaltende Kraft unterminiert, die sittliche Auffassung der Arbeit, die nationale Reinheit eines Volkes und sein inneres Seelenleben (als drittes), so beginnt er auch noch äußerlich zu wirken und legt die Axt an die Autorität der Vernunft im Staate und setzt an Stelle der Autorität der Vernunft die sogenannte Autorität der Majorität der Masse und weiß genau, daß diese Majorität tanzt wie er pfeift, denn er besitzt das Mittel, um sie zu dirigieren: Er hat die Presse, nicht vielleicht zur Registrierung der öffentlichen Meinung, sondern zur Fälschung derselben, und er versteht es, über dem Umweg der Presse die öffentliche Meinung sich nutzbar zu machen und mit ihr den Staat zu beherrschen. An Stelle der Autorität der Vernunft des Geistes tritt die Autorität des vom Juden geleiteten großen Majoritätsschwammes, denn wir wissen ganz genau, daß der Jude stets drei Perioden durchmacht: Erst autokratisch gesinnt, bereit jedem Fürsten zu dienen, dann heruntersteigend zum Volk, kämpfend für eine Demokratie, von der er weiß, daß sie in seiner Faust ist und von ihm gelenkt wird; besitzt er sie, dann wird er zum Diktator (sehr richtig), und wir erleben das heute in Rußland, wo ein Lenin ganz so zwischendurch versicherte, daß sich die Räte nun bereits überlebt haben und daß es absolut nicht nötig ist, daß ein proletarischer Klassenstaat geleitet wird durch irgend einen Rat oder ein Parlament,

⁸⁷ Ursprünglich: „als als“.

⁸⁸ Wedekinds „Schloß Wetterstein“, 1913 veröffentlicht, wurde im Dezember 1919 in den Münchener Kammerspielen uraufgeführt. Es wurde nach vielen Störungsversuchen am 23. Dezember polizeilich verboten. S. Berichte in den MNN und im VB.

⁸⁹ Ursprünglich: „sprechen“.

⁹⁰ Vgl. Fritsch, Handbuch, S. 149f.

sondern daß es genüge, wenn hier 2 oder 3 proletarisch empfindende Menschen diesen Staat regieren. Diese proletarisch empfindenden Menschen sind einige jüdische Milliardäre, und wir wissen ganz genau, daß über diesen 2 oder 3 Proletariern letzten Endes eine andere Organisation besteht, die gar nicht im Staate ist, sondern außerhalb: die Alliance israelite und ihre grandiose Propaganda und Zutreiberorganisation die⁹¹ Spezialorganisation der Freimaurerei⁹². (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Und bei dem allen müssen wir sehen, daß es hier keine guten und keine bösen Juden gibt, es arbeitet hier jeder ganz genau der Bestimmung seiner Rasse entsprechend, denn die Rasse oder wollen wir lieber sagen Nation und was damit zusammenhängt Charakter, u.s.w. liegt, wie der Jude selbst erklärt, im Blut, und dieses Blut zwingt jeden Einzelnen, entsprechend diesen Grundsätzen zu handeln, mag es nun der leitende Kopf in einer Partei sein, die sich demokratisch nennt, sich sozialistisch heißt, oder ein Kopf der Wissenschaft, der Literatur oder ein ganz gewöhnlicher Auslagenanpreiser. Er ist Jude, er arbeitet nur von dem Gedanken durchglüht: Wie bringe ich mein Volk zum Herrenvolk empor und wenn wir zum Beispiel in diesen jüdischen Zeitschriften sehen, wie festgelegt wird, daß jeder Jude verpflichtet ist, unbedingt und überall in den Kampf einzutreten gegen jeden Antisemiten, wer und wo er sei, dann ergibt sich daraus die eine Folgerung, daß jeder Deutsche, wer und wo er sei, Antisemit wird⁹³. (Stürmisches Bravo und anhaltendes Händeklatschen.) Denn wenn schon der Jude eine Rassenbestimmung besitzt, so besitzen auch wir sie und sind verpflichtet, sie durchzuführen. Denn sie erscheint uns unzertrennlich von dem Begriffe sozial und wir glauben nicht, daß je auf Erden ein Staat bestehen könne mit dauernder innerer Gesundheit, wenn er nicht aufgebaut wird auf sozialer innerer Gerechtigkeit, und so haben wir uns auch in dieser Erkenntnis zusammengeschlossen, und als wir uns endlich verbanden, war nur eine große Frage: Wie sollten wir uns eigentlich taufen? Partei? Ein übler Name! Verrufen, diskreditiert im Munde eines Jeden, und Hunderte erklärten uns: Warum haben Sie den Namen Partei angenommen, wenn ich dieses Wort höre, bin ich schon vollständig irre und Andere erklärten uns: Es ist überhaupt nicht nötig, daß wir uns noch näher organisieren, es genügt, wenn die wissenschaftliche Erkenntnis der Gefahr des Judentums allmählich vertieft wird und der Einzelne auf Grund dieser Erkenntnis beginnt, den Juden aus sich selbst zu entfernen, und ich befürchte sehr, daß diesen ganzen schönen Gedankengang niemand anderer entworfen hat als ein Jude selber. (Heiterkeit.) Dann erklärte man uns weiter: Es ist auch nicht nötig, daß man sich politisch organisiert, es genügt, wenn man dem Juden seine wirtschaftliche Kraft wegnimmt. Wirtschaftlich nur organisieren, in dem liege das Heil und die Zukunft. Auch hier bin ich der gleichen Vermutung, daß ein Jude den Gedanken erstmals ausstreuete; denn eines ist uns klar geworden: Um unsere Wirtschaft aus diesen Klammern zu befreien, ist notwendig der Kampf gegen den Erreger, der politisch organisierte Kampf der Massen gegen ihre Unterdrücker. (Stürmischer Beifall.)

Da waren wir uns klar, daß die wissenschaftliche Erkenntnis solange wertlos ist und ihre Vertiefung keinen Zweck erfüllen kann, solange diese Erkenntnis nicht wird Basis zu einer Organisation der Massen zur Durchführung dessen, was wir auf Grund unseres Erkennens für notwendig empfinden, und da waren wir uns weiter klar, daß für diese Organisation nur in Betracht kommen kann die breite Masse unseres Volkes; denn darin unterscheiden wir uns von all denen, die heute noch Retter Deutschlands

⁹¹ Ursprünglich: „und“.

⁹² Einziger Hinweis auf die Freimaurerei in dieser Rede!

⁹³ Bemühungen zur Abwehr des Antisemitismus kamen 1920 in jüdischen Zeitschriften stark zum Vorschein; vgl. Das jüdische Echo, München, und Die Allgemeine Zeitung des Judentums, Berlin.

sind, ob Bothmer oder Ballerstedt⁹⁴ u.s.w., daß wir der Meinung sind, daß diese Zukunftskraft unseres Volkes nicht zu suchen ist in Odeon-Bars oder Bonbonnières, sondern in den zahllosen Werkstätten, in die es Tag für Tag hineinströmt und Mittag und Abend herausströmt, daß in diesen Millionen schaffender fleißiger gesunder Menschen die einzige Hoffnung unseres Volkes für die Zukunft lebt. (Lebhafter Beifall.)

Darüber waren wir uns klar, wenn diese Bewegung nicht in die breiten Massen dringt, sie organisiert, dann ist alles vergeblich, dann wird es nie gelingen, unser Volk zu befreien und wir werden nie daran denken können, unser Vaterland von neuem aufzubauen. Niemals kann hier die Erlösung kommen von oben, sie kann und wird nur kommen von der breiten Masse, von unten empor. (Beifall.) Und als wir uns zu dieser Erkenntnis durchrangen und beschlossen, eine Partei zu bilden, eine politische Partei, die rücksichtslos eintreten will in den politischen Kampf der Zukunft, da schallte uns ein weiteres Wort entgegen: Ja glaubt Ihr denn, daß Ihr Wenigen das zuwege bringen werdet, glaubt Ihr wirklich, daß Ihr paar Männer das schaffen könnt? Da wurden wir uns klar, daß wir allerdings einem unermesslichen Kampf entgegengehen, daß aber auch auf Erden noch nichts von Menschen geschaffen wurde, das nicht andere Menschen hätten zertrümmern können, und eine weitere Überzeugung ist in unserem Inneren entstanden, daß es sich hier nicht darum handeln kann, ob wir glauben, es tun zu können, sondern nur um die eine Frage, ob wir glauben, daß das recht und daß es notwendig ist, und wenn es so recht und notwendig ist, dann handelt es sich nicht mehr darum, ob wir wollen, sondern *darum ist es unsere Pflicht*⁹⁵, das zu tun, was wir als notwendig empfinden. (Stürmisches Bravo!) Da fragten wir nicht nach Geld und Anhängern, sondern wir entschlossen uns, hinauszugehen, und wenn andere ein ganzes Menschenalter tätig sind, vielleicht um ein Häuschen zu erringen oder um sich einen sorgenfreien Lebensabend zu schaffen, dann halten es wir wahrlich für lebenswert, diesen schwersten Kampf begonnen zu haben. Sollten wir siegen und dessen sind wir überzeugt, so mögen wir bettelarm zu Grunde gehen – wir haben doch mitgeholfen an der größten Bewegung, die jetzt über Europa und die ganze Welt hinziehen wird. (Stürmischer Beifall.)

Da waren uns zunächst 3 Grundsätze klar, die unzertrennlich sind voneinander: Sozialismus als letzte Auffassung der Pflicht, der sittlichen Pflicht der Arbeit nicht um seiner selbst, sondern auch um seiner Mitmenschen willen, vor allem gemäß dem Grundsatz: Gemeinnutz vor Eigennutz, Kampf gegen alles Drohmentum und vor allem gegen das mühe- und arbeitslose Einkommen. Und wir waren uns bewußt, daß wir bei diesem Kampf auf niemand uns stützen können als nur auf unser eigenes Volk. Wir waren der Überzeugung, daß Sozialismus in dem Sinne nur zu finden sein wird und sein kann bei Nationen und Rassen, die arisch sind, und da in erster Linie hoffen wir auf unser eigenes Volk und sind überzeugt, daß deshalb auch Sozialismus unzertrennbar ist von Nationalismus. (Lebhafter Beifall.) Denn national sein heißt bei uns nicht, der oder jener Partei angehören, sondern prüfen jede Handlung, ob sie nützt meinem ganzen Volke, Liebe zum ganzen Volke ausnahmslos. Aus dieser Auffassung werden wir begreifen, daß es notwendig ist, das Kostbarste, das ein Volk besitzt, die Summe all seiner tätig schaffenden Kräfte seiner Arbeiter, sei es der Faust oder der Stirn gesund zu erhalten an Leib und Seele. (Bravo!) Und diese Auffassung des Nationalen zwingt uns sofort, Front zu machen gegen die gegenteilige, die semitische Auffassung des Begriffes Volk und vor allem gegen die semitische Auffassung des Begriffes Arbeit.

Wenn wir Sozialisten sind, dann müssen wir unbedingt Antisemiten sein, dann ist

⁹⁴ Der Publizist Karl Graf von Bothmer, früher im alldeutschen Sinne tätig, 1919 Mitarbeiter bei Dietrich Eckarts „Auf gut Deutsch“, war 1920 bei der monarchistischen Bewegung in Bayern stark hervorgetreten. Für Ballerstedt, s. o. S. 393.

⁹⁵ Ursprünglich: „daß es unsere Pflicht ist“.

das konträre Gegenteil der Materialismus und Mammonismus, den wir bekämpfen wollen. (Lebhaftes Bravo.) Und wenn uns heute auch der Jude Schritt auf Schritt versichert und noch in unsere Fabriken läuft und erklärt: Wie kannst du als Sozialist Antisemit sein? Schämst du dich nicht? – Es kommt die Zeit, in der wir fragen werden einst: Wie kannst du als Sozialist nicht Antisemit sein! (Sehr richtig.) Es kommt die Zeit, in der es selbstverständlich sein wird, daß Sozialismus nur durchzuführen ist in Begleitung des Nationalen und des Antisemitismus.

Die 3 Begriffe sind unzertrennbar verbunden.

Sie sind die Grundlagen unseres Programms und deshalb heißen wir uns: Nationale Sozialisten, Nationalsozialisten. (Bravo!)

Endlich wissen wir, wie groß die sozialen Reformen sind, die durchzuführen sind, daß Deutschland nicht genesen wird, vielleicht nur auf Grund kleiner Versuche, sondern daß man tief einschneiden wird müssen, man wird um das nationale Problem nicht herumkönnen und nicht um das Problem einer Bodenreform und nicht um das Problem einer Versorgung all derjenigen, die Tag für Tag für die Volksgemeinschaft arbeiten, in ihren alten Tagen, daß diese Versorgung nicht ein Almosen ist, sondern daß sie ein Recht haben, diese alten Tage noch lebenswert zu verbringen.

Wenn wir diese soziale Reform durchführen wollen, muß Hand in Hand gehen der Kampf gegen den Gegner jeder sozialen Einrichtung: das Judentum. Auch hier wissen wir genau, daß die wissenschaftliche Erkenntnis bloß die Vorarbeit sein kann, daß aber hinter dieser Erkenntnis die Organisation kommen muß, die einst zur Tat übergeht und die Tat bleibt uns unverrückbar fest, sie heißt: Entfernung der Juden aus unserem Volke, (Stürmischer lange anhaltender Beifall und Händeklatschen!) nicht weil wir ihnen ihre Existenz nicht vergönnten, wir gratulieren einer ganzen übrigen Welt zu ihrem Besuche (große Heiterkeit), aber weil uns die Existenz des eigenen Volkes noch tausendmal höher steht als die einer fremden Rasse (Bravo!). Und da sind wir überzeugt, daß dieser wissenschaftliche Antisemitismus, der klar erkennt die fürchterliche Gefahr dieser Rasse für jedes Volk, nur Führer sein kann, daß aber die breite Masse stets auch gefühlsmäßig empfinden wird, den Juden in erster Linie kennen lernt als den Mann im täglichen Leben, der immer und überall absticht – unsere Sorge muß es sein, das Instinktmäßige gegen das Judentum in unserem Volke zu wecken und aufzupeitschen und aufzuwiegeln, solange bis es zum Entschluß kommt, der Bewegung sich anzuschließen, die bereit ist, die Konsequenzen daraus zu ziehen. (Bravo und Händeklatschen.)

Wenn man uns dann versichert: Ja, ob Ihr erfolgreich seid, das hängt ja doch letzten Endes davon ab, ob Ihr das genügende Geld besitzt usw. dann glaube ich folgendes sagen zu können: Auch die Macht des Geldes ist eine irgendwo begrenzte, es gibt eine gewisse Grenze, über die letzten Endes doch nicht mehr das Geld regiert, sondern die Wahrheit, und alle sind wir uns im klaren, wenn erst einmal die Millionen unserer Arbeiter erkannt haben, wer die Führer sind, die ihnen heute immer versprechen, sie einem seeligen [sic!] Zukunftsreich entgegenzuführen, wenn sie erst erkennen, wie hier überall das Gold kämpft, so werden sie ihnen das Gold ins Gesicht schleudern und erklären: Behaltet Euer Gold und glaubt nicht, daß Ihr uns kaufen könnt. (Bravo!)

Und wir verzagen am wenigsten, wenn wir heute noch vielleicht einsam dastehen. Wenn wir überall, wohin wir kommen, wohl Anhänger sehen, aber nirgends den Mut zu einer Organisation – das soll uns nicht irre machen, wir haben den Kampf gewagt und müssen ihn auch gewinnen. Ich habe Ihnen vor der Wahl versichert, daß diese Wahl nicht über Deutschlands Schicksal entscheiden wird, daß nach dieser Wahl keine Genesung kommen wird, und heute glaube ich werden mir die meisten schon beistimmen⁹⁶.

⁹⁶ Es handelt sich um die Reichstags- und Landtagswahlen vom 6. Juni 1920, für die die NSDAP keine Kandidaten aufgestellt hatte.

Ich habe es damals versichert, weil ich genau wußte, daß überall der Mut fehlt und der Wille zur Tat, und habe als unser Wahlprogramm Ihnen nur eines gesagt: Mögen die andern heute zur Wahl gehen, in den Reichstag, in die Parlamente und sich in *ihren*⁹⁷ Klubstühlen reckeln [sic!], wir wollen auf den Biertisch steigen und die Massen mit uns reißen. Dieses Versprechen haben wir gehalten und werden es in Zukunft halten. Rastlos, ununterbrochen, solange noch ein Funke von Kraft in uns ist und ein Hauch in unseren Lungen, wollen wir hinausgehen und unser ganzes Volk aufrufen und immer wieder die Wahrheit sagen, bis wir endlich hoffen können, daß diese Wahrheit siegt, daß endlich der Tag kommt, an dem unsere Worte schweigen und die Tat beginnt.

(Stürmisches Bravo und lange anhaltendes Händeklatschen.)

(f. Pause und Diskussion.)

Schlußwort des Referenten Hitler:

Verehrte Anwesende! So fürchterlich wie unser erster Gegner, der die Juden gleich selber zerschmettert, sind wir an und für sich gar nicht, stellen uns das auch nicht so leicht vor. Wir haben uns aber entschlossen, daß wir nicht mit Wenn und Aber kommen, sondern daß, wenn einmal die Sache zur Lösung kommt, das auch gründlich gemacht wird.

Wenn der Herr sagt: es ist ihm ganz gleich, wenn einer ein Mensch ist, ist er ein Mensch – das ist mir an und für sich auch solange gleich, solange mir dieser andere Mensch nicht in die Quere kommt. Wenn aber eine große Rasse konsequent die Lebensbedingungen meiner Rasse zerstört, so sage ich nicht, das ist mir gleich wohin der gehört. In dem Fall sage ich, ich gehöre zu denen, die, wenn sie einen Hieb auf die linke Wange bekommen, 2 oder 3 zurückgeben. (Bravo.)

Dann meinte der Herr, unsere Bewegung bedeute einen Kampf, in den die Arbeiterschaft hineingeführt werden soll. Ja, daß wir unsern Leuten weiß Gott was für Himmelreiche versprechen, wie das die Narren 40 Jahre lang gemacht haben und jetzt an Stelle des Himmelreichs nichts mehr haben als einen Trümmerhaufen, einen Sauhaufen von Elend, das machen wir nicht mit. (Bravo!) Wir versprechen keine Himmelreiche, nur das eine, daß wenn Sie gewillt sind, diese Reform durchzuführen in Deutschland, vielleicht einmal wieder die Zeit kommen wird, in der der Einzelne leben kann. Wenn Sie die glorreiche Reform durchführen, die diese Herren hier wünschen, werden Sie in noch kürzerer Zeit vor der Notwendigkeit stehen, dieses Leben zu verschönern durch die ganz gleichen Erlasse, wie ihr Führer Trotzki und Lenin u.s.w. sie jetzt herausgibt [sic!]: Wer nicht bereit ist, für die Segnungen dieses Staates zu kämpfen, der stirbt.

Endlich sagte er, sie bekämpften jeden Kapitalismus. Meine verehrten Anwesenden! Die Kommunisten haben bisher bloß das Industriekapital bekämpft und bloß Industriekapitalisten vielleicht aufgehängt. Aber nennen Sie mir einen jüdischen Kapitalisten, den sie aufgehängt haben. (Sehr richtig!) 300 000 Russen sind praktisch in Rußland ermordet worden. Das gibt jetzt die Sowjetregierung selber zu. Unter den 300 000 ist nicht ein einziger Jude! Aber in der Führung sind mehr als 90 % Juden. Ist das vielleicht Judenverfolgung oder nicht im wahrsten Sinne des Wortes Christenverfolgung. (Sehr richtig.)

Dann sagten Sie: Sie bekämpften sowohl das Leihkapital als das Industriekapital. Aber Sie haben weder das eine noch das andere bisher bekämpft. Das Industriekapital können Sie nicht bekämpfen, höchstens zerstören, dann können Sie mit 12stündiger Arbeitszeit wieder beginnen, es aufzubauen. (Sehr richtig.) Und das andere haben Sie noch nie bekämpft! Von dem werden Sie besoldet⁹⁸.

⁹⁷ Ursprünglich: „unseren“.

⁹⁸ Die folgenden zwei Worte „Ihre Partei“ gestrichen.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Dann erklärte der zweite Redner die Ursache der Revolution wäre nur in der Not zu suchen. Wir wollen das lieber so formulieren: Die Not hat Deutschland reif gemacht für die, die die Revolution wollten; lesen Sie das Schriftstück ihres Herrn und Meisters, der bereits damals Deutschland regierte, Rathenau, der genau erklärte, daß der Revolution wahrer und bewußter praktischer Zweck war: Verdrängung der Feudalherrschaft und Ersetzung durch die Plutokratie⁹⁹. Die Herren sind die Financiers dieser glorreichen Bewegung gewesen. Wenn ihre Revolution nur die geringste Gefahr für das Kapital bedeutet hätte, dann hätte nicht am 9. November die Frankfurter Zeitung triumphierend verkündet: „das deutsche Volk hat eine Revolution gemacht“. Wenn wir einmal unsere Revolution machen, dann pfeift die Frankfurter Zeitung aus einem anderen Loch. (Stürmischer Beifall.)

Dann erklären Sie weiter: Vor dem Kriege hat man vom Juden nichts gehört. Das war nämlich das traurige, daß man so wenig gehört hat. Damit ist aber nicht gesagt, daß er nicht da war. Vor allem aber stimmt das gar nicht; denn diese Bewegung hat man nicht erst seit dem Krieg, sondern sie besteht genau so lange als es Juden gibt. Wenn Sie zurückgehen in der jüdischen Geschichte und lesen, daß die Juden allmählich die Urstämme in Palästina mit dem Schwert ausrotteten, so können Sie sich doch denken, daß es einen Antisemitismus gegeben hat als logische Reaktion, und diesen gibt es die ganze Zeit bis heute, und die Pharaonen in Ägypten [sic!] waren vermutlich genau so Antisemiten wie wir heute. Wenn Sie vor dem Krieg *nur* ihre berühmten Schriftsteller¹⁰⁰ Moritz, Salomon u.s.w., gelesen hätten – ich meine nicht Zeitungen, die von vornherein an der Spitze den Stempel Genehmigung der Alliance israelite tragen – so hätten Sie gehört, daß in Österreich schon eine riesige antisemitische Bewegung war, daß aber auch in Rußland ununterbrochen das Volk sich aufzubäumen versuchte gegen die jüdischen Blutsauger, daß in Galizien die Polen seufzten und nicht mehr arbeiteten und manchmal in Verzweiflung aufstanden gegen diese Schnaps-idealisten, die das Volk planmäßig zu Grunde richten. Leider Gottes hat man das bei uns zu spät begriffen, aber Sie sagen: Vor dem Kriege hat man nichts davon gehört. Wie traurig sind dann aber erst die, die es jetzt hören und trotzdem nicht den Mut bekommen, mitzugehen. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.)

Dann erklären Sie weiter: Lenin habe allerdings Fehler gemacht. Wir sind dankbar, daß Sie wenigstens das zugeben, daß Ihr Papst auch Fehler gemacht hat (Heiterkeit.), und dann erklären Sie, Sie machten die Fehler nicht. Zunächst, wenn in Deutschland 300 000 Menschen aufgeknüpft werden, wenn in Deutschland die ganze Wirtschaft so zerrüttet wird nach Ihrem Muster, dann besagt Ihre Erklärung, daß Sie diese Fehler nicht machen, wenig. Dann haben Sie eine schlechte Ahnung von dem ganzen System des Bolschewismus. Nicht bessern will er die Lage, sondern er ist da, um mit diesen Fehlern die Rassen zu zerstören. (Sehr richtig.) Wenn Sie heute erklären, man machte das in Rußland bis jetzt, so ist das eine traurige Entschuldigung, wenn man erst eine Rasse ausrottet, erst eine nationale Wirtschaft bis zum letzten Zusammenbruch herunterstürzt und endlich diesen Staat, der praktisch nur mehr lebt von der Gnade zaristischer Offiziere gezwungener Weise in das imperialistische Fahrwasser hineinreibt, ihn Eroberungen machen läßt, dann erkläre ich, das ist eine eigenartige Politik.

⁹⁹ Hier gibt Hitler ausnahmsweise eine Quelle an – und zitiert sie falsch! Die einzige Stelle in Rathenaus Schriften 1918–20, die hier in Betracht zu kommen scheint, findet sich in: Der Kaiser, Berlin 1918, S. 55, wo er von der *französischen* Revolution von 1789 schreibt: „Ihr unbewußter, wahrer und praktischer Gedanke war: Verdrängung der feudalen Vorherrschaft durch die kapitalistische Bourgeoisie unter der Staatsform des plutokratisch-konstitutionellen Regiments.“

¹⁰⁰ Ursprünglich: „Schriften von“.

(Sehr richtig.) Das Eine weiß ich, wenn wir nicht den eisernen Willen haben, den Kriegswahnsinn, die gegenseitige Zerfleischung einzustellen, so gehen wir zu Grunde.

Endlich erklären Sie, gerade, weil das Leihkapital international ist, können wir es nicht national bekämpfen, weil sonst die internationale Welt uns alles absperirt. Das sind die Folgen davon, daß man sich auf internationale Solidarität verlassen hat. (Stürmischer Beifall.) Hätten Sie uns nicht so ohnmächtig gemacht, so könnte es uns einen Schmarren kümmern, ob diese andere Welt zufrieden ist oder nicht. Aber wenn Sie selber zugeben, daß diese Internationale, die praktisch Britannien und Frankreich und Nordamerika beherrscht, in der Lage ist, uns abzusperren, glauben Sie dann, daß der Kampf dort gegen das Kapital geführt wird. Solange diese Erde steht, sind Völker noch niemals frei geworden durch den Willen und die Tat anderer Völker, sondern entweder durch ihre eigene Kraft oder sie sind Sklavenvölker geblieben. (Bravo!)

Und dann endlich wenden auch Sie sich an die Bibel, und das ist bei einem Kommunisten immerhin ein gutes Zeichen. (Heiterkeit.) Und erklären mir, daß ich auf Grund eigentümlicher Übereinstimmung der Bibel und unseres Parteiprogramms ein Kommunist bin. Was Sie mir hier versichern, hat mir z.B. der Herr Dr. Gerlich auch schon versichert, und der Herr Hohmann hat mir zugerufen¹⁰¹: Wenn Sie für das eintreten, was Sie im Programm haben, sind Sie ein Kommunist. Umgekehrt erklärt mir die „Post“ andauernd, ich sei ein Erzreaktionär, ein vollständig militaristisch verseuchter Rückschrittler.

(Zuruf: Die „Post“ ist selbst reaktionär.)

Wollen Sie sich da mit dem Chefredakteur auseinandersetzen und gestatten, daß ich dabei zuhöre. (Große Heiterkeit und Händeklatschen.) Auch der „Kampf“ betont immer wieder, daß wir der Hort der Gegenreaktion sind¹⁰². Also ich empfehle Ihnen, gehen Sie zuerst zur „Post“, zum „Kampf“ und klären Sie die auf, daß wir meinetwegen Kommunisten sind, das kann mir gleich sein, wie man mich bezeichnet, ob reaktionär, alldeutsch, einen Junker, Schwerindustriellen oder Kommunist – ich bin und bleibe deutscher nationaler¹⁰³ Sozialist und habe mein Programm vor mir und werde es verfolgen wie ich vorhin sagte bis zum letzten Funken meiner Kraft und zum letzten Hauch meiner Lunge¹⁰⁴.

(Lange anhaltendes stürmisches Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender

dankt für den zahlreichen Besuch und schließt die Versammlung.

¹⁰¹ Dr. Fritz Gerlich, 1934 von den Nazis ermordet, war schon von Dietrich Eckart als „Hauptjudenzer“ (sic!) bezeichnet worden; vgl. MNN Nr. 195 vom 15. Mai 1920, S. 3: „Ein Beleidigungsprozeß“. S. auch Gerlich in MNN, Nr. 4 vom 4. Januar 1920 und Nr. 39 vom 28. Januar 1920, „Gedanken über Antisemitismus“. Der Abgeordnete Hohmann der Deutschen Demokratischen Partei hatte bei einer Wahlrede im Mai einen Angriff von Münchener Antisemiten erlebt; s. MNN, Nr. 206 vom 22. Mai 1920.

¹⁰² Tatsächlich hat „Der Kampf“, die Zeitung der Unabhängigen Sozialdemokraten in München, nur selten und seit Nr. 122 vom 28. Juni 1920 überhaupt nichts über die NSDAP berichtet. Für unser Thema besonders interessant ist sein erster Bericht über die „Deutsch-sozialistische Arbeiterpartei“ (sic!) in Nr. 47 vom 26. Februar 1920, der den Titel „Ein gestohlenen Programm“ trägt und u. a. vom „Programm“ der NSDAP schreibt, „das sie (die Reaktion) der Einfachheit halber aus dem sozialistischen Programm“ zusammengestellt habe.

¹⁰³ Ursprünglich: „deutsch-nationaler“.

¹⁰⁴ Ursprünglich: „Stimme“.